



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Januar 2006

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2005	27
Termine	29
Analysen und Berichte	31
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005	33
Ergebnis der Modellstudien zu Änderungen bei der Umsatzsteuer zur Verhinderung von Steuerausfällen	45
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	51
Umsetzung von Basel II in Deutschland und der Europäischen Union	57
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	69
Statistiken und Dokumentationen	85
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	108
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	112

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in dieser Ausgabe des Monatsberichtes nehmen aktuelle steuerpolitische Themen wieder breiten Raum ein. Internationale Vergleiche der Steuerbelastung sind gerade mit Blick auf die Standortattraktivität ein wichtiges Argument in der steuerpolitischen Debatte. Allerdings sind solche Vergleiche nur begrenzt aussagekräftig, da die Steuersysteme der einzelnen Länder sehr unterschiedlich und mitunter nicht direkt vergleichbar sind. Auch kann immer nur ein kleiner Ausschnitt der Wirklichkeit berücksichtigt werden. Isolierte Betrachtungen können daher zu falschen Schlussfolgerungen führen. Dennoch bieten Vergleiche dieser Art die Möglichkeit, Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb einzuordnen, solange man sich der genannten Einschränkungen in der Aussagekraft bewusst bleibt. Mit Blick auf die Steuer- und Abgabenquote lässt sich jedenfalls feststellen: Deutschland ist kein Hochsteuerland!

In einem weiteren steuerpolitischen Beitrag dieser Ausgabe des Monatsberichtes werden mögliche Änderungen am System der Erhebung der Umsatzsteuer in Deutschland dargestellt. Das Umsatzsteueraufkommen hat sich in Deutschland seit dem Jahr 2000 nicht mehr im Einklang mit dem Endverbrauch entwickelt. Für das Jahr 2005 schätzt das ifo-Institut den Steuerausfall auf 11 % des Umsatzsteueraufkommens. Dies entspräche einem Volumen von 17 Mrd. €. Es wird davon ausgegangen, dass neben insolvenzbedingten Ausfällen nach wie vor Umsatzsteuerbetrug die Ursache für diese Einnahmeausfälle ist. Zwei Modelle zur Erhebung der Umsatzsteuer wurden durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft intensiv untersucht. Im Ergebnis der Studie sind beide Verfahren sowohl zur Bekämpfung bekannter Betrugsformen als auch zur Reduzierung



von Umsatzsteuerausfällen durch Insolvenzen geeignet. Die Modelle unterscheiden sich im Wesentlichen durch den jeweils erforderlichen administrativen Aufwand. Dieser ist beim „Reverse-Charge-Modell“ gegenüber dem Modell „Generelle Ist-Versteuerung“ deutlich geringer. Daher ist auch im Koalitionsvertrag die Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens festgehalten.

Im Rahmen der jährlich mit seinen Mitgliedstaaten durchgeführten Artikel-IV-Konsultationen hat der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für Deutschland für das Jahr 2006 erhöht, von bisher 1,2 % auf 1,5 %. Der IWF hält die Politik der Bundesregierung mit der Kombination von Konsolidierungs- und Wachstumsbeiträgen, der Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Fortsetzung der Reformen auf den Arbeits- und Produktmärkten für einen guten Start. Diese Analyse des IWF bestärkt die Bundesregierung darin, den eingeschlagenen Weg der Reformen konsequent weiterzugehen.

Das kreditwirtschaftlich wichtigste Vorhaben dieser Legislaturperiode ist die nationale Umsetzung der neuen Eigenkapitalregeln nach Basel II. Es gilt, das enorme Leistungspotenzial Deutschlands sowohl als Produktions- als auch als Vertriebsstandort für Finanzdienstleistungen zu nutzen. Die neuen Basel-II-Regelungen erlauben es, die Risiken eines Kredits durch eine differenzierte Beurteilung genauer zu bestimmen. Von diesen Risiken ist dann auch der erforderliche Grad der Unterlegung mit Eigenkapital abhängig. Dadurch entstehen Anreize,

die Risikomanagementsysteme kontinuierlich weiterzuentwickeln, was zu einer größeren Stabilität im Bankensektor beitragen wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern verlief auch im Jahr 2005 überwiegend positiv. Viele Schwellenländer haben die vergangenen Jahre zu Strukturreformen genutzt und sich mit dem Aufbau von teilweise sehr hohen Devisenreserven besser gegen exogene Schocks abgesichert. Diese Maßnahmen führten offenbar zu einem substanziell stärkeren Vertrauen der Investoren in die Stabilität dieser Länder. Die wirtschaftlich verbesserte

Situation der Schwellenländer zeigt sich auch darin, dass diese mittlerweile insgesamt mehr Schulden an den IWF zurückzahlen, als sie an neuen Krediten beim IWF aufnehmen.



Dr. Thomas Mirow

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2005	27
Termine	29

Finanzwirtschaftliche Lage

Wie sich bereits unterjährig im Haushaltsjahr 2005 abgezeichnet hatte, hat die Nettoneuverschuldung mit nunmehr 31,2 Mrd. € den im Haushaltsplan vorgesehenen Planwert um

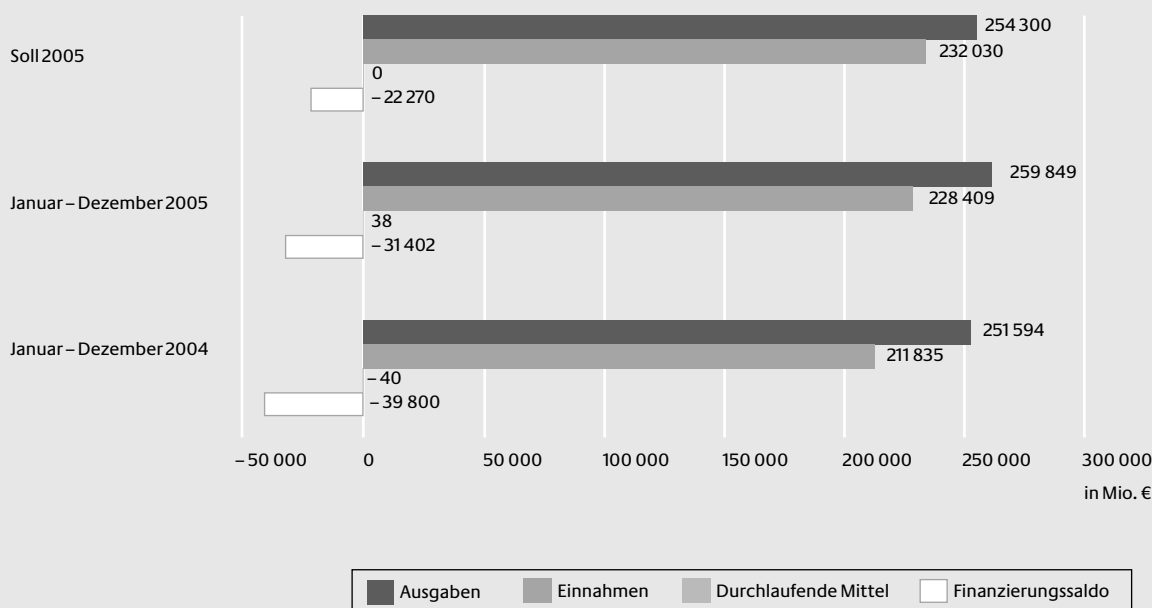
9,2 Mrd. € deutlich überschritten. Die Mehrbelastungen können unter Nutzung von ursprünglich gesperrten Kreditermächtigungen aufgefangen werden. Im Dezember 2005 hatte

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2005	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Dezember 2005
Ausgaben (Mrd. €)	254,3	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,1	3,3
Einnahmen (Mrd. €)	232,0	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,5	7,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	1,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 22,3	- 31,4
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	0,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 22,0	- 31,2

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hierzu seine Einwilligung erteilt. Die Überschreitung ist zu einem nicht unerheblichen Teil auf konjunkturelle Gründe zurückzuführen. Nach neuesten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes hat das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2005 nur um 0,9 % zuge-

nommen. Dem Haushaltssoll lag eine Wachstumsprognose von 1,7 % zugrunde.

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Jahr 2005 auf 259,8 Mrd. €. Sie lagen um 8,3 Mrd. € oder 3,3 % über dem Vorjahresergebnis und um 5,5 Mrd. € oder 2,2 % über dem veranschlagten Soll. Die Mehrausgaben beruhen im Wesentlichen

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis Dezember		Ist 2004 Januar bis Dezember		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 932	47 505	18,3	47 135	18,7	0,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 802	3 840	1,5	3 675	1,5	4,5
Verteidigung	27 871	27 768	10,7	27 715	11,0	0,2
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 991	7 866	3,0	7 754	3,1	1,4
Finanzverwaltung	3 192	2 899	1,1	3 162	1,3	- 8,3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 714	11 444	4,4	10 995	4,4	4,1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	0,4	925	0,4	0,0
BAföG	1 026	1 049	0,4	990	0,4	6,0
Forschung und Entwicklung	6 816	6 666	2,6	6 631	2,6	0,5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	128 064	133 048	51,2	120 555	47,9	10,4
Sozialversicherung	75 182	75 898	29,2	74 936	29,8	1,3
Arbeitslosenversicherung	4 000	397	0,2	4 175	1,7	- 90,5
Grundsicherung für Arbeitssuchende	27 650	35 169	13,5	-	-	-
darunter: Arbeitslosengeld II	14 600	25 001	9,6	-	-	-
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 200	3 533	1,4	-	-	-
Wohngeld	850	1 085	0,4	3 009	1,2	- 63,9
Erziehungsgeld	2 740	2 873	1,1	3 061	1,2	- 6,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 011	3 118	1,2	3 399	1,4	- 8,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	923	912	0,4	909	0,4	0,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	1 788	0,7	1 812	0,7	- 1,3
Wohnungswesen	1 232	1 262	0,5	1 279	0,5	- 1,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 291	6 446	2,5	6 545	2,6	- 1,5
Regionale Förderungsmaßnahmen	902	1 226	0,5	1 390	0,6	- 11,8
Kohlenbergbau	1 645	1 645	0,6	2 102	0,8	- 21,7
Gewährleistungen	1 500	1 355	0,5	1 096	0,4	23,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	11 119	4,3	10 123	4,0	9,8
Straßen (ohne GVFG)	5 603	6 241	2,4	5 960	2,4	4,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 487	9 465	3,6	14 311	5,7	- 33,9
Bundeseisenbahnvermögen	5 250	5 472	2,1	5 537	2,2	- 1,2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 736	3 443	1,3	3 493	1,4	- 1,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	38 122	14,7	39 209	15,6	- 2,8
Zinsausgaben	38 875	37 371	14,4	36 274	14,4	3,0
Ausgaben zusammen	254 300	259 849	100,0	251 594	100,0	3,3

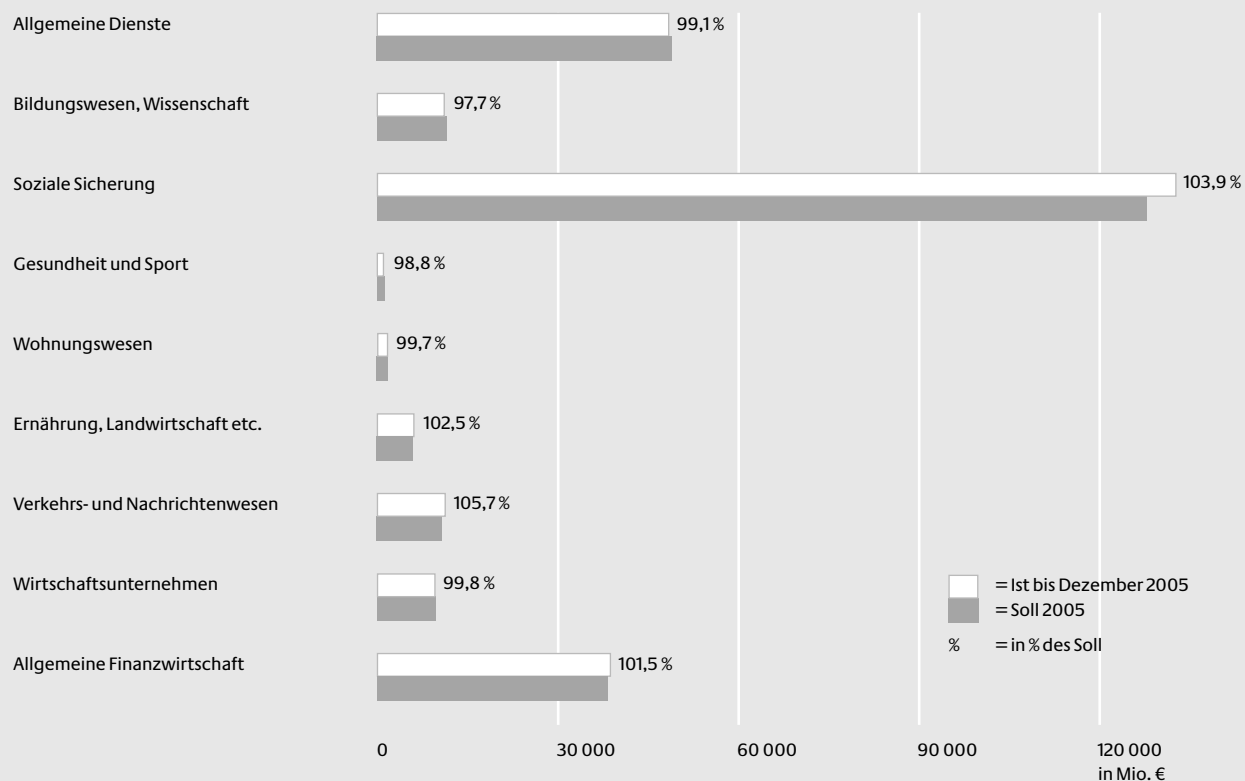
auf deutlich über der Veranschlagung liegenden Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ohne die Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt lagen die Ausgaben des Bundeshaushalts 2005 – trotz Ausgabensteigerungen u.a. in den Bereichen Rentenversicherung und Zinsen – sogar unter dem Vorjahresergebnis. Die Einnahmen des Bundes 2005 (ohne Münzeinnahmen) beliefen sich auf 228,4 Mrd. €. Sie übertrafen das Vorjahresergebnis um 7,8 %. Die Steuereinnahmen beliefen sich dabei auf 190,1 Mrd. €. Sie lagen damit um 3,1 Mrd. € oder

1,7 % über dem Vorjahresergebnis; gleichwohl konnte der im Haushaltsplan vorgesehene Ansatz von 190,8 Mrd. € nicht erreicht werden. Die Verwaltungseinnahmen des Bundes beliefen sich von Januar bis Dezember 2005 auf 38,3 Mrd. € und überschritten das Ergebnis des Vorjahres um 13,4 Mrd. €; auch hier konnte der in der Haushaltsaufstellung unterstellte Wert von 41,2 Mrd. € nicht vollständig realisiert werden. Die Entwicklung der Verwaltungseinnahmen war dabei im Wesentlichen von Einmaleffekten geprägt.

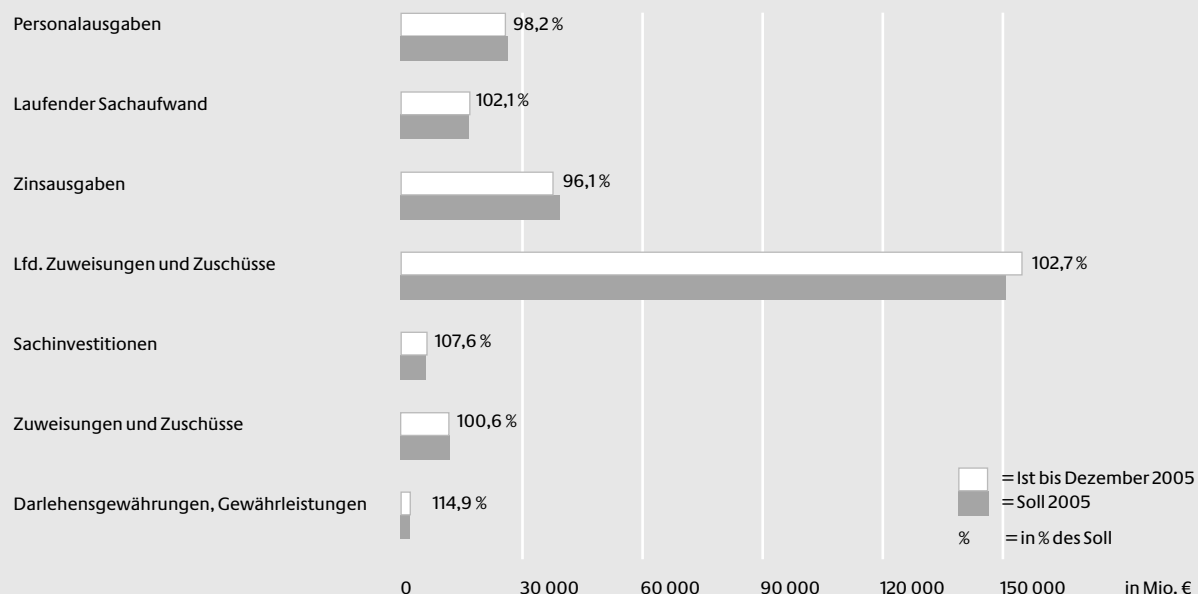
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	233 713	236 088	90,9	229 216	91,1	3,0
Personalausgaben	26 865	26 372	10,1	26 758	10,6	- 1,4
Aktivbezüge	20 147	19 891	7,7	20 332	8,1	- 2,2
Versorgung	6 718	6 481	2,5	6 426	2,6	0,9
Laufender Sachaufwand	17 354	17 712	6,8	16 878	6,7	4,9
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 596	0,6	1 522	0,6	4,9
Militärische Beschaffungen	8 122	7 992	3,1	7 985	3,2	0,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 754	8 124	3,1	7 371	2,9	10,2
Zinsausgaben	38 875	37 371	14,4	36 274	14,4	3,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	150 225	154 274	59,4	148 950	59,2	3,6
an Verwaltungen	13 015	13 921	5,4	14 797	5,9	- 5,9
an andere Bereiche	137 210	140 353	54,0	134 153	53,3	4,6
darunter:						
Unternehmen	16 516	13 474	5,2	15 062	6,0	- 10,5
Renten, Unterstützungen u.a.	22 223	32 747	12,6	25 396	10,1	28,9
Sozialversicherungen	94 560	90 219	34,7	90 079	35,8	0,2
Sonstige Vermögensübertragungen	395	360	0,1	356	0,1	1,1
Investive Ausgaben	22 745	23 761	9,1	22 378	8,9	6,2
Finanzierungshilfen	16 011	16 516	6,4	15 487	6,2	6,6
Zuweisungen und Zuschüsse	12 545	12 617	4,9	12 556	5,0	0,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 907	3 340	1,3	2 383	0,9	40,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	559	0,2	548	0,2	2,0
Sachinvestitionen	6 734	7 246	2,8	6 891	2,7	5,2
Baumaßnahmen	5 372	5 779	2,2	5 466	2,2	5,7
Erwerb von beweglichen Sachen	917	961	0,4	922	0,4	4,2
Grunderwerb	445	506	0,2	503	0,2	0,6
Globalansätze	- 2 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	254 300	259 849	100,0	251 594	100,0	3,3

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Dezember 2005



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Dezember 2005



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2005 Mio. €	Ist 2005 Januar bis Dezember		Ist 2004 Januar bis Dezember		Veränderung ggü. Vorjahr in %
		Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 786	190 149	83,2	187 005	88,3	1,7
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 941	146 608	64,2	141 000	66,6	4,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 031	70 910	31,0	69 485	32,8	2,1
davon:						
Lohnsteuer	51 840	50 541	22,1	52 681	24,9	- 4,1
veranlagte Einkommensteuer	2 447	4 150	1,8	2 298	1,1	80,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	4 976	2,2	4 963	2,3	0,3
Zinsabschlag	3 234	3 076	1,3	2 980	1,4	3,2
Körperschaftsteuer	8 630	8 166	3,6	6 563	3,1	24,4
Steuern vom Umsatz	74 565	74 149	32,5	70 053	33,1	5,8
Gewerbesteuerumlage	1 345	1 549	0,7	1 461	0,7	6,0
Mineralölsteuer	41 500	40 101	17,6	41 782	19,7	- 4,0
Tabaksteuer	14 750	14 273	6,2	13 630	6,4	4,7
Solidaritätszuschlag	10 286	10 315	4,5	10 108	4,8	2,0
Versicherungsteuer	8 900	8 750	3,8	8 751	4,1	0,0
Stromsteuer	6 600	6 462	2,8	6 597	3,1	- 2,0
Branntweinabgaben	2 162	2 151	0,9	2 195	1,0	- 2,0
Kaffeesteuer	1 040	1 003	0,4	1 025	0,5	- 2,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 535	- 14 581	- 6,4	- 15 157	- 7,2	- 3,8
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 750	- 15 075	- 6,6	- 13 596	- 6,4	10,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 500	- 3 258	- 1,4	- 2 985	- 1,4	9,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 053	- 3,1	- 6 810	- 3,2	3,6
II. Sonstige Einnahmen	41 244	38 260	16,8	24 830	11,7	54,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 696	1 411	0,6	1 013	0,5	39,3
Zinseinnahmen	326	400	0,2	951	0,4	- 57,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	21 460	20 400	8,9	13 588	6,4	50,1
Einnahmen zusammen	232 030	228 409	100,0	211 835	100,0	7,8

Steuereinnahmen im Dezember 2005

Das Steueraufkommen im Dezember 2005 übertraf die Erwartungen um + 2,6 Mrd. €. Davon entfielen + 1,1 Mrd. € auf den Bund. In erster Linie die Gemeinschaftsteuern und unter diesen besonders die Körperschaftsteuer, die um rund + 1 Mrd. € über dem Schätzansatz für Dezember lag, trugen zu dem positiven Ergebnis bei. Aber auch die veranlagte Einkommensteuer (+ 0,6 Mrd. €) und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 0,5 Mrd. €) entwickelten sich deutlich besser als erwartet.

Das gute Dezember-Ergebnis führte dazu, dass die Steuereinnahmen des Jahres 2005 das Ergebnis der November-Steuerschätzung deutlich übertrafen. Im Gesamtjahr 2005 weichen die Steuereinnahmen um + 3,1 Mrd. € bzw. + 0,8 % vom Ansatz der Schätzung ab.

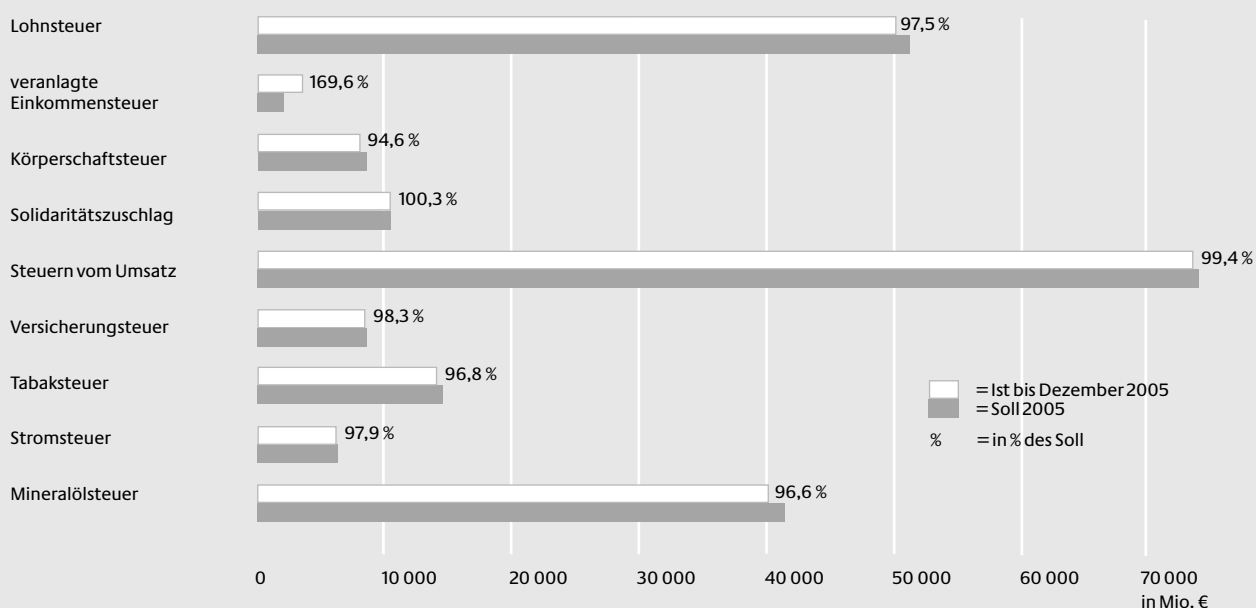
Ursächlich für die positive Abweichung sind in erster Linie die Gemeinschaftsteuern, die im Gesamtjahr 2005 um + 2,2 Mrd. € über dem Schätzansatz lagen. Besonders augenfällig sind dabei die Ergebnisse der Körperschaftsteuer (+ 0,9 Mrd. €) und der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 0,8 Mrd. €). Die reinen Bundes-

steuern (+ 0,4 Mrd. €) und die reinen Ländersteuern (+ 0,5 Mrd. €) entwickelten sich ebenfalls deutlich besser als in der November-Steuerschätzung 2005 angenommen.

Der Rückgang des Lohnsteueraufkommens fiel im Dezember etwas stärker als erwartet aus (- 5,7%). Zu den Auswirkungen der Tarifsenkung zu Beginn des Jahres 2005 und dem Rückgang von Weihnachtsgeldzahlungen kam eine Vervielfachung der Auszahlungen der Arbeitnehmersparzulage (384 Mio. €), die aus dem Lohnsteueraufkommen geleistet wird. Nach der Novellierung des 5. Vermögensbildungsgesetzes konnten ab dem 1. Januar 1999 zwei Verträge pro Arbeitnehmer gefördert werden, und dies zu einem erhöhten Satz für Vermögensbeteiligungen von 20 % (neue Länder 25 %) statt bis dahin 10 %. Im Dezember 2005 lief nun die siebenjährige Sperrfrist für die ersten in dieser Form begünstigten Anlagen ab und die Arbeitnehmersparzulage wurde fällig.

Die Kasseneinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer zeigten im Dezember einen Zuwachs von + 8,8 % gegenüber dem Wert des Vorjahres. Der über das gesamte Kalenderjahr 2005 zu beobachtende starke Rückgang der Arbeitnehmererstattungen kam im Dezember fast zum Stillstand. Dies lässt den Schluss zu, dass

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Dezember 2005



zum Jahresende hin ein Veranlagungsrückstand aufgeholt wurde und damit durch Steuerrechtsänderungen bedingte Mindererstattungen ausgeglichen wurden. Der Rückgang der Eigenheimzulage (–13,9 %) trug ebenfalls zu dem guten Kassenergebnis bei, während bei der Investitionszulage ein Plus von 57 Mio. € die Kasse belastete. Vor Verrechnung der Abzugsbeträge ergibt sich mithin ein Zuwachs von + 8 % gegenüber dem Dezember 2004, der in erster Linie auf eine positive Entwicklung der Unternehmensgewinne zurückzuführen sein dürfte.

Nach Rückgängen in den beiden Vormonaten war bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ein sehr kräftiger Anstieg des Aufkommens von 200 Mio. € im Dezember 2004 auf rund 700 Mio. € im Dezember 2005 zu verzeichnen. Offensichtlich haben hier die Kapitalgesellschaften zum Jahresende hin noch in großem Umfang Ausschüttungen getätigt.

Mit einem Plus von 11,6 % setzt sich der Aufwärtstrend beim Zinsabschlag weiter fort. In diesem Anstieg schlägt sich der zu beobachtende Aufwärtstrend bei der durchschnittlichen Verzinsung von festverzinslichen Wertpapieren nieder. Zudem dürfte sich zum Jahresende die Senkung des Sparerfreibetrags verstärkt auswirken.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer stiegen im Dezember unerwartet kräftig um + 36 %. Dazu beigetragen haben in erster Linie

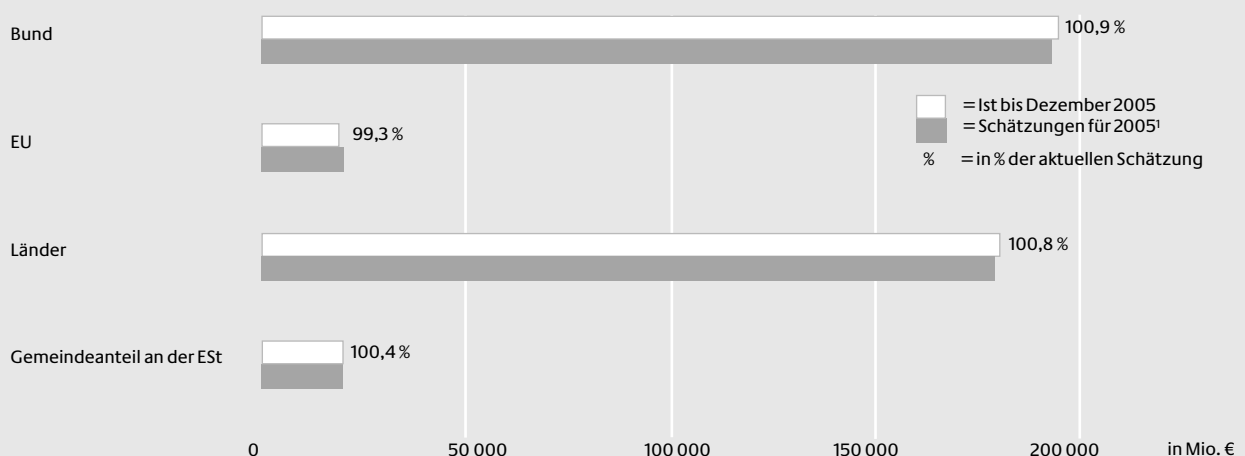
deutliche Zuwächse bei den Vorauszahlungen für 2005, aber auch bei den nachträglichen Vorauszahlungen für 2004. Hinzu kommt ein erheblicher Rückgang der Nachzahlungen für vergangene Veranlagungszeiträume. Das Ergebnis lässt auf eine deutliche Verbesserung der Gewinnsituation der Kapitalgesellschaften gegenüber dem Vorjahresmonat schließen.

Beim Aufkommen der Steuern vom Umsatz (+ 1,4 %) zeigt sich wieder ein zweigeteiltes Bild. Während sich bei der Einfuhrumsatzsteuer ein Zuwachs von + 5,4 % ergab, stagnierte das Aufkommen der Umsatzsteuer, was eine Folge der nach wie vor lahrenden Binnennachfrage ist.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern ging um – 1,8 % zurück. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hat die Mineralölsteuer, die deutlich im Minus lag (– 5,3 %). Der Grund ist hier in erster Linie in preisinduzierten Nachfragerückgängen bei den Treibstoffen zu suchen. Die Tabaksteuer stagnierte, d.h. die Mehreinnahmen durch höhere Steuersätze werden durch Steuerausfälle infolge des Verbrauchsrückgangs bei Zigaretten ausgeglichen. Die Versicherungsteuer (+ 2,2 %) und die Stromsteuer (+ 7,1 %) lagen ebenso im Plus wie der Solidaritätszuschlag (+ 9,0 %), der sich analog zu seinen Bezugssteuerarten erfreulich entwickelte.

Bei den reinen Ländersteuern ergab sich im Dezember ein bemerkenswert kräftiger Zuwachs

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Dezember 2005



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2005).

von + 16,3 %. Getragen wurde diese Entwicklung in erster Linie vom positiven Aufkommensergebnis bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 40,3 %), das vor allem aus dem Auslaufen von Steuerbegünstigungen zum Jahresbeginn resultiert.

Ein deutliches Plus ergab sich auch bei der Grunderwerbsteuer (+ 18,8 %), was auf die Abschaffung der Eigenheimzulage und daraus resultierende Vorzieheffekte zurückgeführt werden kann.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2005	Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2005	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	16 687	- 5,7	118 919	- 4,0	119 300	- 3,7
veranlagte Einkommensteuer	7 485	8,8	9 765	81,1	8 930	65,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	704	.	9 952	0,3	9 440	- 4,8
Zinsabschlag	604	11,6	6 990	3,2	6 880	1,6
Körperschaftsteuer	6 296	35,9	16 333	24,5	15 400	17,3
Steuern vom Umsatz	12 262	1,4	139 712	1,7	139 600	1,6
Gewerbesteuerumlage	816	3,5	3 587	6,9	3 533	5,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	635	13,1	2 631	14,1	2 630	14,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	45 490	4,8	307 890	1,9	305 713	1,2
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	9 259	- 5,3	40 101	- 4,0	39 900	- 4,5
Tabaksteuer	1 800	0,0	14 273	4,7	14 200	4,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	390	- 2,9	2 142	- 2,4	2 180	- 0,7
Versicherungsteuer	629	2,2	8 750	0,0	8 730	- 0,2
Stromsteuer	701	7,1	6 462	- 2,0	6 500	- 1,5
Solidaritätszuschlag	1 812	9,0	10 315	2,0	10 181	0,7
sonstige Bundessteuern	239	27,1	1 465	- 1,8	1 437	- 4,3
Bundessteuern insgesamt	14 830	- 1,8	83 508	- 1,2	83 128	- 1,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	332	1,7	4 097	- 4,4	3 985	- 7,0
Grunderwerbsteuer	484	18,8	4 791	3,1	4 580	- 1,4
Kraftfahrzeugsteuer	767	40,3	8 673	12,1	8 500	9,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	144	- 24,4	1 809	- 4,1	1 857	- 1,5
Biersteuer	60	- 1,9	777	- 1,3	775	- 1,6
sonstige Ländersteuern	13	- 14,9	428	- 1,0	423	- 2,2
Ländersteuern insgesamt	1 800	16,3	20 575	4,1	20 120	1,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	336	13,1	3 378	10,4	3 270	6,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	139	.	3 258	9,1	3 400	13,9
BNE-Eigenmittel	1 026	59,5	15 075	10,9	15 200	11,8
EU-Eigenmittel insgesamt	1 500	62,7	21 711	10,5	21 870	11,4
Bund³	32 768	1,6	190 176	1,7	188 469	0,8
Länder³	24 235	4,6	180 422	0,3	178 934	- 0,5
EU	1 500	62,7	21 711	10,5	21 870	11,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 953	- 1,3	23 042	- 0,1	22 958	- 0,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	62 456	3,5	415 351	1,4	412 231	0,7

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2005.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

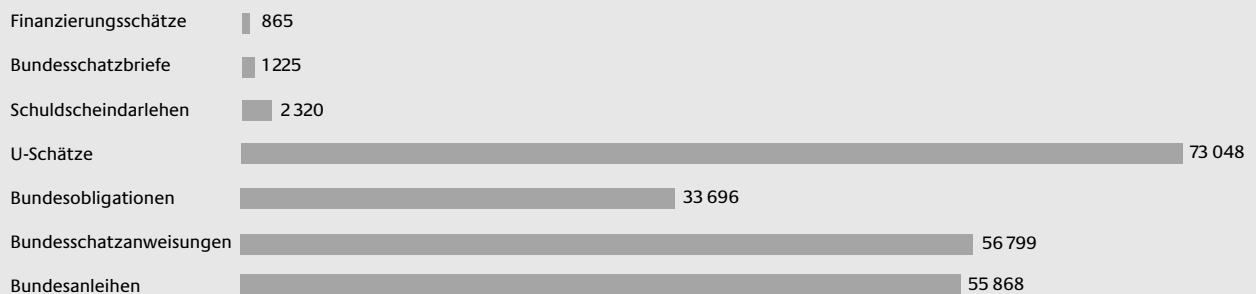
Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Dezember gesunken. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende November bei 3,41 % lag, notierte Ende Dezember bei 3,26 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich leicht von 2,47 % Ende November auf 2,49 % Ende Dezember. Die Europäische Zentralbank hatte am 1. Dezember 2005 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Seitdem liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzie-

rungsgeschäfte bei 2,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,25 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Dezember weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 5193 auf 5408 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 von 3447 auf 3579 Punkte (Monatsendstände).

Kreditaufnahme des Bundes bis Dezember 2005 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Dezember 2005

Medium Term Notes Treuhand (0,0 %)

Finanzierungsschätze (0,1 %)

Bundesschatzbriefe (1,2 %)

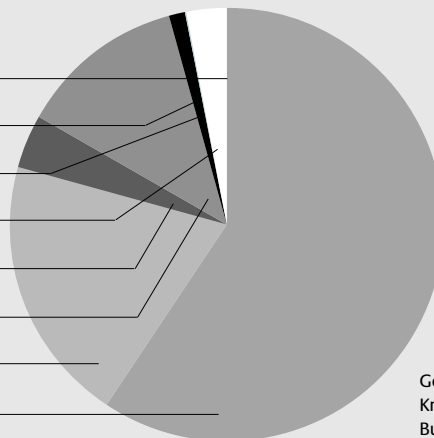
Schuldscheindarlehen (3,0 %)

Unverzinsliche Schatzanweisungen (4,0 %)

Bundesschatzanweisungen (12,4 %)

Bundesobligationen (19,9 %)

Bundesanleihen (59,3 %)



Gesamte umlaufende
Kreditmarktmittel des
Bundes
895,6 Mrd. €

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet ging im November 2005 auf 7,6 % zurück (nach 8,0 % im Oktober). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum von September bis November 2005 verringerte sich auf 8,0 %, gegenüber 8,2 % im Zeitraum von August bis Oktober 2005.

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 9,3 % im Oktober auf 9,4 % im November an. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 2,9 % im Oktober auf 2,5 % im November.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2005 223,8 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2005¹ haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Dezember 2005 um 4,5 % auf 895,6 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 1. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 64 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

¹ Nach Eingliederung des Fonds Deutsche Einheit.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2006 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	13,2	6,3	–	19,5
Bundesobligationen	–	14,3	–	14,3
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,7	0,0	0,0	0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,3	0,3	0,9
MTN Treuhand	–	–	–	–
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	20,3	26,9	21,3	68,5

Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Zinszahlungen	13,4	2,6	1,0	16,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2006 auf rund 68,5 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und

seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2006 auf rund 16,9 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2006

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113 529	Aufstockung	4. Januar 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2007	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137123 WKN 113 712	Aufstockung	18. Januar 2006	2 Jahre fällig 14. Dezember 2007 Zinslaufbeginn: 14. Dezember 2005 erster Zinstermin: 14. Dezember 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113 527	Aufstockung	25. Januar 2006	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2006	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113 529	Aufstockung	15. Februar 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137131 WKN 113 713	Neuemission	8. März 2006	2 Jahre fällig 14. März 2008 Zinslaufbeginn: 10. März 2006 erster Zinstermin: 14. März 2007	ca. 9 Mrd. €
Bundessobligation ISIN DE0001141489 WKN 114 148	Neuemission	22. März 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	ca. 8 Mrd. €
1. Quartal 2006 insgesamt				ca. 46 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114874 WKN 111 487	Neuemission	16. Januar 2006	6 Monate fällig 12. Juli 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114882 WKN 111 488	Neuemission	13. Februar 2006	6 Monate fällig 16. August 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114890 WKN 111 489	Neuemission	13. März 2006	6 Monate fällig 13. September 2006	ca. 6 Mrd. €
1. Quartal 2006 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Das Statistische Bundesamt hat Mitte Januar erste vorläufige Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr bekannt gegeben. Danach ist das Bruttoinlandsprodukt um real 0,9 % gestiegen. Bereinigt um den Arbeitstageffekt belief sich die Zuwachsrate auf 1,1 %, genauso viel wie im Jahr zuvor. Berücksichtigt man den statistischen Unterhang aus dem Jahr 2004, mit dem die deutsche Wirtschaft ins vergangene Jahr startete, hat sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im Jahr 2005 aber beschleunigt. Gleichwohl blieb es auch im vergangenen Jahr bei der nun schon seit geraumer Zeit andauernden heterogenen Entwicklung zwischen außenwirtschaftlicher Stärke einerseits und binnenwirtschaftlicher Schwäche andererseits. Der Überschuss der Exporte gegenüber den Importen trug mit 0,7 Prozentpunkten zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bei, während die inländische Verwendung insgesamt schwach blieb (+ 0,2 Prozentpunkte Wachstumsbeitrag). Allerdings gab es erste Anzeichen dafür, dass die außenwirtschaftlichen Impulse allmählich auch die Binnenkonjunktur zu erfassen beginnen. So war die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen merklich aufwärts gerichtet. Der private Konsum blieb nach wie vor die Achillesferse der wirtschaftlichen Erholung.

Die insgesamt noch zur Schwäche neigende Binnenkonjunktur hatte erneut negative Auswirkungen auf die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben. Während die Gemeinden in Form höherer Gewerbesteuer-einnahmen von der kräftigen Zunahme der Unternehmensgewinne profitieren konnten, stieg das Aufkommen der Steuern vom Umsatz im Jahresdurchschnitt nur verhalten und das der Lohnsteuer ging wiederum, wenn auch weniger stark als im Vorjahr, zurück. Die ungünstige Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung spiegelte sich ebenfalls auf der Ausgabenseite in der Zunahme insbesondere der monetären und sozialen Sachleistungen wider. Da jedoch die res-

triktive Ausgabenpolitik in anderen Bereichen fortgeführt werden konnte, reduzierte sich die Staatsquote auf den niedrigsten Wert seit der deutschen Vereinigung. Das staatliche Finanzierungsdefizit verminderte sich damit auf 3,5 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Für dieses Jahr hat die Bundesregierung ihre Wachstumserwartungen soeben im Jahreswirtschaftsbericht aktualisiert. Sie geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt um preisbereinigt rund 1 ½ % zunimmt. Dahinter steht die Erwartung, dass die konjunkturelle Dynamik in diesem Jahr etwas stärker ausfallen könnte als 2005. Dabei dürften auch in diesem Jahr angesichts einer lebhaften Weltkonjunktur sowie einer weiter verbesserten Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt die wesentlichen Wachstumsimpulse von der Auslandsnachfrage ausgehen. Allerdings sind die Aussichten gut, dass die positiven Impulse aus dem Ausland mehr und mehr auf die Binnenwirtschaft ausstrahlen. Um dies zu unterstützen, setzt die Finanzpolitik in diesem Jahr ihre Priorität auf Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Gleichzeitig soll dies die Umsetzung der entscheidenden Konsolidierungsschritte im Jahr 2007 in einem positiven gesamtwirtschaftlichen Umfeld erleichtern. Daher rechnet die Bundesregierung damit, dass die staatliche Defizitquote bei 3 ½ % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt verbleiben wird.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das 4. Quartal 2005 – sowie überarbeitete Ergebnisse für das Jahr 2005 – am 22. Februar 2006. Gleichwohl lassen sich anhand der bislang vorliegenden Daten bereits einige Schlüsse über die mögliche konjunkturelle Entwicklung im letzten Quartal des vergangenen Jahres ableiten. Im Außenhandel zeigte sich dabei in den Monaten Oktober und November

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 ¹ Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			1.Q.05	2.Q.05	3.Q.05	1.Q.05	2.Q.05	3.Q.05
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2138	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,6	- 0,5	+ 1,6	+ 1,3
jeweilige Preise	2244	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,5
Einkommen								
Volkseinkommen	1 685	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,0	- 1,0	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,4
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,5	+ 0,4	- 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,4	- 0,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	556	+ 6,1	+ 2,4	+ 6,3	- 1,7	+ 3,7	+ 8,3	+ 5,7
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 469	+ 1,5	- 1,3	+ 1,4	- 0,1	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4
Bruttolöhne und -gehälter	909	- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,5
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 2,8	- 1,8	+ 0,7	- 1,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,1
Außenhandel	2004		Veränderung in % gegenüber					
Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			2- Monats- durch- schnitt			2- Monats- durch- schnitt		
			Okt 05	Nov 05		Okt 05	Nov 05	
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	732	+ 10,1	- 0,8	- 1,4	- 0,3	+ 7,1	+ 7,7	+ 7,4
Waren-Importe	575	+ 7,7	+ 2,9	- 4,0	+ 0,1	+ 9,2	+ 6,6	+ 7,9
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2000 = 100) ^{2,3}	105,2	+ 4,5	+ 0,7	- 0,6	+ 1,8	+ 6,1	+ 6,4	+ 6,2
Inland ^{2,3}	99,4	+ 2,5	+ 1,1	- 1,3	+ 1,8	+ 3,9	+ 3,0	+ 3,4
Ausland ^{2,3}	114,5	+ 7,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,8	+ 9,1	+ 11,2	+ 10,2
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	79	- 5,2	- 1,7	- 0,5	- 0,5	- 4,9	+ 0,8	- 2,0
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000=100)²								
Industrie ^{2,3}	100,8	+ 2,5	+ 1,0	- 0,3	+ 1,4	+ 4,2	+ 5,0	+ 4,6
Industrie ^{2,3}	102,6	+ 3,1	+ 1,0	- 0,4	+ 1,6	+ 5,2	+ 6,1	+ 5,7
Bauhauptgewerbe ²	80,4	- 5,5	+ 1,4	- 1,2	- 0,3	- 0,9	- 1,4	- 1,2
Auftragseingang (Index 2000 = 100)								
Industrie ^{2,3}	102,9	+ 5,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 4,1	+ 9,3	+ 13,1	+ 11,2
Inland ^{2,3}	96,3	+ 3,1	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,2	+ 3,9	+ 7,0	+ 5,4
Ausland ^{2,3}	111,2	+ 7,7	+ 2,4	+ 1,9	+ 6,0	+ 14,9	+ 19,9	+ 17,4
Bauhauptgewerbe ²	74,4	- 7,4	- 3,6	+ 3,2	- 3,5	- 0,8	+ 8,2	+ 3,6
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	100,2	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	- 1,8	- 0,1	- 1,0
Großhandel (ohne Kfz.)	103,5	+ 3,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,4
Arbeitsmarkt	2005		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Okt 05	Nov 05	Dez 05	Okt 05	Nov 05	Dez 05
Erwerbstätige, Inland	38,75	- 0,3	- 15	- 4	-	- 202	- 191	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 11,0	- 31	- 55	- 110	+ 349	+ 273	+ 142
Preisindizes	2005		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Okt 05	Nov 05	Dez 05	Okt 05	Nov 05	Dez 05
2000 = 100								
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,3	+ 4,3	+ 5,5	+ 6,8
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	+ 4,6	+ 5,0	+ 5,2
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland								
	Jun 05	Jul 05	Aug 05	Sep 05	Okt 05	Nov 05	Dez 05	Jan 06
Klima	- 14,1	- 10,7	- 11,5	- 8,8	- 3,4	- 5,3	- 1,7	+ 3,0
Geschäftslage	- 17,3	- 15,0	- 17,1	- 12,0	- 7,3	- 9,5	- 6,0	- 4,5
Geschäftserwartungen	- 10,8	- 6,4	- 5,6	- 5,5	+ 0,7	- 1,0	+ 2,7	+ 10,8

¹ Erste Jahresergebnisse 2005 – Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006; Ergebnisse für das 4. Quartal 2005 werden im Februar 2006 veröffentlicht. ² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

im Vergleich zu den beiden Monaten davor eine leichte Abschwächung. So ging der Wert der Warenausfuhr um saisonbereinigt 0,3 % zurück, während die Wareneinfuhr nahezu stagnierte (+ 0,1 %). Allerdings spricht einiges dafür, dass es sich hierbei nur um eine temporäre Unterbrechung des außenwirtschaftlichen Impulses handelt; die vorlaufenden Indikatoren weisen weiterhin nach oben: Die industriellen Auftrags-eingänge aus dem Ausland erhöhten sich um kräftige 6,0 % im Zweimonatsdurchschnitt. Einhergehend damit erwarten die Unternehmen gemäß ifo-Konjunkturtest von den Exporten nochmals verstärkte Impulse. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum erhöhte sich die Warenausfuhr in den ersten elf Monaten des letzten Jahres um 7,1 %. Die größten Zuwächse konnten die deutschen Exporteure dabei gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern (+ 18,1 %) und den OPEC-Ländern (+ 16,7 %) erzielen, wenngleich der Anteil dieser Ländergruppen an der Warenausfuhr Deutschlands vergleichsweise gering ist (3,7 % und 2,5 %).

Die gegenüber dem Vorjahr anhaltend dynamische Entwicklung der Auslandsimpulse speiste die Belebung der Industrie in Deutschland wesentlich. Letztere wiederum begünstigte die erneut kräftige Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+ 6,1 %) im vergangenen Jahr, die allerdings teilweise auch zyklischer Natur ist. Denn die Tatsache, dass noch Beschäftigung abgebaut wird, während sich die Entwicklung des Volkseinkommens bereits wieder beschleunigt, führt dazu, dass der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen steigt. Die Industrieindikatoren am aktuellen Rand deuten darauf hin, dass das Wirtschaftsergebnis des 4. Quartals seitens der Produktion deutlich positiv beeinflusst worden sein dürfte. Im Zweimonatsvergleich setzte die industrielle Produktion ihren Aufwärtstrend mit einem merklichen Zuwachs von saisonbereinigt 1,6 % fort. Hierzu trugen vor allem die Herstellung von Investitionsgütern (+ 2,5 %) und von Vorleistungsgütern (+ 1,9 %) bei, während die Konsumgüterproduktion geringfügig reduziert wurde (– 0,3 %). Aus den Daten der Industrieumsätze zeigt sich, dass die mehr produzierten Güter sowohl verstärkt im Inland als auch im Ausland abgesetzt wurden (jeweils + 1,8 %). Im

Inland legten dabei die Umsätze der Vorleistungsgüterhersteller besonders spürbar zu (+ 3,7 %), während die Umsätze der Investitions- und Konsumgüterhersteller etwas moderater stiegen (+ 0,8 % und + 0,5 %). Die Auftragseingänge deuten im Zweimonatsvergleich (+ 4,1 %) auf eine Fortsetzung des aufwärts gerichteten Trends von Industrieproduktion und -umsätzen hin. Dabei überwiegt weiterhin die Zunahme aus dem Ausland, wenngleich sie auch aus dem Inland mit einem Plus von 2,2 % recht kräftig war. Wie in den Monaten zuvor gingen wiederum überdurchschnittlich viele Großaufträge ein. Im Inland gab es die stärksten Verbesserungen bei den Konsumgütern (+ 3,1 %), aber auch die Bestellungen von Vorleistungs- (+ 2,4 %) und Investitionsgütern (+ 1,7 %) legten deutlich zu. Unterstützt werden die Erwartungen an eine Fortsetzung der aufwärts gerichteten Grundtendenz in der Industrie von der positiven Stimmung der Unternehmen. Der ifo-Geschäftsklimaindex im Verarbeitenden Gewerbe hat im Juli vergangenen Jahres den pessimistisch gestimmten Bereich verlassen und erreichte im Januar den höchsten Wert seit mehr als fünf Jahren. Auch der Einkaufsmanagerindex befindet sich seit vier Monaten im expandierenden Bereich.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe schrumpfte dagegen im Zweimonatsvergleich zum zweiten Mal in Folge seit April 2005 (saisonbereinigt – 0,3 %). Der Produktionseinbruch zu Beginn des Jahres 2005 konnte noch nicht aufgeholt werden; das Vorjahresniveau wurde weiterhin unterschritten (– 1,2 %), wenn auch weniger stark als in den Monaten zuvor.

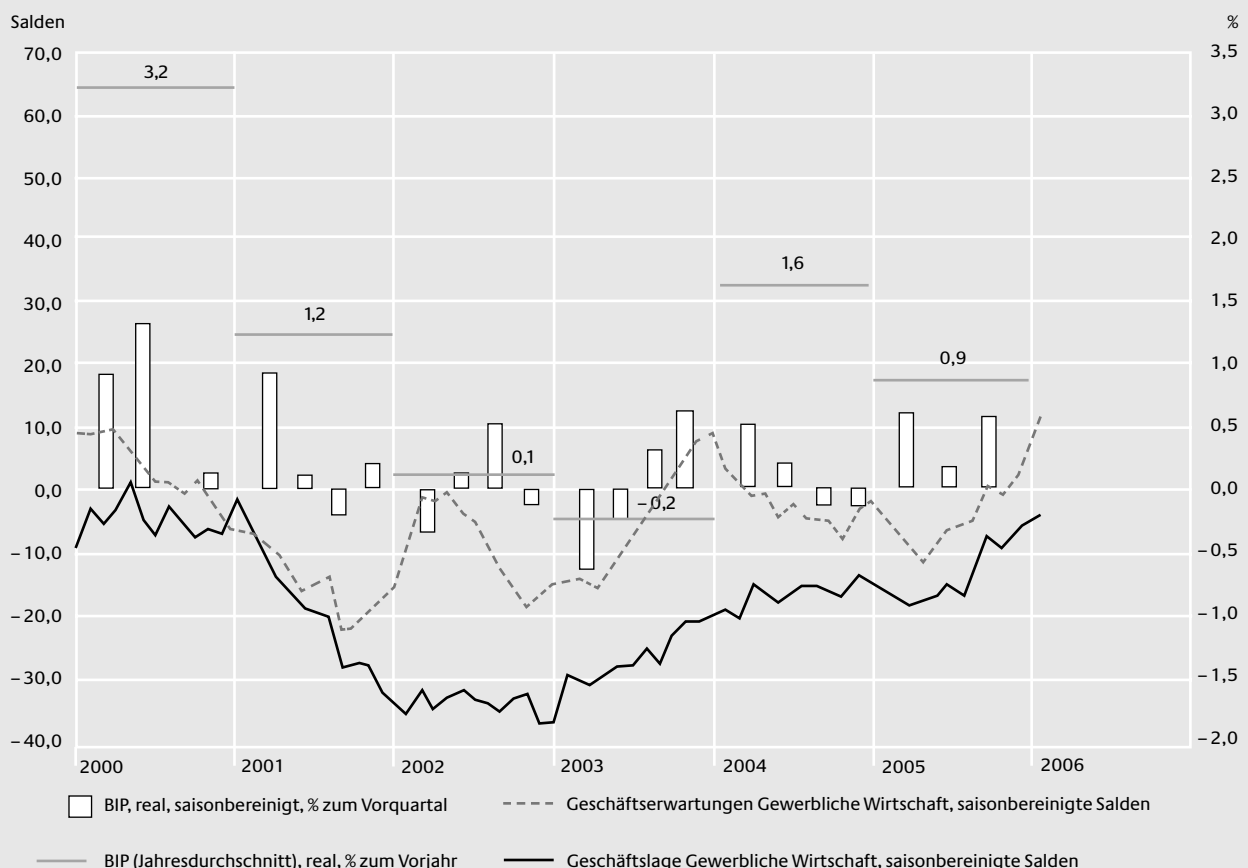
Sorgenkind der Binnenkonjunktur bleiben der private Konsum und die für seine Schwäche verantwortlichen Determinanten, namentlich die ungünstige Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nahmen im vergangenen Jahr um 1,5 % zu. In realer Rechnung – unter Zugrundelegung des Deflators der Privaten Konsumausgaben – bedeutete dies eine Stagnation. Darüber hinaus stieg die Sparquote der privaten Haushalte geringfügig weiter auf 10,6 % des verfügbaren Einkommens an. Bei den Privaten Konsumausgaben zeigt sich auch bis zum aktuellen Rand keine Erholung. So gingen die Einzelhandelsumsätze (mit Kraftfahrzeugen

und Tankstellen) im Zweimonatsvergleich saisonbereinigt erneut zurück (– 0,4 %). Damit bleibt die Situation der öffentlichen Haushalte angespannt: Das in der Regel etwas nachlaufende Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz bestätigt diese Schwäche. Sein leichter Anstieg (+ 1,4 %) im Vergleich zum Dezember 2004 war allein auf die höheren Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer (+ 5,4 %) zurückzuführen. Demgegenüber stagnierte die – eher die binnenwirtschaftliche Entwicklung abbildende – Umsatzsteuer. Das Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich zwar kräftig verbessert, befindet sich aber weiterhin deutlich im negativen Bereich. Auch die Stimmung der Verbraucher, gemessen am GfK-Konsumklima, scheint sich allmählich etwas zu bessern, wenngleich sie immer noch sehr labil ist.

Die bisher noch kaum grundlegend verbesserte Situation am Arbeitsmarkt wirkt sich negativ auf das Konsumverhalten der privaten Haus-

halte aus. Im Jahresdurchschnitt 2005 gab es 4,86 Mio. registrierte Arbeitslose (+ 482 000 gegenüber Vorjahr, wobei der Hartz-IV-Effekt durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Höhe von etwa 380 000 Personen zu berücksichtigen ist). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 1,2 Prozentpunkte auf 11,7 %. Unverändert erschweren Sondereffekte die Interpretation der Arbeitslosenzahlen am aktuellen Rand. Neben einer weiter verringerten Arbeitslosmeldung aus Erwerbstätigkeit – die zweifelsohne positiv zu werten ist – dürfte der starke saisonbereinigte Rückgang im Dezember von einer Verschiebung des saisonbedingten Anstiegs in den Januar hinein, einer etwas stärkeren Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie einer nur teilweise möglichen Berücksichtigung des Hartz-IV-Effekts geprägt sein. Konjunkturrell ist die Entwicklung deshalb nur bedingt aussagekräftig.

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Die tatsächliche Lage kann daher momentan besser an der Erwerbstätigenentwicklung abgelesen werden. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland stagnierte im November saisonbereinigt in etwa gegenüber dem Vormonat (– 4000 Personen), nach einem Rückgang um 15000 Erwerbstätige im Oktober. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der erwerbstätigen Personen deutlich verringert (– 191000). Im Jahresdurchschnitt 2005 waren 38,75 Mio. Personen, 121000 Personen oder 0,3 % weniger als 2004, in Deutschland erwerbstätig, wozu ein weiterer Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, aber auch die Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie die Neueinschätzung der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung, die nach kräftigen Anstiegen in 2003 und 2004 im letzten Jahr rückläufig war, beitrugen. Zuletzt verlangsamte sich der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zwar. Aber die Entstehung neuer Stellen durch Ich-AGs oder Arbeitsgelegenheiten stellt noch keine durchgreifende Verbesserung der Arbeitsmarktlage dar, und die Quelle bisherigen Beschäftigungszuwachses, die Minijobs, sind inzwischen rückläufig. Gleichwohl mehrten sich leicht positive Signale: Der Zuwachs ungeförderter Stellenangebote um 67000 binnen Jahresfrist ist beachtlich, und auch die Beschäftigungskomponente des Einkaufsmanagerindex befindet sich seit drei Monaten im Expansionsbereich. Allerdings bedarf es einer deutlichen Verstärkung dieser Signale, um eine Trendwende hervorzurufen.

Trotz des starken Energiepreisanstiegs im vergangenen Jahr konnte Deutschland weiterhin seine Rolle als Stabilitätsanker im europäischen Währungsraum wahren: Der Anstieg des Verbraucherpreisindex betrug 2,0 % im Jahresdurchschnitt 2005 gegenüber dem Vorjahr. Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Teuerungsrate nur bei 1,5 % gelegen. Aber es wirkten auch die Tabak- und die Kraftfahrzeugsteuererhöhung preistreibend. Im Dezember lag die Jahresteuerrate des Verbraucherpreisindex bei 2,1 %, nach 2,3 % im November. Zweitrundeeffekte auf die Verbraucherpreise, sei es über die Löhne oder über die Güterpreise, sind bislang weitgehend ausblieben und dürften angesichts der schwachen Nachfrage auch absehbar kaum zu erwarten sein. Gleichwohl ist auf den anderen Preisstufen eine deutlichere Verteuerung zu beobachten. So erhöhte sich der Importpreisindex im vergangenen Jahr um 4,3 % gegenüber seinem Vorjahreswert, im Dezember waren die Importe gemessen an ihrem Preisindex um 6,8 % teurer. Der Erzeugerpreisindex überschritt im Jahresdurchschnitt 2005 seinen Vorjahreswert um 4,6 %; schneller stieg er zuletzt im Jahr 1982. Dabei kam es auch hier zu einer Beschleunigung zum Jahresende (Dezember: + 5,2 % gegenüber Vorjahr). Ohne die Rohstoffpreise hätte die Teuerung am Jahresende bzw. im Jahresdurchschnitt deutlich niedriger gelegen: Importpreisindex ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse + 2,9 % bzw. + 1,3 %, Erzeugerpreisindex ohne Energie + 1,2 % bzw. + 2,0 %.

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2005

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich November 2005 vor.

Die Ausgaben der Länder insgesamt betrugen bis einschließlich November 2005 233,5 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verringerten sich die Ausgaben bei der Ländergesamtheit um – 0,2 %. Während die ostdeutschen Flächenländer ihre Ausgaben um – 2,0 % zurückführen konnten, stiegen in den westdeutschen Flächenländern die Ausgaben um + 0,1 % und in den Stadtstaaten um + 1,0 %.

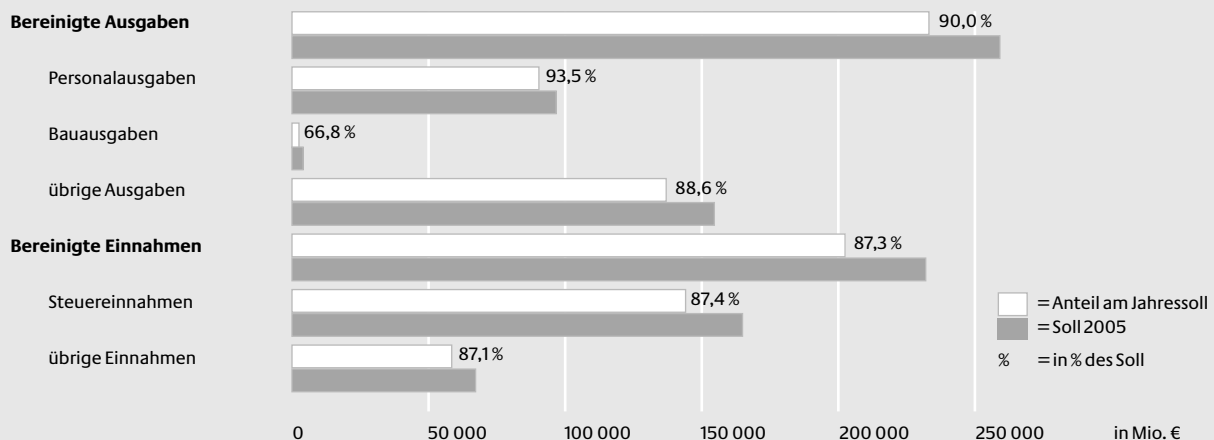
Die Einnahmen der Länder insgesamt haben sich auch im November weiter positiv entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen sie um + 2,4 % auf insgesamt 202,7 Mrd. €. Der Zuwachs betrug in den Stadtstaaten + 7,6 % und in den Flächenländern West + 2,2 %, nur in den Flächenländern Ost sanken die Einnahmen um – 0,2 %.

Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um – 0,1 %. Nur die Flächenländer West verzeichneten einen Zuwachs um + 1,0 %, während in den Flächenländern Ost die Steuereinnahmen um – 5,1 % und in den Stadtstaaten um – 0,3 % niedriger ausfielen als im Vorjahreszeitraum.

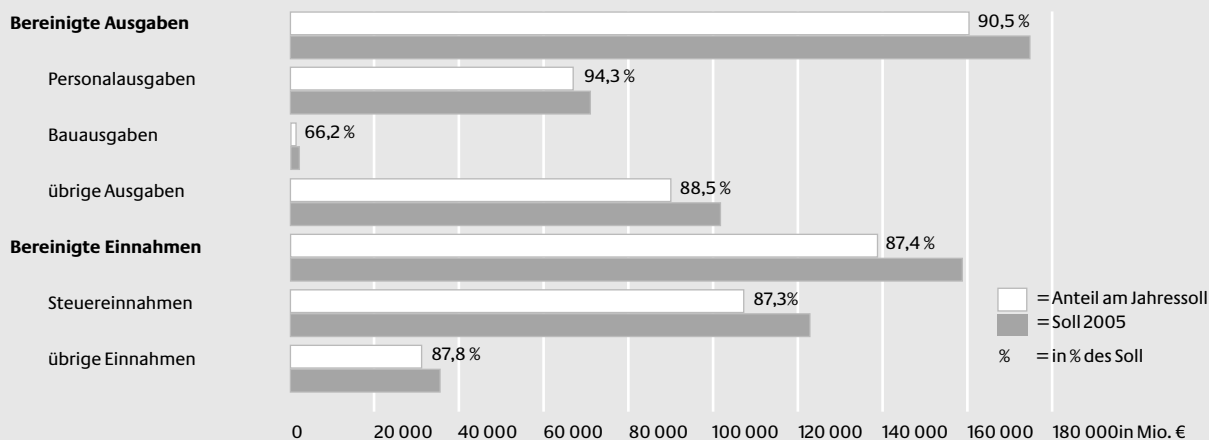
Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt erhöhte sich im November im Vergleich zum Vormonat um – 4,9 Mrd. € auf – 30,8 Mrd. €. Der Wert des Vorjahreszeitraums wird jedoch um – 5,6 Mrd. € unterschritten. Die Planungen der Länder gehen für das Jahr 2005 von einem Gesamtdefizit von – 27,2 Mrd. € aus.

Erfahrungsgemäß steigt das Finanzierungsdefizit der Länder im November eines Jahres jeweils an und geht im Dezember wieder deutlich zurück. Für das Gesamtjahr 2005 ist daher damit zu rechnen, dass die Defizitplanungen voraussichtlich nicht überschritten werden.

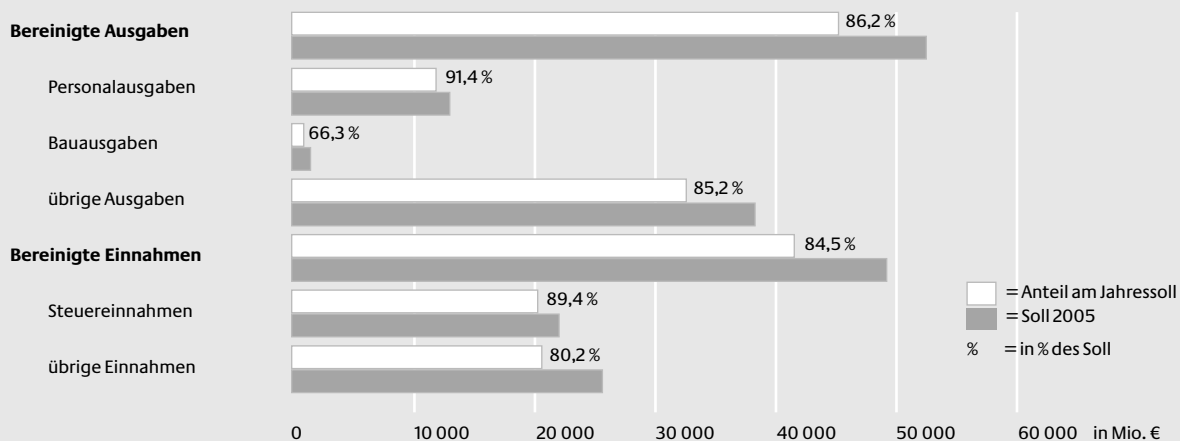
Länder insgesamt



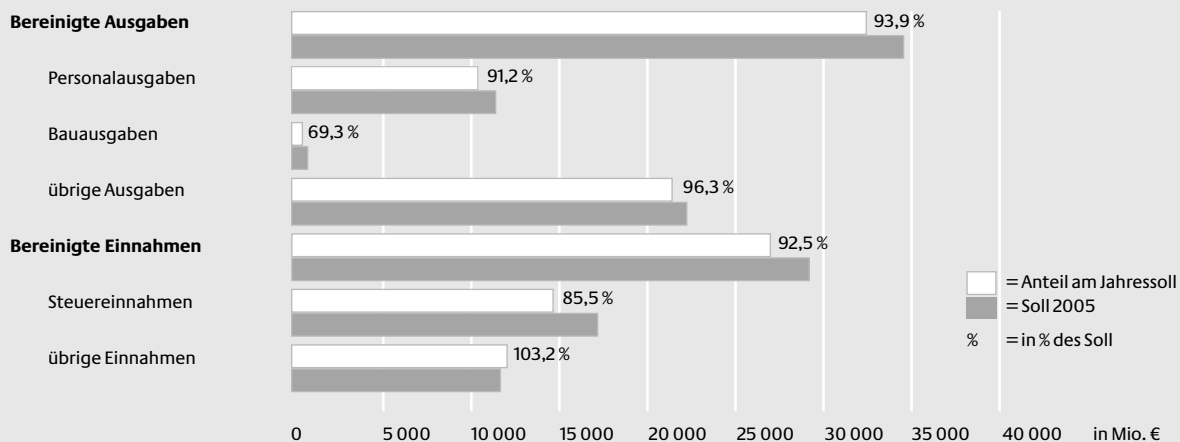
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 10./11. Februar 2006 – Treffen der G 8-Finanzminister in Moskau
- 13./14. Februar 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 13./14. März 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht** – Artenschutz (überarbeitete Ausgabe)
- Klarsicht** – Weltweit handeln (überarbeitete Ausgabe)

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	Februar	Januar 2006	22. Februar 2006
	März	Februar 2006	22. März 2006
	April	März 2006	21. April 2006
	Mai	April 2006	22. Mai 2006
	Juni	Mai 2006	21. Juni 2006
	Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- bis Mitte Februar 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 16. Februar 2006 – Finanzplanungsrat
- 22. Februar 2006 – Kabinettsbeschluss
- 17. März 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 28. bis 31. März 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 7. April 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 5. April bis 31. Mai 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- Mitte Mai 2006 – Steuerschätzung
- 1. Juni 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 20. bis 23. Juni 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 7. Juli 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Mitte/Ende Juli 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt



Analysen und Berichte

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005	33
Ergebnis der Modellstudien zu Änderungen bei der Umsatzsteuer zur Verhinderung von Steuerausfällen	45
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	51
Umsetzung von Basel II in Deutschland und der Europäischen Union	57
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	69

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005

1	Einleitung	33
2	Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften	33
3	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen	39
4	Fazit	44

1 Einleitung

Internationale Steuerbelastungsvergleiche werden derzeit von vielen Seiten nachgefragt und auch publiziert. Vielfach wird dabei nicht berücksichtigt, dass die dort erzielten Ergebnisse unter ganz bestimmten Prämissen zustande gekommen und vor diesem Hintergrund zu interpretieren sind. In dem folgenden Beitrag werden daher nur zwei Aspekte der internationalen Besteuerung genauer betrachtet. Diese Eingrenzung geschieht auch, um zu verhindern, dass durch eine zu breit gefächerte, aber zu wenig ins Detail gehende Darstellung falsche Schlussfolgerungen provoziert werden. Leser, die an weiter gehenden Informationen interessiert sind, werden auf die kürzlich erschienene Publikation des Bundesministeriums der Finanzen „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“ und auf den demnächst im Monatsbericht erscheinenden Beitrag „Abgabenbelastungen von Arbeitnehmern im internationalen Vergleich“ verwiesen. Die erarbeiteten Vergleiche erstrecken sich grundsätzlich auf alle EU-Staaten und einige andere wichtige Industriestaaten (insbesondere die USA, Kanada, Japan, Schweiz und Norwegen).

2 Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Um die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich darzustellen, gibt es unterschiedliche Ansätze. Grundsätzlich können vorhandene empirische Daten aufbereitet werden, um Schlüsse über die Steuerbelastung der Unternehmen zu ziehen. Allerdings stehen Jahresabschlüsse von Einzelunternehmen aufgrund des Steuergeheimnisses kaum zur Verfügung oder sind bei verbundenen Unternehmen wenig informativ. Auch die vorhandenen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind nur beschränkt aussagefähig, da dieses Rechenwerk für ganz andere Ziele konzipiert wurde. Zudem handelt es sich bei den empirischen Werten um Vergangenheitsdaten, die keinen Schluss auf die zukünftige Verhaltensweise von Unternehmen ermöglichen. Am häufigsten werden daher die nominalen und die effektiven Steuersätze für Unternehmen als Belastungsindikatoren herangezogen. Die nominale Steuerbelastung lässt sich sehr leicht feststellen, ihr kann eine Art Signalfunktion zugesprochen werden. Der nominale Steuersatz ist auch für Verlustverrechnungen relevant. Er lässt aber die Steuerbemessungsgrundlage unbeachtet. Da sich die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz ergibt, sind die nominalen Steuersätze nur ein erster Indikator.

Sehr viel aussagekräftiger sind deshalb die sog. effektiven Durchschnittssteuersätze, bei

Übersicht 1: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2005

Staaten	Körperschaftsteuer-Standardsätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)		Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
Klassische Systeme mit Tarifiermäßigung			
Belgien	34 %	Auf Einkommen über 322 500 €; ansonsten Eingangsteil- mengentarif 24,25 %, 31 % und 34,5 %; 33 % normaler Steuer- satz, zzgl. „Krisenzuschlag“ 3 % des Steuerbetrags	Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder Option für Steuerveranlagung
Dänemark	28 %		Kapitalertragsteuer 28 % auf Dividenden; bei Ausschüttungen bis 43 300 DKK definitiv ohne Optionsmöglichkeit; bei höheren Dividenden- einkünften 43 %, unter Anrechnung der KapEst
Deutschland	25 %	Ohne Solidaritätszuschlag von 5,5 % des Steuerbetrags	50 % der Dividende steuerfrei
Finnland	26 %		Börsennotierte Kapitalgesellschaften: 43 % steu- erfrei und 57 % mit 28 % anrechenbare Kapitalertragsteuer; nicht börsennotierte Kapitalgesellschaften: 9 % des Gesellschaftsvermögens des Anteilseigners, max. 90 000€ steuerfrei; darüber 57 % mit 28 % anrechenbare Kapitalertragsteuer
Frankreich	33,3 %	Ohne Zuschlag 1,5 % des Steuerbetrags (=33,83 %) und Sozi- alzuschlag 3,3 % der normalen Körperschaftsteuer für grö- ßere Unternehmen mit jährlich mehr als 7,63 Mio. € Umsatz (Steuersatz insgesamt 34,94 % für größere Unternehmen)	50 % der Dividende steuerfrei
Italien	33 %	Ohne 4,25 % lokale Steuer, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!)	Definitive Kapitalertragsteuer 12,5 % (bei quali- fizierten Beteiligungen unterliegen 40 % der Dividende der progressiven Einkommensteuer)
Litauen	15 %	13 % für Kleinunternehmen	Definitive Kapitalertragsteuer 15 %
Luxemburg	22 %	Ohne Zuschlag 4 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds; ermäßigter Satz 20 % mit Grenzberichtigung bis 15 000 € Ein- kommen	50 % der Dividende steuerfrei
Niederlande	31,5 %	27 % auf Gewinneile bis 22 689 €	Einkommensteuersatz 25 % auf Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen (ab 5 %); ansonsten Pauschalbesteuerung beim Anteilseigner
Österreich	25 %		Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder halber Durchschnittssteuersatz für Dividenden
Polen	19 %		Definitive Kapitalertragsteuer 19 %
Portugal	25 %	Ohne Gemeindezuschlag bis 10 % der Steuer; ermäßigter Steuersatz von 20 % für bestimmte Gesellschaften mit einem jährlichen Gesamtumsatz unter 149 639,37 € und weiteren Voraussetzungen	50 % der Dividende steuerfrei
Schweden	28 %		Pauschaleinkommensteuersatz 30 % auf Divi- denden; keine Option für Steuerveranlagung möglich
Slowenien	25 %		35 % der Bruttodividende (Dividende + Körper- schaftsteuer) sind steuerfrei, 65 % der Bruttodividende werden mit 25 % be- steuert
Tschechien	26 %	50 % der Kapitalertragsteuer auf die Ausschüttungen sind auf die eigene Körperschaftsteuer anrechenbar	15 % definitive Kapitalertragsteuer
Ungarn	16 %		30 % der Dividenden werden mit 25 % und 70 % der Dividenden mit 35 % besteuert
USA	35 %	Corporation Income Tax des Bundes 35 % mit ermäßigten Eingangssätzen, die ab Einkommen von 100 000 \$ auslaufen	Einkommensteuersatz 15 % auf Dividenden von inländischen Kapitalgesellschaften oder ver- gleichbaren anderen Körperschaften

noch Übersicht 1: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2005

Staaten	Körperschaftsteuer-Standardsätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)		Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
Klassische Systeme ohne Tarifiermäßigung			
Irland	12,5 %	Gewerbliches Einkommen; für nichtgewerbliches Einkommen 25 %; 20 % für Veräußerungsgewinne; 10 % für Herstellerbetriebe (auslaufend bis 2010); 10 % für SFAZ- und IFSC-Gesellschaften (auslaufend bis 2005)	Besteuerung beim Anteilseigner
Schweiz	8,5 %		Besteuerung beim Anteilseigner
Vollanrechnungssysteme			
Malta	35 %		Vollanrechnung mit 53,85 % der Nettodividende; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Norwegen	28 %		Vollanrechnung mit 7/18 der Dividende; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen; Einkommensteuersatz auf die Dividende entspricht dem Körperschaftsteuersatz; de facto also keine Besteuerung der Dividende beim Anteilseigner
Teilanrechnungssysteme			
Japan	30 %		Anrechnung von 7,4 % bis 12,8 % der Ausschüttung; ohne Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Kanada	22,1 %		Anrechnung mit 13,33 % der Bruttodividende auf die Einkommensteuer des Bundes und 21,34 % auf die Einkommensteuer der Provinz; Erfassung der um 25 % erhöhten Bardividende im Einkommen des Anteilseigners
Spanien	35 %	Für Betriebe mit einem Jahresumsatz unter 8 Mio. € ermäßigt sich der Satz auf 30 % auf die ersten 90 151,81 € des Gewinns. Mehrere Sondersätze	Anrechnung mit 40 % der Ausschüttung; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Vereinigtes Königreich	30 %	0 % auf Einkommen bis 10 000 £; Grenzberichtigung von 10 001 £ bis 50 000 £ Einkommen, darüber 19 % auf Einkommen bis 300 000 £; Grenzberichtigung von 300 001 £ bis 1 500 000 £ Einkommen, darüber 30 %	Anrechnung mit 1/9 der Dividende, Einkommensteuersatz 10 % (niedrige Einkommen) oder 32,5 % (höhere Einkommen) auf Dividenden einschl. Steueranrechnungsbetrag
Steuerbefreiungssysteme			
Estland	0 %	24 % Gewinnausschüttungsteuer; 0% bei Thesaurierung	keine Besteuerung beim Anteilseigner
Griechenland	32 %	24 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind, und für Gesellschaften, die Investitionen von mehr als 30 Mio. € tätigen (beschränkt auf 10 Jahre); 32 % für Aktiengesellschaften (Anonymos Etairia), Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kreditinstitute	keine Besteuerung beim Anteilseigner
Lettland	15 %		keine Besteuerung beim Anteilseigner
Slowakei	19 %	für Dividenden ab 1. Januar 2004	keine Besteuerung beim Anteilseigner
Zypern	10 %	25 % für öffentliche Körperschaften	keine Besteuerung beim Anteilseigner; jedoch Verteidigungsabgabe von 15 %

denen etwa auch die Abschreibungsregelungen in den Ländern berücksichtigt werden. Allerdings weisen die „effektiven Steuersätze“ auch gewisse Probleme auf, die bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen sind. So lassen sich im Rahmen des vorgegebenen mikroökonomischen Modellrahmens nicht alle relevanten Aspekte der steuerlichen Gewinnermittlung erfassen. Insbesondere finden überperiodische Verlustausgleichsvorschriften keine Berücksichtigung, da rentable Investitionen ohne Periodenverluste unterstellt werden. Verlustverrechnungsmöglichkeiten sind aber innerhalb der EU ganz unterschiedlich ausgestaltet. So sind beispielsweise die überperiodischen Verlustausgleichsregeln in den neuen EU-Mitgliedstaaten, aber auch in Österreich im Vergleich zu Deutschland als restriktiver zu bezeichnen. Den in Deutschland bekannten Verlustrücktrag kennen diese Länder nicht. Der Verlustvortrag ist in den neuen EU-Staaten nicht wie in Deutschland zeitlich unbegrenzt, sondern ist zumeist auf fünf bis sieben Jahre befristet. Letzteres hat zur Folge, dass in den neuen EU-Staaten die Verlustvorträge in außergewöhnlich langen rezessiven Phasen für die steuerliche Berücksichtigung verloren gehen können. Diese unterschiedlichen Regelungen wirken sich aber nicht auf die effektiven Durchschnittssteuersätze aus, obwohl leicht einsichtig ist, dass eine Besteuerungsrelevanz gegeben ist. Zwar führt etwa ein aktueller Verlust von 0,5 Mio. € weder in Deutschland, den neuen EU-Mitgliedstaaten noch in Österreich zu einer Besteuerung, allerdings ergibt sich nur für Unternehmen in Deutschland aufgrund des Verlustrücktrags eine Erstattung der in der Vorperiode gezahlten Körperschaftsteuer und damit eine in der Rezession nicht zu unterschätzende Liquiditätszufuhr.¹

Auch werden meist nur die ertragsabhängigen und den Faktor Kapital direkt belastenden Steuern bei der Ermittlung der effektiven Durchschnittssteuersätze berücksichtigt. Andere Steuern, etwa Lohnsummensteuern, können den Faktor Kapital in Analogie zur Mehrwertsteuer aber indirekt belasten, nämlich bei nicht erfolgter Überwälzung in die Preise. Diese

in einigen Ländern erhobenen Steuern bleiben aber bei den internationalen Vergleichen außen vor. Das Aufkommen dieser von allen Unternehmen in den betreffenden Ländern zu entrichtenden Steuer ist oft prozentual höher als etwa die in den internationalen Vergleichen und auch in der hier abgedruckten Darstellung berücksichtigte deutsche oder luxemburgische Gewerbesteuer. So beträgt der Anteil der Lohnsummensteuern am gesamten Steueraufkommen in Österreich 6,2 % und in Schweden 4,9 %, die Gewerbesteuer in Deutschland hingegen nur 3,1 %. Trotzdem werden diese Steuern in die Berechnung der effektiven Durchschnittssteuersätze nicht einbezogen, da ansonsten in den Modellen berücksichtigt werden müsste, in welchem Umfang der Faktor Arbeit bei der Produktion eingesetzt wird (sog. Arbeitsintensität).

In dieser Publikation wird ausschließlich die nominale Steuerbelastung im internationalen Vergleich dargestellt. Ihre Aussagefähigkeit ist – wie oben dargestellt – äußerst begrenzt. Effektive Steuerbelastungsvergleiche, die zumindest wesentliche Aspekte in dieser Hinsicht berücksichtigen, sind nur schwer zu erstellen. Meist ist dies nur für den einzelnen Fall, d. h. nur anhand von Modellberechnungen möglich, so dass die Ergebnisse von den gewählten Prämissen abhängen.

Die Übersicht 1 (siehe S. 34) „Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2005“ gibt Informationen zur derzeitigen Höhe der staatlichen Körperschaftsteuertarife sowie zu Art und Umfang der Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner. Diese Entlastungen dienen dazu, Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern; fast alle Staaten haben inzwischen entsprechende Systeme eingeführt. Nur noch Irland und die Schweiz sind Staaten ohne Entlastung ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners („Klassische Systeme ohne Tarifiermäßigung“), haben als Ausgleich aber vergleichsweise niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Ein Vollanrechnungsverfahren bei der Besteuerung von

¹ Die Auswirkungen der unterschiedlichen Regelungen zur intertemporalen Verlustverrechnung sind dargestellt in: BMF Monatsbericht, Juli 2005, S. 79–83.



Unternehmen und Anteilseigner ist nur noch in Norwegen und Malta vorzufinden, nachdem Finnland und Frankreich mit Beginn des Jahres 2005 zu einem klassischen System mit Tarifermäßigung übergegangen sind.

Durch den Beitritt neuer Staaten zum 1. Mai 2004 hat sich in der EU der Kreis der Staaten vergrößert, die ausgeschüttete Gewinne nur bei der Gesellschaft besteuern, so dass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben (neben Griechenland, Estland, Lettland, Zypern seit 2005 auch die Slowakei). Zum gleichen Ergebnis kommen aber auch Norwegen und Malta, wo die Körperschaftsteuer auf die ausgeschütteten Gewinne dem Einkommensteuersatz auf die Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird. Um Aussagen über die Gesamtbelastung der an die Anteilseigner ausgeschütteten Gewinne treffen zu können, reicht es deshalb nicht aus, die Steuersätze für die Unternehmensgewinne zu betrachten. Es muss auch die Anteilseignerbesteuerung berücksichtigt werden, wobei sowohl den Steuersätzen als auch dem Umfang der Besteuerung der Dividenden großes Gewicht zukommt. So beträgt etwa die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften in Irland nur 12,5 %, in Portugal aber mit 25 % das Doppelte und in Deutschland mit 38,65 % mehr als das Dreifache. In Irland ist die an den Anteilseigner ausgeschüttete Dividende aber in voller Höhe einkommensteuerepflichtig, in Portugal und in Deutschland hingegen nur die Hälfte der Dividende. Die maximale Belastung der Dividenden beim Anteilseigner beträgt in Irland 42 % (ab 29 400 €), in Deutschland 44,31 % (ab 52 152 €) und in Portugal 40 % (ab 54 388 €). Die Gesamtbelastung des an den Anteilseigner vollständig ausgeschütteten Gewinns beträgt in Irland maximal 49,25 %, in Deutschland 52,25 %, in Portugal nur 40 %.

Die Übersicht 1 (siehe S. 34) enthält die gesamtstaatlichen Körperschaftsteuern, ohne Be-

rücksichtigung von Zuschlägen und von Steuern der Unterverbände (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.). In mehreren Ländern erheben aber neben dem Staat diese Unterverbände noch eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z.B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer. Hinzu kommen vielfach Zuschläge und Ähnliches des Staates und/oder der Gebietskörperschaften, die noch nicht in der Übersicht 1 (siehe S. 34) berücksichtigt sind. Die Tarife aller dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmensteuern zusammen, die vom Gewinn als Bemessungsgrundlage ausgehen, sind in der Übersicht 2 (siehe S. 38) „Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2005 im internationalen Vergleich“ zusammengestellt.

Zu beachten ist dabei, dass häufig die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften abzugsfähig sind (etwa in Deutschland, Ungarn, der Schweiz und den USA). Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich dann nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der unterschiedlichen Steuern. So mindert in Deutschland die gezahlte Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage von Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag. Bei einem nominalen Gewerbesteuersatz von 16,67 % (dieser ergibt sich bei Kapitalgesellschaften, wenn der bundesdurchschnittliche Hebesatz von 400 % unterstellt wird) beträgt daher die nominale Körperschaftsteuer effektiv nicht 25 %, sondern nur 20,83 %. Die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer ist nämlich der um die Gewerbesteuer geminderte Gewinn. Dadurch ergibt sich einschließlich des 5,5%igen Solidaritätszuschlags auf die Körperschaftsteuerschuld von 20,83 % und 16,67 % Gewerbesteuer eine nominale Belastung auf Unternehmensebene in Höhe von 38,65 % und nicht von 43,1 %, wie die Addition der nominalen Belastungen des Zentralstaates und der Gebietskörperschaften erwarten ließ. Auch diese Steuern sind bei der Ermittlung der Gesamtbelastung sowohl bei Thesaurierung als auch bei Ausschüttung an den Anteilseigner zu berücksichtigen.

Übersicht 2: Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2005 im internationalen Vergleich in % (nominal)¹ (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)

Staaten	Zentralstaat	Gebietskörperschaften	Zusammen
EU-Staaten			
Belgien ²	34	–	34
Dänemark	28	–	28
Deutschland	26,4 ³	16,7 ⁴	38,7
Estland	0 ⁵	–	0
Finnland	26	–	26
Frankreich ²	34,9	–	34,9
Griechenland	32 ⁶	–	32 ⁶
Irland	12,5 ⁷	–	12,5 ⁷
Italien	33	4,3 ⁸	37,3
Lettland	15	–	15
Litauen ²	15	–	15
Luxemburg ²	22,9	7,5	30,4
Malta	35	–	35
Niederlande ²	31,5	–	31,5
Österreich	25	–	25
Polen	19	–	19
Portugal (Lissabon) ²	25	2,5 ⁹	27,5
Schweden	28	–	28
Slowakei	19	–	19
Slowenien	25	–	25
Spanien	35 ¹⁰	–	35
Tschechien	26	–	26
Ungarn	16	2 ⁴	17,5
Vereinigtes Königreich ²	30	–	30
Zypern ²	10	–	10
Andere Staaten			
Japan ²	30	13,5 ¹¹	40,9
Kanada (Ontario)	22,1	14/12 ¹²	36,1/34,1
Norwegen	28	–	28
Schweiz (Zürich)	8,5 ¹³	23,25 ¹³	24,1
USA (New York) ²	35	7,5 ¹⁴	39,9

noch Übersicht 2: Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2005 im internationalen Vergleich in % (nominal)¹ (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)

¹ Zur Aussagefähigkeit nominaler Tarifvergleiche siehe Ausführungen im Text Seite 37.

² Diese Staaten wenden ermäßigte Tarifeingangssätze an.

³ Inklusive 5,5 % Solidaritätszuschlag.

⁴ Gewerbesteuer (hier pauschaler Ansatz); anrechenbar auf die Körperschaftsteuer.

⁵ Im Thesaurierungsfall; ansonsten Gewinnausschüttungsteuer 24 % (bzw. 31,58 % der Nettodividende).

⁶ 24 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind, und für Gesellschaften, die Investitionen von mehr als 30 Mio. € tätigen (beschränkt auf 10 Jahre); 32 % für Aktiengesellschaften (Anonymos Etairia), Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kreditinstitute.

⁷ 10 % ermäßigter Steuersatz für Herstellerbetriebe und SFAZ- und IFSC-Gesellschaften (auslaufend).

⁸ Standardsatz; Bemessungsgrundlage ist – anders als bei Staatssteuer – die „Wertschöpfung“, nicht der „Gewinn“.

⁹ Gemeindezuschlag (hier: Lissabon 10 %) auf die Steuer des Zentralstaats.

¹⁰ Mehrere Sondersätze möglich.

¹¹ Einschließlich – bei Steuer des Zentralstaats – abzugsfähiger Gewerbesteuer (Corporation Enterprise Tax, hier 9,6 %) und Zuschläge der Präfekturen und Gemeinden auf die Steuer des Zentralstaats (hier Durchschnittswert).

¹² Ermäßigter Steuersatz z. B. auf Herstellerbetriebe oder Unternehmen in Sonderwirtschaftszonen.

¹³ Absetzbar bei der Steuerberechnung des Zentralstaats.

¹⁴ New York City General Corporation Tax i. H. v. 8,85 % der Stadt New York (von Bemessungsgrundlage der Bundessteuer absetzbar, blieb – wegen der beabsichtigten Vergleichbarkeit der durchschnittlichen Belastungen – hier berücksichtigt).

3 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

Die beiden nächsten Übersichten enthalten Informationen zu den nationalen Einkommensteuertarifen für Erwerbseinkommen eines Alleinstehenden. In der Übersicht 3 (siehe S. 40) „Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2005“ sind die tariflichen Eingangssätze, sonstige Zuschläge und die persönlichen Entlastungen durch auf die Person bezogene Steuerabsetzbeträge, Grundfreibeträge und sog. Nullzonen im Tarif dargestellt. Steuerabsetzbeträge werden von der Steuer Schuld abgezogen, so dass im Gegensatz zu Grundfreibeträgen und sog. Nullzonen die Steuerprogression keine Rolle spielt. Bei Grundfreibeträgen und Nullzonen ist hingegen die effektive Steuerentlastung abhängig vom Grenzsteuersatz und damit vom Steuertarif.

Aufgrund von Änderungen des Einkommensteuertarifs sind die Eingangssatzsätze in Belgien (Gemeinde), Deutschland, Finnland, Portugal und Slowenien gesunken und in Dänemark (Gemeinden), den Niederlanden und Österreich gestiegen. Österreich hat den Einkommensteuertarif grundlegend verändert, indem der Eingangssatz von 21 % auf 38,33 %

erhöht und gleichzeitig der Grundfreibetrag von 3640 € auf 10 000 € angehoben wurde.

Beachtet werden muss bei der Interpretation der Daten, dass in mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen, die zudem vielfach schon bei mittleren Einkommen einsetzen, die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung abgedeckt werden, so z.B. in den skandinavischen Staaten und den Niederlanden. Dies erschwert die Vergleichbarkeit. Auch ist die Ehegattenbesteuerung in den Ländern ganz unterschiedlich geregelt. In einigen Ländern wird die Einzelveranlagung vorgenommen (etwa Österreich), in anderen die Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa Deutschland) oder ohne (etwa USA) durchgeführt werden kann. Grundsätzlich stellen sich Ehepaare, bei denen die Partner stark voneinander abweichende Einkommenshöhen aufweisen, mit dem Splittingverfahren am besten.

Die Übersicht 4 (siehe S. 42) „Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2005“ enthält die höchstmöglichen Steuersätze im Rahmen der Besteuerung des Erwerbseinkommens alleinstehender natürlicher Personen und die Einkommenshöhe, ab der sie gelten.

Auch hier haben viele Staaten Tarifen vorgenommen und/oder lassen den Spitzensteuersatz später (also bei höheren

Übersicht 3: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2005¹

Staaten	Eingangssatz Staat ² + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu		Persönliche Entlastungen Steuerabsetzbetrag		Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif	
			in Landeswährung	in € ³	in Landeswährung	in € ³	in Landeswährung	in € ³
EU-Staaten								
Belgien	Staat 25 % Gemeinde Brüssel 7,0 % ⁴ Zuschlag auf Staatssteuer insgesamt 1,75 % 26,75 %		6 950 €	6 950	–	–	5 660 €	5 660
Dänemark	Staat 5,5 % Gemeinden ⁴ 33,3 % insgesamt 38,8 %		259 500 DKK	34 793	2 068 DKK	277	–	–
Deutschland	15 %		7 664 €	7 664	–	–	7 663 €	7 663
Estland	24 %		–	–	–	–	20 400 EEK	1 304
Finnland	Staat 10,5 % ⁵ Gemeinden 18,3 % ^{4,5} insgesamt 28,8 %		15 400 €	15 400	–	–	11 999 € ⁶	11 999
Frankreich	Staat 6,83 % Zuschlag Sozialsteuern insgesamt 8,0 % 14,83 %		8 524 €	8 524	–	–	4 334 €	4 334
Griechenland	15 %		13 000 €	13 000	–	–	9 500 € ⁷	9 500
Irland	20 %		29 400 €	29 400	1 580 €	1 580	–	–
Italien ⁸	Staat 23 % Regionen 1,15 % ⁹ insgesamt 24,15 %		26 000 €	26 000	–	–	–	–
Lettland	25 %		–	–	–	–	252 LVL	362
Litauen	33 % ¹⁰		–	–	–	–	3 480 LTL	1 008
Luxemburg	Staat 8 % Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds insgesamt 0,2 % 8,2 %		11 400 €	11 400	–	–	9 750 €	9 750
Malta	15 %		4 100 MTL	9 550	–	–	3 100 MTL	7 221
Niederlande	34,4 % ¹¹		16 893 €	16 893	1 894 €	1 894	–	–
Österreich	38,33 %		25 000 €	25 000	–	–	10 000 €	10 000
Polen	19 %		37 024 PLN	9 033	530,08 PLN	129	–	–
Portugal	10,5 %		4 351 €	4 351	224,84 €	224,84	–	–
Schweden	Staat 20 % ¹² Gemeinden 31,6 % ⁴		450 500 SEK	47 785	–	–	298 600 SEK ¹³ 11 600 SEK ¹³	31 673 1 230
Slowakei	19 %		–	–	–	–	80 832 SKK	2 079
Slowenien	16 %		1 300 000 SIT	5 428	–	–	564 400 SIT	2 357
Spanien	15 %		4 080 €	4 080	–	–	3 400 €	3 400
Tschechien	15 %		109 200 CZK	3 618	–	–	38 040 CZK	1 260

noch Übersicht 3: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2005¹

Staaten	Eingangssatz Staat² + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge			Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu		Persönliche Entlastungen			
				in Landeswährung	in €³	Steuerabsetzbetrag		Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif	
					in Landeswährung	in €³	in Landeswährung	in €³	
EU-Staaten									
Ungarn	18	%	1 500 000 HUF	6 086	108 000 HUF¹⁴	438	–	–	
Vereinigtes Königreich	10	%	2 090 £	3 040	–	–	4 895 £	7 119	
Zypern	20	%	15 000 CYP	26 147	–	–	10 000 CYP	17 432	
Andere Staaten									
Japan	Staat	10	%	3,3 Mio ¥	24 490	–¹⁵	–	380 000 ¥	2 820
	Präfekturen	2	%	7 Mio ¥	51 948	–¹⁵	–	330 000 ¥	2 449
	Gemeinden	3	%	2 Mio ¥	14 842	–¹⁵	–	330 000 ¥	2 449
Kanada	Bund	16	%	35 595 can\$	24 165	–	–	8 148 can\$	5 532
	Provinz Ontario	6,05	%	34 010 can\$	23 089	–	–	8 196 can\$	5 564
Schweiz	Bund	0,77	%	27 800 sfr	17 846	–	–	12 800 sfr	8 217
	Kanton Zürich und Gemeinde Zürich	4,44	%	9 600 sfr	6 163	–	–	5 500 sfr	3 531
USA	Bund	10	%	7 300 \$	6 065			3 200 \$¹⁶,¹⁷	2 658
	Staat New York	4	%	8 000 \$	6 646	–	–	–¹⁸	
	Stadt New York	2,907	%	12 000 \$	9 969	–	–	–¹⁸	

¹ Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Erwerbseinkommen des Jahres 2004 bzw. 2005.

² Tarifsyste: bei nachgeordneten Gebietskörperschaften z.T. Proportionalsätze, z.T. Zuschläge zur Steuerschuld, ansonsten progressive Teilmententartarife; Ausnahme: Deutschland (Formeltarif).

³ Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2005.

⁴ Durchschnittssatz.

⁵ Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 28 %.

⁶ Verschiedene persönliche Freibeträge und Grundfreibeträge laufen für höhere Einkommen aus.

⁷ Freibetrag von 11 000 € für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit.

⁸ Ohne lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 %, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!).

⁹ Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindezuschlag bis zu 0,5 % möglich, hier nicht berücksichtigt, da selten.

¹⁰ Steuersatz für Arbeitseinkünfte; 15 % auf Kapitaleinkünfte; 15 % auf hohe bzw. 13 % auf niedrige gewerbliche Einkünfte.

¹¹ Davon entfallen 32,60 % auf die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung; hier nur Tarif auf Arbeitseinkommen und den Nutzungswert selbst genutzten Wohnraums.

¹² Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 30 %.

¹³ Freibetrag von 298 600 SEK (= 31 673 €) nur bei staatlicher Steuer; Freibetrag von 11 600 SEK (= 1 230 €) bei gemeindlicher Steuer, erhöht sich für niedrigere Einkommen.

¹⁴ Höchstbetrag bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, läuft für hohe Einkünfte schrittweise aus.

¹⁵ Steuerabsetzbetrag; 20 % der staatlichen Einkommensteuer jährlich, höchstens 250 000 ¥ (= 1 855 €); 15 % der Steuer der Präfekturen und Gemeinden, höchstens 40 000 ¥ (= 297 €).

¹⁶ Zuzüglich „standard deduction“ (allgemeiner Pauschbetrag für Werbungskosten/Sonderausgaben) von 5 000 \$ (= 4 154 €).

¹⁷ Maximum; läuft mit steigendem Einkommen aus.

¹⁸ Aber: „standard deduction“ 7 500 \$ (= 6 231 €).

Übersicht 4: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2005¹

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Spitzensteuersatz beginnt oberhalb eines zu versteuernden Einkommens von	in € ²
EU-Staaten				
Belgien	Staat Gemeinde und Verbände (Brüssel) 7,0 % Zuschlag auf Staatssteuer (Durchschnitt)	50 % 3,5 % <hr/> 53,5 %	30 840 €	30 840
Dänemark	Plafond (höchstens)	59 %	³	
Deutschland	5,5 % Solidaritätszuschlag	42 % 2,31 % <hr/> 44,31 %	52 151 €	52 151
Estland		24 %	Flat Tax	
Finnland	Staat Gemeinden (Durchschnitt)	33,5 % 18,3 % <hr/> 51,8 %	56 900 € 56 900 €	56 900 56 900
Frankreich	Staat Zuschlag Sozialsteuern	48,09 % 8,00 % <hr/> 56,09 %	48 747 €	48 747
Griechenland		40 %	23 000 €	23 000
Irland		42 %	29 400 €	29 400
Italien	Staat ⁴ Solidaritätszuschlag Regionen ⁵ insgesamt	39 % 4 % <hr/> 1,15 % <hr/> 44,15 %	33 500 € 100 000 €	33 500 100 000
Lettland		25 %	Flat Tax	
Litauen		33 %	Flat Tax	
Luxemburg	Staat Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds insgesamt	38 % 0,95 % <hr/> 38,95 %	34 500 €	34 500
Malta		35 %	10 000 MTL	23 294
Niederlande		52 %	51 762 €	51 762
Österreich		50 %	51 000 €	51 000
Polen		40 %	74 048 PLN	18 067
Portugal		40 %	54 388 €	54 388
Schweden	Staat Gemeinden (Durchschnitt) insgesamt	25 % 31,6 % <hr/> 56,6 %	450 500 SEK ⁶ 450 500 SEK	47 785 47 785

noch Übersicht 4: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2005¹

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge			Spitzensteuersatz beginnt oberhalb eines zu versteuernden Einkommens von		in € ²
EU-Staaten						
Slowakei		19	%	Flat Tax		
Slowenien		50	%	10 330 000	SIT	43 135
Spanien		45	%	45 900	€	45 900
Tschechien		32	%	331 200	CZK	10 974
Ungarn		38	%	1500 000	HUF	6 086
Vereinigtes Königreich		40	%	32 400	£	47 123
Zypern		30	% ⁷	20 000	CYP	34 863
Andere Staaten						
Japan	Staat	37	%	18 Mio.	¥	133 581
	Präfekturen	3	%	7 Mio.	¥	51 948
	Gemeinden	10	%	7 Mio.	¥	51 948
	insgesamt ⁸	50	%	–		–
Kanada (nach Provin- zen und Territorien unterschiedlich)	Bund	29	%	115 739	can \$	78 574
	Provinz Ontario	17,4	%	68 020	can \$	46 178
	insgesamt	46,4	%	115 739	can \$	78 574
Schweiz (nach Kantonen und Gemein- den unterschiedlich)	Bund	11,5	%	664 400	sfr	426 499
	Kanton Zürich und Gemeinde Zürich	28,86	%	224 300	sfr	143 985
	insgesamt	40,36	%	664 400	sfr	426 499
USA (nach Einzel- staaten, Gemeinden und Bezirken unter- schiedlich)	Bund	35	%	326 450	\$	271 205
	Staat New York	7,7	% ⁹	500 000	\$	415 386
	Stadt New York	4,45	% ⁹	500 000	\$	415 386
	insgesamt	42,9	%	500 000	\$	415 386

¹ Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Erwerbseinkommen des Jahres 2004 bzw. 2005.

² Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2005.

³ Wenn die Summe aus dem nationalen und den lokalen Steuersätzen insgesamt 59 % übersteigt, wird der nationale Steuersatz um den übersteigenden Prozentsatz gekürzt; Grenzbelastung beginnt abhängig von der Zusammensetzung der Einkünfte bei unterschiedlichen Beträgen.

⁴ Zuzüglich lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 % der Wertschöpfung (nicht Gewinn!).

⁵ Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindegzuschlag bis zu 0,5 % möglich; hier nicht berücksichtigt, da selten.

⁶ Gilt nur für Staatssteuer; der Gemeindesteuersatz ist gleich bleibend.

⁷ Zuzüglich einer Verteidigungsabgabe von 3 %.

⁸ Steuerabsatzbeträge: 20 % der staatlichen Einkommensteuer jährlich, höchstens 250 000 ¥ (1855 €); 15 % der Steuer der Präfekturen und Gemeinden, höchstens 40 000 ¥ (297 €); ohne Kopfsteuer der Gemeinden.

⁹ Abzugsfähig bei Bundessteuer.

Einkommen) einsetzen (bspw. Belgien, Deutschland, Estland, Finnland und Italien). Steuersatzerhöhungen gibt es nur in der Schweiz (Kanton und Gemeinde Zürich) und in Schweden; allerdings setzt in Griechenland und Tschechien der unveränderte Spitzensteuersatz bei einem niedrigeren Einkommen ein, was einer Steuererhöhung entspricht.

In den meisten Staaten sind die hier dargestellten Einkommensteuertarife im Sinne der sog. progressiven Teilmengenstaffelung aufgebaut, bei der der Steuersatz auf die einzelne Teilmenge des gesamten zu versteuernden Einkommens mit wachsendem Einkommen steigt (vielfach auch „Stufentarife“ oder „Scheibentarife“ genannt). Außerdem gibt es oft neben diesen hier dargestellten Sätzen noch weitere Steuertarife, so z.B. Quellensteuern mit Abgeltungscharakter auf Kapitaleinkünfte. Schweden, Norwegen und Finnland haben daraus ein besonderes Konzept entwickelt. Diese Staaten teilen den Gewinn des Einzelunternehmers und des Gesellschafters einer Personengesellschaft sowie einer personenbezogenen Kapitalgesellschaft auf: Der Teil des Gewinns, der der Verzinsung des eingesetzten Kapitals entspricht (Zinsanteil), gilt als Kapitaleinkommen und wird mit einem niedrigen proportionalen Tarif besteuert, der andere Teil gilt als Arbeitseinkommen, das einem höheren progressiven Tarif unterliegt (sog. duale Einkommensteuer). Die allgemeinen Einkommensteuertarife (also insbesondere die Tarife auf Arbeitseinkünfte) bestehen ansonsten vielfach aus wenigen, im Extremfall aus nur zwei Stufen (z.B. in Irland und Schweden). Mehrere neue EU-Staaten haben Einkommensteuertarife in Form nur eines einzigen Proportionalsatzes (sog. Flat-tax), so Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei.

4 Fazit

Internationale Vergleiche steuerlicher Regelungen sind entweder schwierig oder begrenzt aussagefähig. Das sollte bei der Betrachtung der Übersichten berücksichtigt werden. Im Text konnte die Problematik nur angerissen werden, sollte aber Fehlschlüsse verhindern, die einzelne Grafiken möglicherweise nahe legen. Belastbare Aussagen sind ohne tiefere Analysen nicht zu treffen.

Für die Einordnung Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb können die Übersichten trotzdem Hinweise liefern, auch wenn der Einzelfall ganz anders aussehen kann. So ist der deutsche Einkommensteuertarif im internationalen Vergleich durchaus attraktiv. Die Steuerbelastung ist kein generelles Problem, anders die hohe Belastung mit Sozialabgaben in Deutschland. Als Produktionsstandort kann Deutschland seine Position verbessern, wenn die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessert werden. Der nach Standorten suchende Unternehmer wird bei der Auswahl aber natürlich nicht isoliert die Abgabenbelastungen analysieren, sondern ebenso die „Leistungsseite“ des Standortes (Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer usw.) berücksichtigen. Hier kann ein Staat nur dann ein attraktives Angebot unterbreiten, wenn er die Mittel zur Finanzierung hat. Allerdings können auch bei gleichem Leistungs- und Abgabenniveau Unterschiede durch die Steuerstruktur entstehen. Dieser Ausgleich zwischen Steuerbelastung und Staatsleistung muss von allen Staaten regelmäßig überprüft und ggf. angepasst werden. Dies gilt auch für die Steuer- und Abgabenstruktur. Der internationale Steuerwettbewerb hilft, die Besteuerungsseite zu optimieren. Dabei wird Deutschland auch in Zukunft Fortschritte erzielen.

AUTOR: DR. MICHAEL BROER, REFERENT IM REFERAT
„GRUNDSATZ- UND STRUKTURFRAGEN DER STEUERPOLI-
TIK“ IM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

Ergebnis der Modellstudien zu Änderungen bei der Umsatzsteuer zur Verhinderung von Steuerausfällen

1	Ausgangslage	45
2	Zwei Modelle zur Umsatzbesteuerung	45
2.1	Reverse-Charge-Verfahren	46
2.2	Modell „Generelle Ist-Versteuerung mit Cross-Check“	48
3	Entscheidung für Reverse-Charge	49

1 Ausgangslage

Etwa seit Mitte des Jahres 2001 werden in Deutschland Änderungen am System der Erhebung der Umsatzsteuer diskutiert. Anlass für diese Systemdiskussion waren im Wesentlichen zwei Beobachtungen. Einerseits ist festzustellen, dass sich das Umsatzsteueraufkommen in Deutschland seit dem Jahr 2000 nicht mehr im Einklang mit dem Endverbrauch entwickelt hat. Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, schätzt die Umsatzsteuerausfälle für die Jahre 2002 bis 2004 relativ konstant auf ungefähr 11,5 % des deutschen Umsatzsteueraufkommens.¹ Andererseits wurde für das Jahr 2005 erstmals eine gewisse Besserung geschätzt (11 % statt bisher 11,5 %), wobei berücksichtigt wurde, dass sich die Anstrengungen von Bund und Ländern bei der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs erstmals erkennbar auswirken. Für das Jahr 2005 würde dies einen Steuerausfall in Höhe von 17 Mrd. € in Deutschland bedeuten. Als hauptsächliche Ursachen vermutet das ifo-Institut neben insolvenzbedingten Ausfällen nach wie vor verschiedene Formen der Steuerhinterziehung.

Vor diesem Hintergrund sind die Finanzminister des Bundes und der Länder zu der Überzeugung gelangt, dass die Möglichkeiten zur Verbesserung der Betrugsbekämpfung im Rahmen des geltenden Verfahrens der Umsatzbesteuerung in Deutschland weitgehend ausgeschöpft sind. Diese Auffassung wird durch große Teile der deutschen Wirtschaft geteilt. In Teilbereichen, in denen noch Verbesserungs-

tenzial vorhanden ist, wird an weiteren Maßnahmen gearbeitet.

2 Zwei Modelle zur Umsatzbesteuerung

Im Auftrag der Finanzverwaltung wurden durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zwei Modelle intensiv geprüft, die in den nächsten Abschnitten noch im Detail erläutert werden:

- das „Reverse-Charge-Modell“ mit dem Kontrollverfahren des sog. R-Checks und
- die „Generelle Ist-Versteuerung“ mit dem Kontrollverfahren des sog. Cross-Checks.

Beide Verfahren wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft etwa von Mitte 2004 bis Mitte 2005 mit Hilfe von Planspielen auf ihre Funktionsfähigkeit in der Praxis, ihre Wirksamkeit bei der Betrugsbekämpfung und ihre Wirtschaftlichkeit hin untersucht. Bei beiden Verfahren wurde dieselbe Untersuchungsmethode angewandt, so dass zudem ein aussagekräftiger Modellvergleich erarbeitet werden konnte. Die Planspiel-Methodik stellt nicht auf eine rein theoretische Voraussicht möglicher Wirkungen von Gesetzesänderungen, sondern mehr auf die Anwendung der Regeln durch betroffene Personen ab. Das Fundament des Planspiels war eine wirklichkeitsgetreue,

¹ ifo-Schnelldienst 21/2005, 58. Jahrgang, S. 13 f.

geschlossene Wirtschaftsumgebung, innerhalb deren eine Vielzahl von Wirtschaftssubjekten miteinander Handel trieben sowie Dienstleistungen bezogen und erbrachten.

Die Ergebnisse der Studien zeigen, dass beide Verfahren zur Bekämpfung bekannter Betrugsformen, insbesondere des sog. Karussellbetrugs, gut geeignet wären. Weiter könnten beide Modelle die Ausfälle bei der Umsatzsteuer durch Insolvenzen deutlich eindämmen. Der wesentliche Unterschied der untersuchten Modelle liegt in dem für ihre Wirksamkeit erforderlichen administrativen Aufwand sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Wirtschaft, welcher beim Reverse-Charge-Modell deutlich geringer ausfällt als beim Modell der Generellen Ist-Besteuerung mit Cross-Check. Letzteres Modell würde nach Schätzung der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zudem bei seiner Einführung zu hohen Steuerausfällen in Folge von Übergangseffekten führen.

2.1 Reverse-Charge-Verfahren

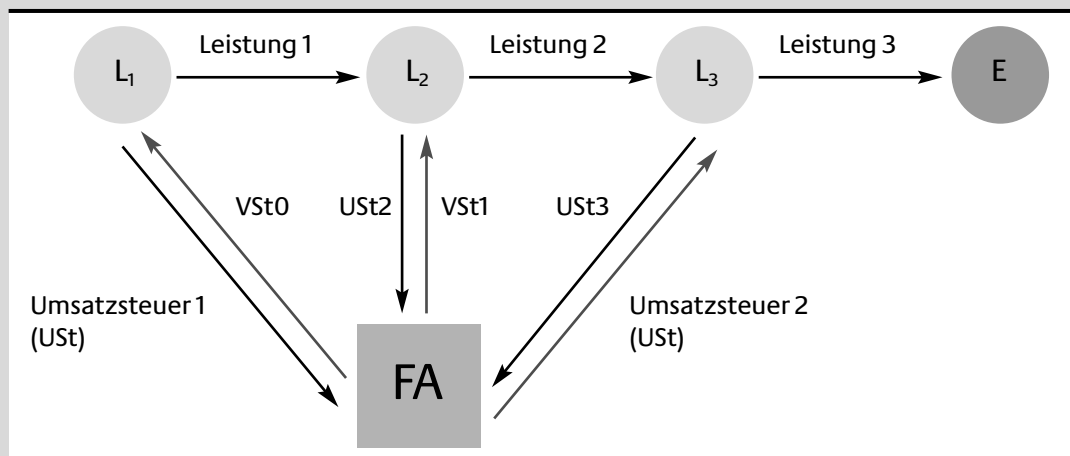
Geltendes Recht: Im derzeitigen Umsatzbesteuerungsverfahren (siehe auch Abbildung 1) entrichtet jeder Unternehmer einer Handelsstufe die auf seinen Ausgangsumsatz entfallen-

de Umsatzsteuer an das Finanzamt, wobei er ihm in Rechnung gestellte Vorsteuer in Abzug bringt.

Das Reverse-Charge-Modell mit R-Check (siehe auch Abbildung 2, S. 47) sieht die Verlagerung der Steuerschuld für zwischenunternehmerische Umsätze auf den Leistungsempfänger ab einem Rechnungsbetrag von 5000 € (sog. Bagatellgrenze) vor. Meldungen und Voranmeldungen werden elektronisch abgegeben. Unterhalb der Bagatellgrenze erfolgt die Besteuerung wie im geltenden Recht. Diese Bagatellgrenze gewährleistet nach dem Ergebnis des Planspiels am besten einen Ausgleich der einander gegenüberstehenden Risiken des un versteuerten Letztverbrauchs (im Falle der Absenkung der Bagatellgrenze) und des Vorsteuerbetrugs nach herkömmlichem Muster (im Falle der Erhöhung der Bagatellgrenze) und stellt zudem sicher, dass der administrative Aufwand für Verwaltung und Unternehmen verhältnismäßig ist.

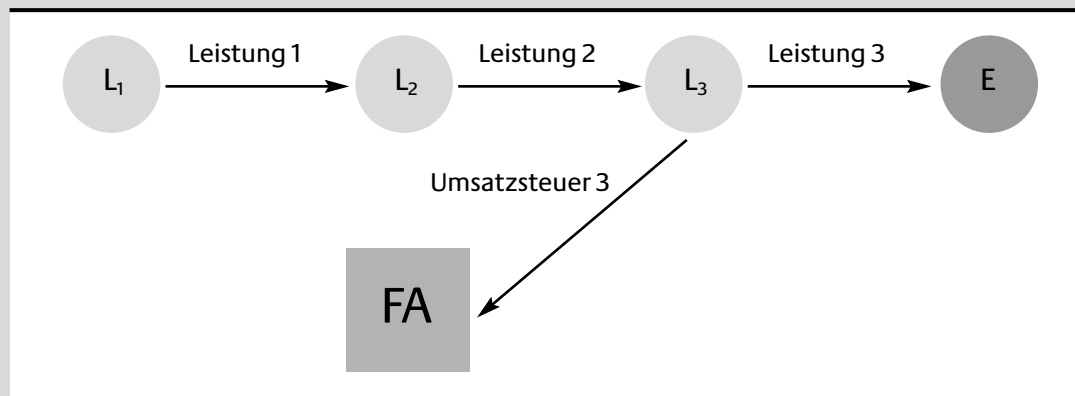
Die Berechtigung zur Teilnahme am Reverse-Charge-Verfahren würde Unternehmern durch die Finanzverwaltung mittels Vergabe einer sog. R-Nr. erteilt. Die R-Nr. müssten berechnete Unternehmer bei einem Erwerb im Reverse-Charge-Verfahren gegenüber dem leistenden Unternehmer verwenden. Dieser soll die R-Nr. seiner Abnehmer mit Hilfe eines (Online-)Bestätigungsverfahrens prüfen. Über Umsätze im

**Abbildung 1: Umsatzsteuerzahllasten im geltenden Recht:
Steuerschuldnerschaft des leistenden Unternehmers**



L1 bis L3 = leistende Unternehmer in der Leistungskette bis zum Endkunden, FA = Finanzamt, E = Endkunde.

**Abbildung 2: Umsatzsteuerzahllasten im Reverse-Charge-Verfahren:
Verlagerung der Steuerschuld für zwischenunternehmerische
Umsätze ab 5 000 €**



L1 bis L3 = leistende Unternehmer in der Leistungskette bis zum Endkunden, FA = Finanzamt, E = Endkunde.

Reverse-Charge-Verfahren (R-Umsätze) müsste der leistende Unternehmer elektronisch Einzelumsatzmeldungen abgeben. Weiter sind R-Umsätze in den USt-Voranmeldungen als gesonderte Summen (Eingangs-/Ausgangs-Umsätze) auszuweisen. Zur Kontrolle, ob der Leistungsempfänger tatsächlich zu Recht Steuerschuldner ist, soll ein elektronischer Abgleich zwischen den Einzelmeldungen der Leistenden und der Summe der in den Voranmeldungen erklärten Eingangsumsätze auf Seiten der Leistungsempfänger erfolgen (R-Check).

In dem durchgeführten Planspiel wurden insbesondere die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit des Kontrollverfahrens (sog. R-Check) untersucht. Die Verhältnismäßigkeit der durch das Kontrollverfahren verursachten zusätzlichen Aufzeichnungs- und Meldepflichten der Unternehmen war ein Prüfungsschwerpunkt des Planspiels. Eine wesentliche Erkenntnis des Planspiels ist es, dass im Falle der Einführung eines Reverse-Charge-Verfahrens die Installation eines wirksamen und effizienten Kontrollverfahrens unabdingbare Voraussetzung für die Wirksamkeit des Reverse-Charge-Verfahrens ist. Die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kam zu dem Ergebnis, dass Reverse-Charge ohne Kontrollverfahren das Risiko unkalkulierbarer Steuerausfälle insbeson-

dere durch sog. Ameisenkriminalität (unsteuerter Letztverbrauch) birgt. Wesentliche Teile des notwendigen Kontrollverfahrens sind dabei ein Verfahren zur Vergabe und Online-Abfrage von Berechtigungen zur Teilnahme am Reverse-Charge-Verfahren (sog. R-Nummern), die Einführung der Pflicht der Unternehmen zur Abgabe sog. Einzelumsatzmeldungen, ein System zum elektronischen Abgleich der Einzelumsatzmeldungen mit Umsatzsteuer-Voranmeldungen von Unternehmen sowie ein effizientes bundeseinheitliches Risikomanagementsystem.

Aufkommenswirkungen

Die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft schätzt, dass sich mit dem Reverse-Charge-Verfahren unter der Bedingung eines funktionierenden Kontrollverfahrens in Deutschland jährlich ein positiver Saldo von ca. 3,8 Mrd. € Aufkommenswirkungen erzielen lassen könnte. Sie geht davon aus, dass allein die Umsatzsteuer-ausfälle aus Karussellgeschäften (geschätzte Höhe: 2,1 Mrd. €) jährlich um 2 Mrd. € zurückgehen würden. Karussellbetrug könnte demnach nahezu vollständig ausgeschaltet werden. Darüber hinaus könnten knapp $\frac{1}{3}$ (ca. 1,8 Mrd. €) der derzeit auftretenden Umsatzsteuerausfälle infolge von Insolvenzen vermieden werden. In

den Saldo der Aufkommenswirkungen fließen jedoch neue Ausfallrisiken aufgrund unversteuerten Letztverbrauchs in einer Größenordnung von jährlich rund 1,4 Mrd. € ein, die selbst bei einem voll funktionstüchtigen R-Check und Risikomanagementsystem drohen.

Die Unternehmen in Deutschland wären nach diesen Schätzungen im Vergleich zum geltenden Recht durch einen einmaligen Aufwand in Höhe von max. 2 Mrd. € sowie einen laufenden Aufwand in Höhe von 200 Mio. € jährlich belastet.

In der Finanzverwaltung würden einmalige Kosten in Höhe von 61 Mio. € sowie laufende Kosten in Höhe von 53 Mio. € entstehen.

2.2 Modell „Generelle Ist-Versteuerung mit Cross-Check“

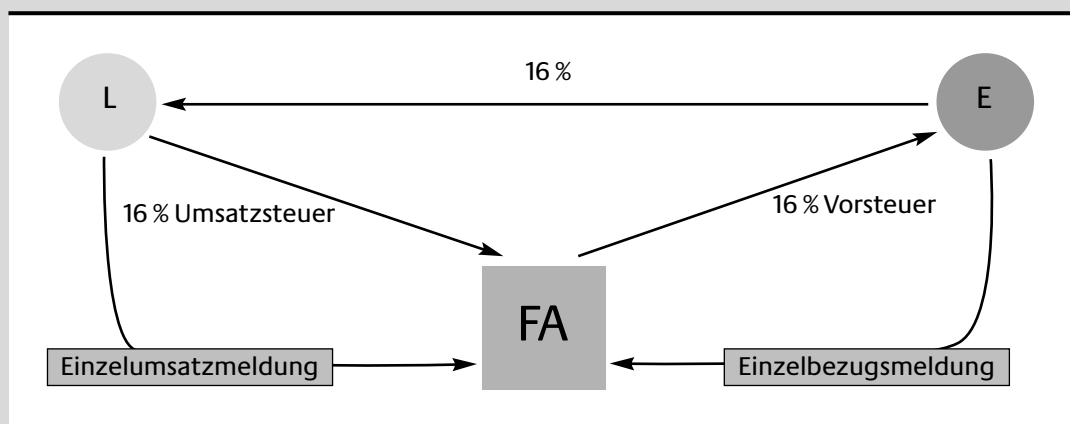
Beim Modell der Ist-Versteuerung (siehe auch Abbildung 3) wird auf die Bezahlung des Preises durch den Abnehmer abgestellt. Erst im Zeitpunkt der Vereinnahmung des Preises durch den leistenden Unternehmer entsteht dessen Pflicht zur Abführung der Steuer. Im Gegensatz zum geltenden Recht entsteht das Recht zum Vorsteuerabzug ebenfalls erst im Zeitpunkt der Bezahlung der Rechnung. Der Zeitpunkt der „Vereinnahmung“ müsste für spezielle Tatbestände unbarer Zahlungen besonders definiert

werden (z.B. Kartenzahlung, Scheck, Wechsel, Kontokorrent, Aufrechnung etc.), da ein Abstellen auf die zivilrechtliche Vereinbarung nicht praktikabel wäre. Eine Bagatellgrenze ist im Gegensatz zum Reverse-Charge-Modell überflüssig.

Um das Risiko auszuschalten, dass Vorsteuerbeträge (wie nach derzeitigem Recht) durch Leistungsempfänger bereits geltend gemacht werden, bevor das Entgelt durch den Leistenden vereinnahmt wurde, ist die Einführung eines Kontrollsystems unerlässlich.

In dem Planspiel für das Modell der Generellen Ist-Versteuerung mit Cross-Check kam die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu dem Ergebnis, dass dieses Modell im Hinblick auf die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs und die Verhinderung von Steuerausfällen infolge von Insolvenzen ebenso wirksam ist wie das Reverse-Charge-Verfahren. Allerdings ist der hier vorgesehene Cross-Check, der ebenso wie bei Reverse-Charge der R-Check eine unverzichtbare Voraussetzung für die Wirksamkeit des Verfahrens ist, mit einem deutlich höheren administrativen Aufwand sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Wirtschaft verbunden, als dies beim R-Check der Fall ist. Darüber hinaus errechnete die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, dass die Umstellung auf die Ist-Versteuerung, d.h. die Verschiebung des

Abbildung 3: Das System der Generellen Ist-Versteuerung mit Cross-Check



L = leistende Unternehmer, E = Endkunde, FA = Finanzamt.

Besteuerungszeitpunkts von dem Zeitpunkt der Leistungserbringung (derzeit) auf den Zeitpunkt der Vereinnahmung des Entgelts (künftig), zu erheblichen einmaligen Haushaltsmindereinnahmen im Erstjahr führt. Diese sollen nach Schätzungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft 21 Mrd. € betragen.

3 Entscheidung für Reverse-Charge

Aus den genannten Gründen wird das Modell der Generellen Ist-Versteuerung mit Cross-Check in Deutschland derzeit nicht weiterverfolgt. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Planspiele haben sich die Finanzminister von Bund und Ländern für das Reverse-Charge-Verfahren mit R-Check ausgesprochen. Insbesondere auch der Koalitionsvertrag vom November 2005 enthält das Ziel der Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens als Maßnahme zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs. Mit der Europäischen Kommission wird zu erörtern sein, wie die EU-rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung eines derartigen Modells geschaffen werden können. Österreich hat für ein dem deutschen Modell vergleichbares Verfahren bereits einen Antrag gemäß Art. 27 der 6. EG-Richtlinie gestellt. Auch Deutschland wird einen solchen Antrag stellen, zumal sich insbesondere die Finanzminister der Länder einstimmig dafür ausgesprochen haben.

Die Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens erfordert erhebliche organisatorische, personelle und automationstechnische Änderungen in den Steuerverwaltungen. Die Finanzminister des Bundes und der Länder haben sich daher auf ein zweistufiges Verfahren verständigt, mit dem diese Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden sollen.

Die Ergebnisse der Studien sind auf der Homepage der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft veröffentlicht und stehen unter folgendem Link zum Download zur Verfügung: <http://www.pspmuc.de/studien/studien.php>.



Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

Eine der Kernaufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist der Dialog mit seinen Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dieser Dialog findet insbesondere im Rahmen der Bestimmungen von Artikel IV des Übereinkommens über den IWF statt.

Hiernach bietet der IWF für alle Mitgliedsländer jährliche Konsultationen an, die nach einem bewährten Verfahren ablaufen. Üblicherweise besucht zunächst ein Team des IWF-Stabes das jeweilige Land, um Informationen über die Wirtschafts- und Finanzlage einzuholen und insbesondere mit der nationalen Regierung die politische Ausrichtung zu besprechen. Unter Berücksichtigung dieser Informationen wird vom IWF-Team ein Bericht verfasst, der die Grundlage für weitere Erörterungen im Exekutivdirektorium des IWF bildet. Im Anschluss an die Beratungen fasst der Geschäftsführende Direktor des IWF in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Direktoriums die Erörterungen zusammen. Die Artikel-IV-Konsultationen enden mit der Übermittlung der Zusammenfassung an den jeweiligen Mitgliedstaat. Der IWF veröffentlicht nach Abschluss der Konsultationen eine Presseerklärung, die Public Information Notice (PIN), die in deutscher Übersetzung diesem Artikel beigelegt ist.

Um zusätzliche Informationen aus den Koalitionsverhandlungen berücksichtigen und mit der neuen Bundesregierung Gespräche vor Ort führen zu können, hat der IWF den eigentlich für Herbst 2005 geplanten Abschluss seiner jüngsten Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland auf den 11. Januar 2006 verschoben. Der Bericht zu Deutschland, bereits im September 2005 erstellt, wurde vor diesem Hintergrund aktualisiert und ergänzt. Der vorangehende Bericht wurde Ende Oktober 2004 vorgelegt.

Der IWF beurteilt in seinem nun vorliegenden Bericht die aktuelle konjunkturelle Entwicklung und die im Koalitionsvertrag vereinbarten

Reformvorhaben auf Basis einer langfristigen finanz- und strukturpolitischen Agenda, die er für Deutschland entworfen hat.

Die wirtschaftlichen Aussichten für dieses Jahr sieht der IWF positiver als noch im September 2005. Er rechnet in diesem Jahr mit einem Wachstum von 1,5 %. Der IWF hält das Gesamtpaket mit der geplanten Konsolidierung, der Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Fortsetzung der Reformen auf den Arbeits- und Produktmärkten für einen guten Start. Er mahnt jedoch auch weitere strukturelle Reformen der Arbeits-, Produkt- und Gütermärkte an und weist auf die Exportabhängigkeit des deutschen Wachstums hin.

Die Bundesregierung sieht sich durch die Analyse des IWF darin bestärkt, den eingeschlagenen Weg der Reformen konsequent weiterzugehen. Neben den bereits beschlossenen Maßnahmen plant sie, noch in diesem Jahr Konzepte für konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau, für eine Unternehmensteuerreform und für eine Gesundheitsreform zu erarbeiten und die Umsetzung der Föderalismusreform zügig voranzutreiben. Sie wird auch ein Konzept erarbeiten, um durch eine geeignete Reform des Steuer- und Abgabensystems zielgenau die Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte zu verbessern.

Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme unterstützt der IWF die bereits eingeleiteten Reformmaßnahmen der Agenda 2010 und die beabsichtigte weiter gehende Reform des Gesundheitssystems. Vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung ermutigt der IWF insbesondere zu solchen Maßnahmen, die die Sozialsysteme zukunftsfester machen. So hatte sich der IWF bereits mit dem Jahresbericht 2004 dafür ausgesprochen, das Renteneintrittsalter zu erhöhen. In dem 2005 vorgelegten ersten Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums sieht der IWF einen wichtigen Beitrag, um die Öffentlichkeit von den notwendigen Reformen zu überzeugen.

Hinsichtlich des laufenden Konsolidierungsprozesses mahnt der IWF auch über das Jahr 2007 hinausreichende Konsolidierungsschritte an, um eine tragfähige und langfristige Finanzpolitik zu sichern. Aus deutscher Sicht ist zum einen wichtig, die fiskalpolitischen Zügel nicht zu früh zu straffen und die Konsolidierungsstrategie mit einer Wachstumsstrategie zu verbinden. Dies findet seinen Niederschlag insbesondere in dem Wachstumspaket der Bundesregierung, mit dem sie Impulse für mehr Investitionen, Innovationen und Beschäftigung gibt. Ein breites und solides Wachstum unterstützt auch den Konsolidierungserfolg. Zum anderen bilden Maßnahmen des Konsolidierungsprogramms der Bundesregierung einen nachhaltigen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen. In der Diskussion des Berichts im Board des IWF teilten viele Vertreter anderer Länder diese Ansicht.

Die Bundesregierung ist überzeugt davon, dass die geplanten Reformen auf den Produktmärkten in die richtige Richtung weisen. Die Unternehmensteuerreform wird Deutschland als Standort für Investitionen attraktiver machen, der geplante Bürokratieabbau wird das Umfeld für Unternehmer verbessern, und die Investitionen in Forschung und Entwicklung werden das Produktivitätswachstum stärken.

Insgesamt unterstützt der IWF den eingeschlagenen Reformkurs der Bundesregierung. Wichtige Maßnahmen seien auf den Weg gebracht worden, um die gesellschaftspolitischen und globalen Herausforderungen zu meistern. Der IWF bestärkt die Bundesregierung in ihrer Absicht, diesen Weg auch in Zukunft konsequent fortzusetzen.

Der Artikel-IV-Bericht des IWF ist unter <http://www.imf.org> abrufbar.

IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2005 mit Deutschland ab¹

Am 11. Januar 2006 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

Hintergrund

In Deutschland ist eine allmähliche Konjunkturerholung zu beobachten, und es besteht Potenzial für weitere Wachstumskonsolidierung im Jahr 2006. Der Aufschwung ist jedoch immer noch unausgewogen, da die starke Exportnachfrage noch nicht von höherem Privatkonsum begleitet wird. Investitionen werden nur zögerlich getätigt, wobei ein gewisser Anstieg bei den Aufwendungen für Maschinen und Ausrüstung zu verzeichnen ist. Allerdings führt die strukturelle Schwäche des Arbeitsmarktes zu geringer Beschäftigungs- und Lohnsteigerung, wodurch die Verbrauchernachfrage gedämpft wird. Die Risiken für die weiteren Aussichten sind zwar weitgehend unbedenklich, ein Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und höhere Erdölpreise könnten jedoch den Aufschwung hemmen. Die Prognosen für das Gesamtwachstum liegen per saldo bei 1 % für 2005 und 1,5 % für 2006, was kalenderbereinigt eine allmähliche Erholung bedeutet.

Auf politischer Ebene enthält der am 11. November 2005 geschlossene Koalitionsvertrag mehrere sinnvolle Ziele, wie z. B. die Rückführung des Haushaltsdefizits unter den Maastricht-Referenz-

¹ Deutsche Übersetzung durch das Bundesministerium der Finanzen.

wert bis 2007, die allmähliche Anhebung des Renteneintrittsalters, die Wiederaufnahme der Föderalismusreform und eine leichte Senkung der Lohnnebenkosten. Dennoch werden die inländischen Märkte – insbesondere die Arbeits-, Produkt- und Dienstleistungsmärkte – weiterhin durch verkrustete Strukturen behindert. Daher sollten die Koalitionspartner ausgehend vom Koalitionsvertrag weitere Fortschritte bei den Strukturreformen anstreben. Der Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen für die Nachfrage nach Arbeitskräften muss verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Für 2005 wird ein Haushaltsdefizit von ca. 3 ¾ % des BIP erwartet, wobei für 2006 eine geringfügige Besserung in Aussicht steht. Der anhaltende Rückgang der Lohneinkünfte, Deutschlands wichtigster Besteuerungsgrundlage, führte zu geringeren Staatseinnahmen. Gleichzeitig fielen die Kosten für Arbeitsmarktreformen und Rentenleistungen höher, die Einsparungen aus der Gesundheitsreform hingegen niedriger aus als erwartet.

In den von der Regierung durchgeführten Stresstests werden systembedingte Risiken im deutschen Finanzsystem eher als gering eingestuft und die Erholung des Finanzsektors von seiner Schwäche im Jahr 2003 bestätigt. Dennoch bedarf es weiterhin einer marktorientierten Umstrukturierung und Defragmentierung des Bankensektors, der sich im EU-Vergleich schlechter entwickelte.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren würdigten das Programm der neuen Bundesregierung zur Bewältigung der Herausforderungen von Globalisierung und demografischem Wandel. Dabei wird der Haushaltskonsolidierung mit der Ankündigung von Maßnahmen zur deutlichen Verringerung des Haushaltsdefizits angemessen hohe Priorität eingeräumt. Die Direktoren begrüßten die Standhaftigkeit der Regierung bei der Einführung weit reichender und politisch umstrittener Arbeitsmarktreformen im Jahr 2005, die höhere Anreize zur Arbeitsaufnahme geschaffen haben, sowie die weiteren Reformpläne der Regierung zur Umgestaltung von Arbeitsmarkt und Sozialleistungen. Die schrittweise vorgenommenen Strukturreformen in diesen und anderen Bereichen zeigen bereits Wirkung – höhere Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität der Wirtschaft sind das Ergebnis. Gleichzeitig stellten die Direktoren fest, dass trotz zunehmender Anzeichen für einen Konjunkturaufschwung große Herausforderungen auf Deutschland zukommen, da das Trendwachstum gering und die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch ist. Um die wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft zu verbessern und die deutsche Wirtschaft in die Lage zu versetzen, ihren Beitrag zum Weltwirtschaftswachstum zu leisten, forderten die Direktoren die Regierung auf, ausgehend von den bereits angekündigten Initiativen eine Reihe entschlossener, umfassender und sich gegenseitig verstärkender Maßnahmen umzusetzen, mit dem Ziel, Verzerrungen und Verkrustungen abzubauen und mittelfristig tragfähige öffentliche Finanzen herzustellen.

Die Direktoren begrüßten die Anzeichen für eine wachsende Dynamik beim Produktionswachstum im Jahr 2006. Sie würdigten die laufenden Unternehmensumstrukturierungen, Kostensenkungen und anhaltende Lohnzurückhaltung, die zur Wiederbelebung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung des starken Exportwachstums beigetragen haben. Allerdings wird der Aufschwung nach wie vor in zu hohem Maße von der Auslandsnachfrage getragen. Obwohl die stützende Wirkung der Binnennachfrage immer noch unzureichend ist, betrachteten die Direktoren es als ermutigendes Zeichen, dass die Ausrüstungsinvestitionen langsam steigen und sich die Entwicklungen am Arbeitsmarkt verbessern. Die Direktoren betonten, dass für einen dauerhaften Konjunkturanstieg auf breiter Basis mittelfristig die konsequente Umsetzung einer starken und klar vermittelten Reformstrategie erforderlich sei.

Die Direktoren hoben die Notwendigkeit hervor, Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Finanzen zu ergreifen, und begrüßten die von der Regierung aufgestellten Richtlinien zur Senkung des Haushaltsdefizits unter 3 % des BIP im Jahr 2007. Die Konsolidierungsstrategie der Regierung mit einem vorgesehenen Abbau des strukturellen Defizits um $\frac{1}{4}$ % des BIP in 2006 sowie das angestrebte Ziel einer zusätzlichen dauerhaften Anpassung in Höhe von mindestens $\frac{3}{4}$ % des BIP in 2007 wurden von den Direktoren zur Kenntnis genommen. Sie würdigten die unterschiedlichen Überlegungen, die bei der Formulierung der Regierungsziele eine Rolle gespielt haben, z. B. die Erkenntnis, dass zur Erzielung der mittelfristigen Haushaltsziele ein politischer Konsens erforderlich ist und der noch labile Konjunkturaufschwung nicht gefährdet werden darf. Gleichzeitig waren mehrere Direktoren der Ansicht, die deutsche Regierung hätte für die Konsolidierungsanstrengungen einen ehrgeizigeren Zeitrahmen in Betracht ziehen können. Dies gilt insbesondere unter den aktuellen Umständen – bessere Konjunkturaussichten und größere Akzeptanz bei der Bevölkerung für die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen –, auf die sich die Haushaltsziele der neuen Regierung gründen. Angesichts der konsumdämpfenden Wirkung der angekündigten Mehrwertsteuererhöhung forderte eine Reihe von Direktoren die Regierung auf, einen größeren Schwerpunkt auf Haushaltseinsparungen zu setzen.

Die Direktoren stellten fest, dass der Defizitabbau zusammen mit der Reform der Sozialleistungen auch nach 2007 fortgeführt werden muss, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die wirtschaftliche Grundlage des deutschen Sozialmodells zu sichern. Sie forderten die Regierung auf, das strukturelle Defizit bis zum Ende des Jahrzehnts, wenn die Kosten einer alternden Bevölkerung beschleunigt ansteigen werden, zu beseitigen. Voraussetzung dafür ist eine nachhaltige Strategie zum Defizitabbau, vornehmlich gestützt auf Haushaltseinsparungen, insbesondere tiefer gehende und umfassendere Kürzungen bei den Subventionen und Steuervergünstigungen. Die Direktoren begrüßten die für 2008 geplante Unternehmensteuerreform, die jedoch einkommensneutral sein müsse, damit die Haushaltskonsolidierungsziele nicht in Frage gestellt werden.

Die Direktoren betonten, dass die derzeitigen Sozialleistungen, sofern sie nicht geändert werden, verstärkten Druck auf die Sozialabgaben ausüben werden. Sie begrüßten die im Rahmen der Agenda 2010 eingeleiteten Schritte zur Neugestaltung der Sozialleistungen und die Absicht der Regierung, 2006 Pläne für eine solidere Finanzierung des Gesundheitswesens zu erarbeiten. Die jüngste Entscheidung der Regierung zur Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters um zwei Jahre wurde zwar gelobt, viele Direktoren halten jedoch den zeitlichen Rahmen für die Erhöhung für zu lang und fordern eine schnellere Umsetzung. Die Direktoren sahen weiteren Umgestaltungsspielraum bei den Sozialleistungen und ermutigten die Regierung zu zusätzlichen Schritten zur Eindämmung des Ausgabenwachstums im Rentensystem, bei der Pflegeversicherung und im Gesundheitswesen.

Die Direktoren unterstützten die geplante Föderalismusreform, die eine klarere Aufgabenabgrenzung der verschiedenen staatlichen Ebenen und eine zügigere Verabschiedung neuer Gesetze zum Ziel hat. Sie forderten die Regierung auf, auf dieser Grundlage auch mehr Freiraum für Wettbewerb zwischen den Ländern zu schaffen und den nationalen Stabilitätspakt zu stärken, um somit mehr Wirtschaftlichkeit und Haushaltsdisziplin zu fördern. Die Direktoren begrüßten den Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, der zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Notwendigkeit der Reformen beitragen wird. Hinsichtlich der möglichen Rolle eines „Finanzrates“ waren die Direktoren der Auffassung, dass diese Aufgabe in Deutschland bereits von einer Reihe angesehener Institutionen wie dem Sachverständigenrat, der Bundesbank und diversen Forschungsinstituten wahrgenommen wird.

Die Direktoren betonten, dass die Auslastungsquote des Faktors Arbeit erhöht werden muss, um die Auswirkungen eines Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung auf das Wachstum und

die öffentlichen Finanzen abzufedern, und sie unterstützten in diesem Zusammenhang die Reformmaßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots. Sie begrüßten eine Reihe kürzlich angekündigter Initiativen – u. a. zur Stärkung der „Arbeit-statt-Sozialhilfe“-Komponente im Rahmen des Arbeitslosengelds II, Minderung der Steuerbelastung des Faktors Arbeit und weiteren Lockerung des Kündigungsschutzes – und sehen der wirksamen Umsetzung dieser Vorschläge entgegen. Zur Ergänzung dieser Reformen forderten die Direktoren weitere Maßnahmen zur Förderung einer stärkeren Lohndifferenzierung und somit zur Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften, z. B. durch weniger Flächentarifverträge und mehr dezentralisierte und betriebliche Tarifabschlüsse.

Die Direktoren ermutigten die Regierung, die Deregulierung der Produkt- und Dienstleistungsmärkte entschlossener voranzutreiben, um so die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und die Arbeitsmarktreformen zu untermauern. Bei den Produktmarktreformen wurden in den letzten Jahren zwar gute Fortschritte erzielt, in gewissen Bereichen bestehen jedoch weiterhin relativ hohe Schranken und Hindernisse. Die Direktoren empfahlen einen weiteren Abbau – sowohl national als auch im EU-Kontext – der Dienstleistungsvorschriften und Verwaltungshürden bei den reglementierten Berufen und im Handwerk.

Die Direktoren stellten eine fortlaufende Verbesserung der Solidität des Finanzsektors fest, gekennzeichnet durch eine höhere Bankenrentabilität und einen Rückgang notleidender Kredite, und stuften das Risiko systemischer Probleme als gering ein. Sie begrüßten die Abschaffung der Staatsgarantien im Bankensektor und die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Säule der öffentlichen Banken. Dennoch bleibt die Leistungsfähigkeit großer deutscher Finanzinstitute im Vergleich zu vielen ausländischen Unternehmen noch immer zurück. Zur weiteren Verbesserung der Solidität und Leistungsfähigkeit des Bankensektors empfehlen die Direktoren eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um marktorientierte Umstrukturierungen sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Säule zu fördern. Die Direktoren würdigten die erfolgreichen Bemühungen der Regierung um bessere Aufsichtskapazitäten und stärkere Regulierung des Rückversicherungssektors. Die Zusage der Regierung, auch in Zukunft einer starken aufsichtsrechtlichen Kontrolle sicherzustellen, wurde zur Kenntnis genommen.

Die Direktoren begrüßten Deutschlands Bekenntnis zur Handelsliberalisierung und forderten Deutschland auf, sich gemeinsam mit den europäischen und anderen Partnern für den erfolgreichen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde einzusetzen. Die Direktoren würdigten Deutschlands Absicht, die öffentliche Entwicklungshilfe zu erhöhen.

Nach Auffassung der Direktoren sind die deutschen Wirtschaftsstatistiken von hoher Qualität. Sie stellten jedoch auch Verbesserungsbedarf, z. B. bei den Bestandsdaten, fest. Die Direktoren begrüßten die Zusage der deutschen Behörden, zusätzliche Daten zur Stabilität des Finanzsektors bereitzustellen.

Deutschland: Ausgewählte Konjunkturindikatoren

	2001	2002	2003	2004	2005 ¹
Wirtschaftliche Aktivität und Preise	Veränderung in %, falls nicht anders angegeben				
– Reales BIP	1,2	0,1	– 0,2	1,6	1,0
– Nettoexporte ²	1,7	1,9	– 0,8	1,1	1,1
– Inlandsnachfrage	0,4	– 1,3	– 0,1	0,0	– 0,1
– Private Verbrauchsnachfrage	1,9	– 0,5	0,1	0,6	– 0,3
– Bruttoanlageinvestitionen	– 3,7	– 6,1	– 0,8	– 0,2	0,2
– Bauinvestitionen	– 4,6	– 5,8	– 1,6	– 2,3	– 4,4
– Bruttoinlandsersparnis (% des BIP)	19,6	19,4	19,3	21,0	21,7
– Bruttoinlandsinvestitionen (% des BIP)	20,0	18,3	17,8	17,4	17,1
– Erwerbsbevölkerung ³	42,4	42,5	42,6	43,3	43,2
– Beschäftigung ³	39,3	39,1	38,7	38,9	38,8
– Standardisierte Arbeitslosenquote (%)	6,9	7,7	8,8	9,2	9,1
– Lohnstückkosten (Wirtschaft insgesamt)	0,5	1,3	– 1,7	– 4,0	– 0,3
– BIP-Deflator	1,2	1,4	1,1	0,8	1,4
– Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,9	1,3	1,0	1,8	1,9
Öffentliche Finanzen	in % des BIP				
Saldo der öffentlichen Haushalte ⁴	– 2,8	– 3,7	– 4,0	– 3,7	– 3,8
Struktureller Haushaltssaldo	– 3,1	– 3,5	– 3,4	– 3,2	– 3,4
Bruttoverschuldung der öffentlichen Haushalte	57,9	59,6	62,8	64,5	66,9
Geld- und Kreditvolumen	12-monatige prozentuale Veränderung				
– Kredite an Haushalte und Unternehmen ⁵	3,2	0,9	0,0	– 0,2	2,4
– M 3-Geldmenge ⁵	6,1	...	3,5	2,2	4,7
Zinssätze	in %				
– Dreimonatiger Geldmarktsatz ⁶	4,3	3,3	2,3	2,1	2,5
– Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen ⁶	4,8	4,8	4,1	4,2	3,4
Zahlungsbilanz	in Mrd. €, falls nicht anders angegeben				
Exporte ⁷	737,8	763,2	776,6	848,5	907,9
Importe ⁷	697,6	672,3	688,9	735,7	772,5
Handelsbilanz (% des BIP)	4,3	5,9	5,6	6,5	7,3
Leistungsbilanzsaldo	3,3	48,2	45,2	84,5	106,6
Leistungsbilanz (% des BIP)	0,2	2,2	2,1	3,8	4,7
Wechselkurs	Durchschnitt im Zeitraum				
Euro je US-Dollar ⁶	1,12	1,06	0,88	0,80	0,84
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) ⁸	100,5	102,0	107,2	109,0	108,1
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) ^{8,9}	98,9	99,4	103,4	102,4	98,1

¹ IWF-Stabsprognosen, falls nicht anders angegeben.

² Beitrag zum BIP-Wachstum.

³ Nationale Definition nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gemäß dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

⁴ Nach VGR gemäß dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

⁵ Daten für 2005 beziehen sich auf Oktober 2005. M3 bezieht sich auf Deutschlands Beitrag im Eurogebiet.

⁶ Die Daten für 2005 beziehen sich auf 14. Dezember 2005.

⁷ Einschließlich zusätzlicher Handelsposten.

⁸ Die Daten für 2005 beziehen sich auf November 2005.

⁹ Gestützt auf die relativen normierten Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe.

Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF, International Financial Statistics; IWF, World Economic Outlook; IWF-Stabsprognosen.

Umsetzung von Basel II in Deutschland und der Europäischen Union

1	Einleitung	57
2	Ziele der Regelungen	57
3	Regelungsansatz	58
3.1	Säule I – Mindestkapitalanforderungen	58
3.2	Säule II – Qualitative Bankenaufsicht	60
3.3	Säule III – Offenlegungspflichten	60
4	Verbesserte Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	61
5	Auswirkungen auf den Mittelstand	61
6	Allgemeine Auswirkungen	62
7	Nationale Umsetzung	64
8	Ausübung von Wahlrechten	64
9	Weitere wichtige Neuerungen im KWG-Entwurf	66
10	Ausreichende Berücksichtigung der Interessen kleiner Institute	67
11	Internationale Umsetzung	67

1 Einleitung

Ein effizienter Finanzbinnenmarkt ist für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und der europäischen Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Dies stärkt auch die Wohlstandschancen für die Bürgerinnen und Bürger in Europa allgemein und in Deutschland im Speziellen.

In ihrem Finanzdienstleistungsaktionsplan (Financial Services Action Plan – FSAP) aus dem Jahr 1999 nennt die Europäische Kommission eine Reihe von Maßnahmen, die zur Vollendung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen erforderlich sind, u. a. die Überarbeitung bestehender Richtlinien zur Umsetzung der vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht erarbeiteten Baseler Eigenkapitalvereinbarungen (als Basel II bekannt).

Hierzu wurden die Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 20. März 2000 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (Bankenrichtlinie) sowie die Richtlinie 93/6/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (Kapitaladäquanzrichtlinie) neu gefasst. Damit wird Basel II auf europäi-

scher Ebene umgesetzt. Dies ist folgerichtig, weil bereits Basel I als ein Bezugspunkt für die bisherigen Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen diente.

2 Ziele der Regelungen

Die gegenwärtig noch angewandten Basel-I-Regelungen haben zur Folge, dass Kredite an Unternehmen mit geringem Ausfallrisiko aufsichtsrechtlich mit der Höhe nach gleichem Eigenkapital zu unterlegen sind wie Kredite an Schuldner mit schlechter Bonität.

Im Gegensatz dazu veranlassen die neuen Regelungen die Banken, die jeweiligen Risiken eines Kredits genauer zu bestimmen. Die neuen Regelungen erlauben eine differenzierte Beurteilung nach Art der getätigten Geschäfte und führen auch zu einer individuellen Risikoeinstufung der Kreditnehmer. Von diesen Kriterien ist dann der erforderliche Grad der Unterlegung mit Eigenkapital abhängig. Damit werden Anreize gegeben, Risikomanagementsysteme kontinuierlich weiterzuentwickeln und damit letztlich zu einer größeren Stabilität im Bankensektor beizutragen.



Die neuen Regelungen beinhalten die bedeutendsten Änderungen für die Bankenaufsicht seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und stellen einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung bankenaufsichtlicher Vorschriften dar. Mit ihnen werden insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- Verfeinerung des Risikomanagements der Banken und dessen kontinuierliche Weiterentwicklung wird zu einer größeren Stabilität im Bankensektor beitragen.
- Die Eigenkapitalanforderungen werden stärker als bisher vom eingegangenen Risiko, insbesondere vom Kreditrisiko abhängig sein.
- Differenzierung der Risiken wird zu einer Entlastung der Eigenkapitalanforderungen führen und die Kostenstruktur der Institute verbessern.
- Allgemeine und besondere Entwicklungen an den Finanzmärkten sowie im Risikomanagement der Institute werden berücksichtigt.
- Die Offenlegungspflichten der Institute werden erweitert.
- Die Stärkung der Marktdisziplin wird gefördert.
- Die Kooperation der Aufsichtsbehörden im europäischen Wirtschaftsraum wird verstärkt.

3 Regelungsansatz

Diese Ziele sollen durch einen auf „drei Säulen“ beruhenden Regelungsansatz erreicht werden:

3.1 Säule I – Mindestkapitalanforderungen

Dabei wird die bankenaufsichtliche Risikomesung stärker an die Risikosteuerungsmethoden der Banken angenähert. Für die drei zentralen Risikobereiche der Banken:

- Kreditrisiko,
- operationelles Risiko,
- Marktpreisrisiko

stehen wahlweise sowohl standardisierte Erfassungskonzepte als auch bankeigene Verfahren und Modelle, die eine differenzierte Risikoerfassung und -quantifizierung ermöglichen, für die angestrebte Risikomessung zur Verfügung.

Kreditrisiko

Im Hinblick auf das Kreditrisiko handelt es sich im Einzelnen um folgende Ansätze:

- a. Standardansatz,
- b. Basis-IRB-(Internal Rating-Based Approach) Ansatz,
- c. Fortgeschrittener IRB-Ansatz.

Anerkannte Sicherheiten, wie z.B. Bargeld, Gold, Schuldverschreibungen, Realsicherheiten, Forderungen aus Lieferungen etc., werden in allen drei Verfahren als Kreditrisikominderung berücksichtigt, also für die Eigenkapitalberechnung der Banken entlastend angerechnet.

a. Standardansatz

Der Standardansatz zur Messung des Kreditrisikos umfasst für Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen grundsätzlich fünf unterschiedlich hohe Risikogewichte (20 %, 50 %, 75 % nur für Kredite des Privatkundenportfolios, 100 % und 150 %). Die Risikogewichte werden den

Forderungen auf Grund aufsichtsrechtlich anerkannter Bonitätsbeurteilungen von Ratingagenturen zugeordnet. Der so ermittelte Risikobetrag des Kredites ist dann mit 8 % Eigenkapital zu unterlegen.

Neu in der Risikogewichtung ist das „aufsichtliche Privatkundenportfolio“ (retail portfolio), das die bei den Verhandlungen von Deutschland durchgesetzte Mittelstandskomponente aufnimmt. Danach werden Forderungen an natürliche Personen und Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bis zu einer zusammengefassten Höhe von 1 Mio. € gegenüber einem Kreditnehmer mit einem Risikogewicht von 75 % belegt. Dies stellt eine signifikante Absenkung dar, denn vorher betrug das Risikogewicht für solche Forderungen 100 %. Dem Privatkundenportfolio kann voraussichtlich ein erheblicher Teil der mittelständischen Unternehmen mit ihren Krediten zugeordnet werden. Dies stellt eine nicht unerhebliche Begünstigung von Privatpersonen und KMU dar.

b. Basis-IRB-Ansatz

Dieser Ansatz führt zur Entwicklung bankinterner Rating- und Risikomodelle, mit denen die Kreditrisiken der einzelnen Schuldner erfasst werden sollen. Dazu werden zunächst fünf Forderungsklassen gebildet:

- Forderungen an Staaten,
- Forderungen an Kreditinstitute,
- Forderungen an sonstige Unternehmen,
- Forderungen an Privatkunden,
- Anteile/Beteiligungen.

Dann werden die Kreditrisiken aller Kreditnehmer (juristische und natürliche Personen) dieser Forderungsklassen mittels bankinterner Verfahren auf Basis der einzelnen Forderungen nach aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichtsfunktionen ermittelt. Dabei sind die folgenden vier Risikoparameter von Bedeutung:

- Forderungshöhe bei Ausfall (EAD = Exposure at Default), Nominalwert der Verschuldung des Kreditnehmers;
- Ausfallwahrscheinlichkeit (PD = Probability of Default), Einschätzung der Wahrscheinlichkeit,

mit der ein Kreditnehmer seinen Verpflichtungen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht nachkommt;

- Verlust bei Ausfall (LGD = Loss Given Default), Verlustquote bei Ausfall des Kreditnehmers, die in der Regel in Prozent des ursprünglichen Nominalwerts des Kredits ausgedrückt wird;
- Effektive Restlaufzeit des Kredites (M = Maturity).

Im Basis-IRB-Ansatz darf die Bank nur die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) mit eigenen Berechnungen ermitteln. Zum Einsatz ihrer Modelle benötigen die Kreditinstitute in Deutschland die Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), in anderen Ländern des europäischen Wirtschaftsraums die der jeweils zuständigen Bankaufsichtsbehörde.

Auch im Basis-IRB-Ansatz gibt es das „aufsichtliche Privatkundenportfolio“ (retail portfolio). Damit wird der größte Teil der Kredite an KMU hinsichtlich der Risikobemessung nicht benachteiligt.

c. Fortgeschrittener IRB-Ansatz

Dieser ist eine Weiterentwicklung des zuvor erläuterten Basis-IRB-Ansatzes. Dabei werden die vier beim Basis-IRB-Ansatz genannten Risikoparameter für die Risikogewichtung weiter verfeinert. Die Banken dürfen alle vier Risikoparameter selbst schätzen. Das daraus entwickelte bankinterne Risikomesssystem muss von der BaFin als Aufsichtsbehörde genehmigt werden. Kleinere Institute, denen eigene Schätzungen der Parameter zu ehrgeizig erscheinen, können dauerhaft im Basis-IRB-Ansatz verbleiben.

Operationelles Risiko

Im Unterschied zum Kreditrisiko, das im Wesentlichen das Adressenausfallrisiko einer Bank beschreibt und zu den typischen mit Eigenkapital zu unterlegenden Risiken gehört, wurde mit dem operationellen Risiko eine vollkommen neue mit Eigenkapital zu unterlegende Kategorie geschaffen. Bei dieser Risikokategorie handelt es sich um das Verlustrisiko einer Bank, das sich aus der Unzulänglichkeit oder dem Versagen interner Prozesse, von Personen oder Systemen

bzw. aus außerhalb der Bank liegenden Ereignissen ergibt. Zur Bestimmung der Mindesteigenkapitalanforderungen innerhalb des operationellen Risikos stehen drei Ansätze zur Verfügung:

a. Basisindikatoransatz

Für die Eigenkapitalanforderungen einer Bank zur Abdeckung des operationellen Risikos genügen 15 % des durchschnittlichen jährlichen Bruttoertrages der vergangenen drei Jahre.

b. Standardansatz

Hier wird zunächst der Bruttoertrag einer Bank acht Geschäftsfeldern zugeordnet. Dann wird für jedes Geschäftsfeld die Eigenkapitalanforderung durch Multiplikation des entsprechenden Bruttoertrages mit einem für dieses Geschäftsfeld festgelegten Faktor berechnet. Die gesamte Eigenkapitalanforderung entspricht der Summe der Eigenkapitalanforderungen der acht Geschäftsfelder.

c. Ambitionierte Messansätze (AMA)

Bei diesem fortgeschrittenen Ansatz wird die Eigenkapitalanforderung für das operationelle Risiko durch bankinterne Meßsysteme ermittelt. Diese haben nicht nur interne und externe Verlustdaten zu berücksichtigen, sondern auch Szenarioanalysen und Faktoren, die mit dem Geschäftsumfeld der Banken und internen Kontrollen zusammenhängen.

Marktpreisrisiko

Zur Berechnung dieses Risikos wurden mit den Basel-I-Regelungen Ansätze eingeführt, die in der neuen Rahmenvereinbarung Basel II im Wesentlichen unverändert blieben.

3.2 Säule II – Qualitative Banken-aufsicht

Innerhalb dieser Regelungen kommt es zu einer Ausweitung der Prüfungstätigkeit im Hinblick auf das Risikomanagement der Banken. Die Banken müssen einen bankinternen Prozess mit einem von ihnen selbst zu entwickelnden Konzept durchführen. Dabei wird die Eigenkapitalausstattung bestimmt, die den gegenwärtigen und zukünftigen Risiken (Zinsänderungsrisiko, Liquiditätsrisiko, Klumpenrisiken) angemessen ist.

3.3 Säule III – Offenlegungspflichten

Die Offenlegung derjenigen Informationen, mit denen das Risikoprofil der Banken vom Markt hinreichend beurteilt werden kann, z. B. Struktur der Bank/Bankengruppe, verfolgte Strategie, Risikomanagement, Risikomessung, Überwachung der Absicherungen, Eigenkapital, Portfoliomodelle, ist künftig vorgeschrieben, weil sich daraus eine gewisse Disziplinierung der Banken ergibt. Es soll erreicht werden, die Banken zu verantwortungsvollem Handeln zu bewegen.



4 Verbesserte Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden

Im Rahmen der Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden wird es zu einer erheblichen Erleichterung für die grenzüberschreitend tätig werdenden Bankengruppen hinsichtlich der Anwendbarkeit bestimmter technischer Modelle und ihrer Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden kommen. Die Entscheidungsbefugnis der für das Mutterunternehmen zuständigen Aufsichtsbehörde ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung, wenn bei ihr die Genehmigung zum Einsatz der technischen Modelle beantragt wurde. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werden die anderen betroffenen Aufsichtsbehörden (alle, in deren Zuständigkeitsbereich die gruppenangehörigen Unternehmen tätig sind) angemessen beteiligt. Die enge Kooperation ist für die Weiterentwicklung des Finanzmarktes in Europa ein Meilenstein, allerdings müssen auch Entscheidungen getroffen werden können. Hier gilt grundsätzlich: Wenn nach sechs Monaten keine gemeinsame Entscheidung getroffen wurde, kann die für das Mutterunternehmen zuständige Aufsichtsbehörde (so genannter Consolidated Supervisor) abschließend und allein entscheiden.

5 Auswirkungen auf den Mittelstand

Grundsätzlich führt ein höheres Risiko des Kreditnehmers zu einer höheren Eigenkapitalanforderung bei der Bank. Um die Auswirkungen auf den Mittelstand – also auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – zu erfassen, wurde die Ausfallwahrscheinlichkeit von Großunternehmen und KMU untersucht. Das Ergebnis fiel zugunsten der KMU aus: Während die Ausfälle von Großunternehmen besonders stark in Wellen entsprechend dem Konjunkturverlauf auftreten, sind KMU diesem Teil des Kreditrisikos weniger ausgesetzt. Daher wurde eine Mittelstandskomponente (siehe auch unter 3.1, Kreditrisiko, S. 58) eingebaut. Im Ergebnis erlaubt sie bei einem Kreditvolumen unter 1 Mio. € der Bank die Vergabe eines um 25 % niedrigeren Risikogewichts als nach den alten Regelungen. Dies führt zu einer deutlichen Entlastung bei der Vorhaltung von Eigenkapital bei den diesem Unternehmenskreis kreditgebenden Banken. Davon dürften in Deutschland rund 90 % aller Kreditforderungen an mittelständische Unternehmen profitieren.

Die neu gefassten Richtlinien erweitern zudem den Katalog der anererkennungsfähigen Methoden zur Minderung des Kreditrisikos um mittelstandstypische Sicherheiten wie Sicherungsübereignung und Abtretung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Allerdings müssen die Banken künftig das Kreditrisiko möglichst exakt messen und adäquat bereisen. Die Risikomessung wird zu einer wichtigen Preiskomponente, die die Unternehmen durch eigenes Verhalten beeinflussen können.

Die wichtigste Rolle für die Risikomessung und die dementsprechende bankinterne Einstufung, das Rating, spielt neben der Ertragslage die Eigenkapitalquote der Unternehmen. Sie ist in Deutschland seit Jahren relativ niedrig; rund ein Drittel der mittelständischen Unternehmen hat weniger als 10 % Eigenkapital. Derzeit laufen erhebliche Anstrengungen, neue Finanzprodukte zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zu entwickeln und anzubieten. Hierzu zählen insbesondere hybride Finanzinstrumente, die zugleich die typischen Merkmale des Eigenkapitals

und des Fremdkapitals aufweisen und als Mezzanine-Kapital bezeichnet werden. Mezzanine-Kapital kann dazu beitragen, Eigenkapital-lücken zu schließen, ohne die unternehmerische Entscheidungsmacht zu reduzieren. Hier gibt es Programme mit vielen Möglichkeiten für Mittelständler und für alle, die nach einer Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis streben. Dennoch wird der Bankkredit, neben der Innenfinanzierung, die wichtigste Finanzierungsquelle bleiben.

Alles in allem sind keine Nachteile für den Mittelstand zu erwarten, sondern vielmehr Verbesserungen. Dazu gehören insbesondere ein noch bewussterer Umgang mit dem Kreditrisiko, eine Zunahme der Transparenz in den Beziehungen zwischen Banken und Mittelstand sowie eine neue Offenheit der Banken gegenüber dem Kunden. Die Bank sollte dem Mittelständler seine Ratingeinstufung erläutern und ihn verstärkt auf Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten hinweisen.

6 Allgemeine Auswirkungen

Bei Kreditnehmern mit unzureichender Bonität und hohem Adressenausfallrisiko ist künftig eine Anpassung der Kreditzinsen nicht auszuschließen. Allerdings sind die Unternehmen der Kreditwirtschaft schon seit geraumer Zeit dazu übergegangen, Konsumentenkredite mit hoher Ausfallwahrscheinlichkeit nur gegen einen höheren Kreditzins zu vergeben. Es ist daher wenig wahrscheinlich, dass aufgrund der neuen Regelungen ein zusätzlicher Anstieg der Kreditzinsen eintritt. Dies wird auch durch den in Deutschland besonders intensiven Wettbewerb unter den Instituten vermieden. Richtig ist allerdings, dass die Kreditnehmer künftig verstärkt danach beurteilt werden, ob sie in der Lage sind, über die gesamte Laufzeit des Kredites Zinsen und Tilgung zu erbringen.

Bei den durch das Gesetz betroffenen Unternehmen der Kreditwirtschaft und Wertpapierbranche fallen voraussichtlich höhere Kosten an. Auch entstehen nicht unerhebliche Kosten für diese Unternehmen bei der Erarbeitung von IT-gesteuerten Risikomesssystemen und deren Implementierung. Die Höhe dieser Kosten ist stark von der Größe des betroffenen Unternehmens abhängig. Dabei steigen die absolut aufzuwendenden Summen proportional zur Größe des Unternehmens an; gemessen an der Bilanzsumme dürften hingegen kleinere und mittlere Institute etwas stärker belastet werden.

Auf der Zeitachse werden diesen kurzfristigen Nachteilen einer gestiegenen Kostenbelastung aber erhebliche Entlastungen bei den Aufwendungen von und für Eigenkapital gegenüberstehen. Dies wird insbesondere in den so genannten QIS-Studien (Quantitative Impact Studies) deutlich. Dabei handelt es sich um von den Zentralbanken durchgeführte Auswirkungsstudien, deren Ergebnisse aufgrund einheitlicher Abfragen (Aufbau und Inhalt wurden im Rahmen von Basel II verabredet) in regelmäßigen Abständen ermittelt werden. Ziel dieser Studien ist es, sich einen Einblick über den Stand der Umsetzung in den betroffenen Unternehmen zu verschaffen und die Auswirkungen auf das Eigenkapital zu konkretisieren. Die aktuellen Ergebnisse der vierten QIS-Studie (QIS 4) zeigen: Kleinere und mittlere Unternehmen der

Kreditwirtschaft profitieren außerordentlich von den neuen Regelungen durch erhebliche Eigenkapitalentlastungen, während die Größen eher zusätzliches Eigenkapital benötigen werden.

Nach dieser Studie bleiben die Mindesteigenkapitalanforderungen auf den ersten Blick für das gesamte deutsche Bankensystem im Vergleich zu Basel I unverändert. Bei genauem Hinsehen ergeben sich aber erhebliche Unterschiede zwischen den Banken der Gruppe 1 (international aktive Banken mit einem Kernkapital von mindestens 3 Mrd. €) und denen der Gruppe 2 (alle übrigen deutschen Banken).

Für die Gruppe-1-Banken beträgt der mittlere Anstieg der Eigenkapitalanforderungen im Basis-IRB-Ansatz voraussichtlich 12,2 % und im fortgeschrittenen IRB-Ansatz voraussichtlich 9,7 %. Demgegenüber können die Gruppe-2-Banken im Standardansatz mit einer mittleren Entlastung von 7,5 %, im Basis-IRB-Ansatz von 6,4 % und im fortgeschrittenen IRB-Ansatz voraussichtlich mit einer Entlastung von 27,5 % bei den Eigenkapitalanforderungen rechnen.

Damit entstehen für die kleineren Unternehmen der Kreditwirtschaft auf der Zeitachse erhebliche Kostenvorteile, die die einmaligen Aufwendungen bei der Einführung von IT-gesteuerten Ratingsystemen und deren laufenden Kosten übertreffen werden.

Im Zusammenhang mit den neuen risikosensitiven Eigenkapitalanforderungen wird verschiedentlich auf etwaige prozyklische Wirkungen von Basel II hingewiesen. Diese Effekte wurden gemeinsam von den Bankaufsichtsbehörden und den Zentralbanken analysiert und bei der Aufstellung der Risikogewichtsfunktion zur Berechnung der Mindesteigenkapitalanforderungen berücksichtigt. Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Eine stärkere Eigenkapitalvorsorge in Zeiten erhöhter Risiken steht grundsätzlich im Einklang mit den Zielen einer qualitativ guten Bankenaufsicht. Die neuen Methoden zur Risikomessung basieren auf breit angelegten Erfahrungsdaten der Vergangenheit und erfassen dementsprechend mindestens einen Konjunkturzyklus. Daher können die Banken durch vorausschauende Steuerung der Kreditvergabe einem bloßen zyklischen Kreditvergabeverhalten entgegensteuern. Konjunkturellen Übertreibungen bei der Kreditvergabe wird somit entgegengewirkt und die Kreditverfügbarkeit über den gesamten Zyklus eines Wirtschaftsaufschwungs hinweg stabilisiert.

Die neuen Regelungen helfen, stark schwankende Eigenkapitalanforderungen an die Banken zu vermeiden. Somit kommt es nicht zu konjunkturverstärkenden Effekten in die eine oder andere Richtung. Die Kreditversorgung bleibt in allen Stadien des Wirtschaftszyklus stabil.



7 Nationale Umsetzung

Die neuen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und die Risikoeinschätzungen werden mit einem Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie sowie zwei Rechtsverordnungen, der Solvabilitätsverordnung (SolvV) und Großkredit- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV), in deutsches Recht umgesetzt. Der Gesetzentwurf beinhaltet im Wesentlichen Änderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) und wurde Anfang Dezember 2005 den Spitzenverbänden des Finanzgewerbes und der Wirtschaft zur Konsultation übersandt.

Mit den Änderungen im KWG werden grundsätzliche aufsichtsrechtliche Fragen der Richtlinien geregelt und die Rechtsgrundlagen für die erforderlichen Rechtsverordnungen geschaffen. Die SolvV setzt im Wesentlichen die technischen Anhänge der Richtlinien um. Die GroMiKV ergänzt die Ansätze der SolvV durch besondere Regelungen für die Kreditvergabe im Bereich der Groß- und Millionenkredite. Der Zeitplan der nationalen Umsetzung sieht vor, den Gesetzentwurf zum KWG bis Februar 2006 fertig zu stellen und die Gesetzesänderungen im Oktober 2006 im Bundesgesetzblatt zu verkünden. Die Rechtsverordnungen (SolvV, GroMiKV) sollen spätestens im Februar 2006 an die Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft zur Stellungnahme versandt werden.

8 Ausübung von Wahlrechten

Trotz einer Bereinigung sieht sowohl die Banken- als auch die Kapitaladäquanzrichtlinie eine große Anzahl von Wahlrechten vor, die auf nationaler Ebene von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeübt werden können. In beiden Richtlinien finden sich zusammenge-rechnet noch etwa 120 Wahlrechte. Soweit deutsche Institute und die deutsche Wirtschaft von diesen Wahlrechten profitieren können, werden sie auch ausgeübt. Dies betrifft rund 100 Wahlrechte, von denen wiederum 30 zugunsten des Mittelstands wirken.

Von besonderer Bedeutung sind folgende Wahlrechte:

Ausnahme von der Beaufsichtigung der Solvabilität und der Eigenkapitalausstattung (sog. Waiver-Regelung), § 2a KWG-Entwurf

Danach kann die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) auf Gruppenebene eine konsolidierte Aufsicht praktizieren. Auf die Einzelaufsicht der Gruppe angehörender Institute kann dann verzichtet werden. Im Einzelnen wird damit von der Beaufsichtigung der Solvabilität und der Eigenkapitalausstattung auf der Ebene des einzelnen, einer Gruppe angehörenden Instituts abgesehen. Stattdessen wird die Aufsicht nur auf konsolidierter Gruppenebene beim Mutterunternehmen durchgeführt; Folge: Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung müssen von der Gruppe erfüllt werden, nicht mehr vom einzelnen gruppenangehörigen Institut. Das Mutterunternehmen der Gruppe kann so dafür sorgen, dass das Eigenkapital nach Bedarf dort gehalten wird, wo es gebraucht wird und am wirtschaftlichsten eingesetzt werden kann. Innerhalb der Gruppe wird eine erhöhte Flexibilität hergestellt, die eine verbesserte Zuweisung von Eigenkapital und Risiken ermöglicht.

Solo-Konsolidierung, § 10 Abs. 11 KWG-Entwurf

Die BaFin kann einem Mutterkreditinstitut gestatten, bei der Ermittlung der Angemessen-

heit seiner Eigenmittel auf Einzelebene die entsprechenden Positionen von Tochterunternehmen einzubeziehen (sog. Solo-Konsolidierung). Damit werden im Rahmen der Eigenmittelberechnung auch Eigenmittel (sowie Risikopositionen) von Tochterunternehmen berücksichtigt, die keine Institute, Finanzunternehmen oder Anbieter von Nebendienstleistungen sind und daher weder pflichtweise noch freiwillig konsolidiert werden könnten. Zur Vermeidung nicht überschaubarer Risiken knüpft die Möglichkeit der Solo-Konsolidierung an die Voraussetzung, dass die wesentlichen Forderungen und Verbindlichkeiten des Tochterunternehmens gegenüber dem Institut bestehen. Weiter muss das Institut einen ausreichenden Einfluss auf das Tochterunternehmen haben, um dessen Risikolage ausreichend einschätzen und nachteiligen Entwicklungen rechtzeitig entgegenwirken zu können.

Freistellung von Intergruppenforderungen von der Eigenkapitalunterlegung, § 10 Abs. 13 und 14 KWG-Entwurf

Bankkonzerne: Danach kann die BaFin den Kreditrisiken eines inländischen Kreditinstituts an ein anderes Unternehmen der gleichen Instituts- bzw. Finanzholding-Gruppe mit Sitz im Inland ein Risikogewicht von Null vom Hundert bei der Berechnung der Angemessenheit der Eigenmittelausstattung zuordnen, wenn

- die Position auf der Seite des Schuldners kein Eigenmittelbestandteil ist;
- der gruppeninterne Kontrahent einer angemessenen Aufsicht unterliegt und in die Vollkonsolidierung des übergeordneten Instituts der Gruppe einbezogen wird;
- die Gruppenmitglieder gleiche Risikobewertungs-, -mess- und -kontrollverfahren nutzen und
- weder ein bedeutendes tatsächliches noch ein rechtliches Hindernis für die sofortige Übertragung von Eigenmitteln oder die Begleichung von Verbindlichkeiten an das kreditgewährende Institut durch den Schuldner besteht.

Institutssichernde Haftungsverbünde:

Auch hier kann die BaFin Kreditrisiken inländischer Kreditinstitute an Unternehmen, die



Mitglied des gleichen institutssichernden Einlagensicherungssystems sind, ein Risikogewicht von Null vom Hundert bei der Berechnung der Angemessenheit der Eigenmittelausstattung zuordnen, wenn

- der Schuldner ein Institut, eine Finanzholdinggesellschaft, ein Finanzunternehmen oder ein Anbieter von Nebendienstleistungen mit Sitz im Inland ist, angemessenen Aufsichtsvorschriften unterliegt und die Position nicht Bestandteil der regulatorischen Eigenmittel des Schuldners ist;
- weder ein bedeutendes tatsächliches noch ein rechtliches Hindernis für die unverzügliche Übertragung von Eigenmitteln oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten an das kreditgewährende Institut durch den Schuldner besteht;
- das Institut und der Schuldner eine vertragliche oder statutarische Haftungsabrede geschlossen haben, die insbesondere die Liquidität und Solvenz zur Vermeidung eines Konkurses aus sofort verfügbaren Mitteln sicherstellt;
- die Mitglieder des institutionellen Sicherungssystems ihre Absicht, aus dem System auszuscheiden, mindestens 24 Monate im Voraus anzeigen müssen;
- das Sicherungssystem sich auf eine breite Mitgliedschaft von Instituten mit einem im Wesentlichen homogenen Geschäftsprofil stützt;
- das Sicherungssystem über geeignete und einheitlich geregelte Systeme zur Überwachung und Einstufung der Risiken verfügt, die Systeme einen vollständigen Überblick über die Risikosituationen der einzelnen Mitglieder und das institutionelle Sicherungssystem insgesamt liefern sowie jedem einzelnen Mitglied die eigene Risikobewertung mitteilen;

- dem Sicherungssystem Möglichkeiten der Einflussnahme eingeräumt werden, um eine angemessene Überwachung von Forderungsausfällen sicherzustellen;
- das Sicherungssystem mindestens einmal jährlich entweder einen zusammengefassten Bericht mit einer Vermögensübersicht, einer Gewinn- und Verlustrechnung, einem Lagebericht und einem Risikobericht über das institutionelle Sicherungssystem insgesamt oder einen Bericht mit einer zusammenfassenden Vermögensübersicht, einer zusammenfassenden Gewinn- und Verlustrechnung, einem Lagebericht und einem Risikobericht zum institutionellen Sicherungssystem insgesamt veröffentlicht;
- zur Verhinderung der Mehrfachbelegung von Eigenkapital die mehrfache Nutzung von Bestandteilen und die unangemessene Bildung von Eigenmitteln zwischen den Mitgliedern des institutionellen Sicherungssystems ausgeschlossen werden kann.

Ausnahme für Energiehändler von Eigenkapitalanforderungen, § 20c KWG-Entwurf

Damit soll das wichtige Ziel der Liberalisierung des Gas- und Elektrizitätsmarktes bewahrt werden. Mit dieser Regelung werden unangemessene Eigenkapitalanforderungen für Energiehandelsunternehmen verhindert. Die bei Energiegeschäften vorhandenen Konzentrationsrisiken müssen abgesichert werden. Dies geschieht künftig mittels institutsintern zu etablierender Verfahren. Die Regelung ist jedoch europarechtlich nur bis zum 31. Dezember 2010 anwendbar.

Ausnahme für Wertpapierhandelsfirmen von der Eigenkapitalunterlegung operationeller Risiken

Die Ausnahme wird in die Solvabilitätsverordnung integriert. Aufgrund der Vorgaben der Richtlinie betrifft dies nur Wertpapierhandelsfirmen, die nicht mehr als 100 Mitarbeiter haben und deren Handelsbuchpositionen niemals 50 Mio. € übersteigen. Die Regelung kann nur bis 31. Dezember 2011 angewandt werden.

9 Weitere wichtige Neuerungen im KWG-Entwurf

- § 1: Die „Tätigkeit als zentraler Kontrahent“ wird nunmehr als ein erlaubnispflichtiges Bankgeschäft eingestuft.
- § 1a: Die Vorschriften zum sog. Handelsbuch sind neu gefasst worden.
- § 8ff: Überarbeitung der Vorschriften zur Zusammenarbeit der Bankaufsichtsbehörden zur Umsetzung der neuen EU-Standards für „consolidated supervision“.
- § 10: Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage zum Erlass einer Solvabilitätsverordnung, die u. a. eine Modifizierung des haftenden Eigenkapitals für Institute, die interne Rating-Verfahren für bankaufsichtsrechtliche Zwecke nutzen, bei Ermittlung der Solvabilität zum Inhalt haben wird.
- § 26a: Neu gestaltete Offenlegungsvorschriften im Zusammenhang mit den organisatorischen Pflichten der Institute.
- § 46b: Befugnis der BaFin, organisatorischen Mängeln eines Instituts durch höhere Eigenkapitalanforderungen, Begrenzung der Geschäftstätigkeit oder Anordnung anderweitiger Maßnahmen zur gezielten Risikoreduzierung entgegenwirken zu können.
- § 64h: Fünf Übergangsregelungen zum Bestandsschutz von Altfällen und zur Erleichterung der Umstellung auf die neuen Verfahren.

10 Ausreichende Berücksichtigung der Interessen kleiner Institute

Eine wesentliche Erleichterung für kleine Institute ist die ihnen eröffnete Möglichkeit, einen Teil ihres Kreditportfolios im so genannten Standardansatz zu belassen, obwohl das Institut selbst dauerhaft in den Basis-IRB-Ansatz wechselt. Dieses Verfahren nach Artikel 89 der Bankenrichtlinie gilt allerdings nur für die in dieser Vorschrift aufgezählten Kredite, insbesondere für die der Zentralbank, dem Staat und anderen öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften wie Ländern, Kreisen und Gemeinden gewährten. Auch die Forderungen an andere Institute können diesen Regelungen unterfallen. In jedem Fall muss aber der mögliche Kontrahentenkreis begrenzt sein, die Einführung eines Rating-Systems mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden sein und die Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingeholt werden. Für kleinere Institute wird insoweit der technische Aufwand erheblich herabgesetzt, sie können so Kosten vermeiden.

Darüber hinaus leisten die Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) einen Beitrag zur Deregulierung. Bei diesen handelt es sich um Verwaltungsvorschriften, die der Auslegung der weitgehend unbestimmten Begriffe des § 25a KWG (z.B. „interne Kontrollverfahren“, „internes Kontrollsystem“) dienen. Diese Vorschrift, die aufgrund von Basel II angepasst wurde, ist die zentrale Norm im Bereich der qualitativen Bankenaufsicht. Aufgrund ihrer Bezugnahme auf bankinterne Strukturen ist sie von herausragender Bedeutung. Die Mindestanforderungen enthalten zahlreiche Öffnungsklauseln, die den Instituten entsprechend ihrer Größe und der Art der Geschäfte (Grundsatz der doppelten Proportionalität) große Gestaltungsspielräume eröffnen und somit deren Eigenverantwortung stärken. Die Kreditinstitute haben die Möglichkeit, eigenverantwortlich den Umfang der Dokumentation festzulegen. Sie verschafft insbesondere den kleineren Instituten erhebliche Erleichterungen.

11 Internationale Umsetzung

Grundsätzlich haben die Mitglieder des Baseler Ausschusses (Vertreter der Bankaufsichtsbehörden und der Zentralbanken aus Belgien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien und den USA) verabredet, die so genannten Basel-II-Regelungen zweistufig zum 1. Januar 2007 und zum 1. Januar 2008 umzusetzen. In diesem Rahmen führend ist die Europäische Union, gewisse Probleme haben die USA.

Der Zeitplan der Europäischen Union zur Einführung neuen Eigenkapitalregelungen für Kreditinstitute sowie Wertpapierfirmen steht aufgrund der Richtlinien fest und wird durch den derzeitigen Diskussionsprozess in den USA nicht in Frage gestellt. Daher haben die Institute in der Europäischen Union die neuen Eigenkapitalanforderungen erstmals ab dem 1. Januar 2007 einzuhalten. Für die Institute, welche den fortgeschrittenen internen Ansatz wählen, gilt der 1. Januar 2008 für die erstmalige Anwendung.

In den USA sollen die großen Bankkonzerne den fortgeschrittenen internen Ansatz erstmals zum 1. Januar 2009 anwenden. Zuvor ist im Jahr 2008 eine sog. Parallelrechnung aus Basel I und dem besagten fortgeschrittenen internen Ansatz vorgesehen. Zu den wesentlichen Gründen der USA für die zeitliche Verschiebung des fortgeschrittenen internen Ansatzes dürften zählen:



- Die Ergebnisse der letzten Auswirkungsstudie (Quantitative Impact Study 4 – QIS 4) ergaben deutliche Absenkungen bei den regulatorischen Eigenkapitalanforderungen (Rückgang um 17% im Durchschnitt der 26 teilnehmenden US-Banken bei erheblicher Streuung der Resultate).
- Außerdem erschien unsicher, ob die US-Bankkonzerne ihrerseits auf die neuen regulatori-

schen Anforderungen bereits hinreichend gut vorbereitet sind.

Es liegt im Interesse der Europäer, dass die in den USA tätigen europäischen Banken die Vorteile aus den neuen EU-Eigenkapitalregelungen von Beginn an ohne Einschränkungen nutzen können.

Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	69
2	China	70
3	Indien	72
4	Korea	74
5	Türkei	75
6	Russland	77
7	Ukraine	78
8	Brasilien	79
9	Argentinien	80
10	Mexiko	82
11	Südafrika	83

1 Überblick

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern verlief auch 2005 überwiegend positiv. Viele Schwellenländer haben die vergangenen Jahre zu Strukturreformen genutzt und sich mit dem Aufbau von teilweise sehr hohen Devisenreserven besser gegen exogene Schocks abgesichert. Diese Maßnahmen führten offenbar zu einem substanziell stärkeren Vertrauen der Investoren in die Stabilität der Schwellenländer. Darüber hinaus profitieren die Emerging Markets von der momentan hohen Liquidität der internationalen Kapitalmärkte auf der Suche nach lukrativen Investitionen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) weist in seinem 2005 erschienenen Jahresbericht darauf hin, dass die verbesserte wirtschaftliche Situation der Schwellenländer diesen ermöglichen, mittlerweile insgesamt mehr Schulden an den IWF zurückzuzahlen als an neuen Krediten beim IWF aufzunehmen. Betrug das ausstehende Kreditvolumen im letzten Jahr noch 91,2 Mrd. US-Dollar, sei dieses 2005 auf 73,2 Mrd. US-Dollar zurückgegangen. Grund dafür seien vor allem große Rückzahlungen aus Argentinien, Brasilien, Russland und der Türkei. Insgesamt hätten die IWF-Schuldner im vergangenen Jahr über 20 Mrd. US-Dollar zurückgezahlt. Diese veränderte Situation kommt auch in einem gestärk-

ten Selbstbewusstsein hinsichtlich der Forderung nach einer adäquaten Repräsentanz der Schwellenländer in internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank zum Ausdruck.

Die asiatischen Volkswirtschaften werden voraussichtlich auch mittelfristig mit einem Wachstumstempo von etwa 7 % eine der dynamischsten Regionen der Welt bleiben. Allerdings ist das Wachstum mit einigen Risiken verknüpft, die in jüngster Zeit deutlicher betont werden. Dies sind neben den hohen Energie- und Rohstoffpreisen und dem in einer Reihe von Ländern (Indonesien, Malaysia, Thailand) dadurch verursachten starken Inflationsanstieg vor allem die globalen finanziellen Ungleichgewichte (hohe Devisenreserven und Handelsüberschüsse in Asien und demgegenüber hohes Doppeldefizit der USA). Von besonderer Bedeutung wird die Entwicklung in China bleiben, an dessen Nachfrageboom die gesamte Region partizipiert.

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in China stabilisierte sich 2005 auf hohem Niveau mit durchschnittlich rd. 9,4 %. Im Juli hat China die feste Bindung des Renminbi (RMB) an den US-Dollar beendet und orientiert sich seitdem an einem Währungskorb, der nach offiziellen chinesischen Angaben vom US-Dollar, dem Euro, dem japanischen Yen und dem südkoreanischen Won dominiert wird.

Nach dem starken Wirtschaftswachstum in Lateinamerika von real 5,6 % in 2004 deutet sich im Jahr 2005 eine maßvolle konjunkturelle Abschwächung an. Der IWF geht für das Gesamtjahr 2005 von einer realen Zunahme des BIP von 4,1 % in Lateinamerika aus. Insgesamt haben sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen in den wirtschaftlich bedeutenderen lateinamerikanischen Ländern Argentinien, Brasilien und Mexiko vor allem auch wegen der stark anziehenden Rohstoffpreise und der guten Weltkonjunktur weiterhin sehr positiv entwickelt. Die internationalen Finanzmärkte honorierten die guten Fundamentaldaten der Region mit einer weiteren Verringerung der Risikoprämien und einer deutlichen Zunahme der Aktienkurse.

In Russland dürfte sich 2005 das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre nur abgeschwächt fortgesetzt haben. 2003 und 2004 lagen die Wachstumsraten jeweils über 7 %. Neben der geringeren Zunahme bei der Ölförderung ist ein Wachstumseinbruch beim Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen, das besonders unter den Wettbewerbsnachteilen aufgrund der starken Rubelaufwertung leidet. Den wichtigsten Wachstumsbeitrag lieferte der private Verbrauch dank steigender Einkommen und zunehmender Verbraucherkredite. In der Ukraine hat sich die wirtschaftliche Situation im vergangenen Jahr deutlich verschlechtert. Das Wachstum dürfte auf 4 % drastisch zurückgegangen sein, die Inflation nähert sich der 14-Prozent-Marke und das Investitionsklima hat sich aufgrund der anhaltenden politischen Unsicherheiten unter der im September abgelösten Regierung eingetrübt. Vor dem Hintergrund der Absetzung der neuen Regierung ist fraglich, ob die geplanten Reformen (u. a. Verwaltungs- und Bankenreform) weiter vorangetrieben werden, zumal bereits im März 2006 Parlamentswahlen angesetzt sind.

2 China

Mitte Dezember hat China das BIP für 2004 deutlich nach oben korrigiert (um 16,8 % bzw. 284,9 Mrd. US-Dollar) auf 1,98 Bio. US-Dollar. China löst damit Italien als die sechstgrößte Wirtschaftsnation der Welt ab. Der Zuwachs resultiert größtenteils aus der Neubewertung des Dienstleistungssektors. Der tertiäre Sektor weist nun statt 31,9 % einen Anteil an der Wirtschaftsleistung von 40,7 % (805,3 Mrd. US-Dollar) auf. Der sekundäre Sektor, zu dem produzierendes Gewerbe und Bergbau gehören, macht einen Anteil von 46,2 % (915,4 Mrd. US-Dollar) nach bislang geschätzten 52,9 % aus. Der Anteil des primären Sektors – Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei – am BIP wurde von 15,2 % auf 13,1 % (259,5 Mrd. US-Dollar) korrigiert.

Anfang Januar hat das Nationale Statistische Amt die Wachstumsraten des BIP für die Jahre 1993 bis 1997 und 1999 bis 2004 revidiert. In diesen Jahren wuchs die Wirtschaft um mindestens 0,4 Prozentpunkte stärker als bisher angegeben. 2004 lag die Wachstumsrate bei 10,1 % statt wie bisher angegeben bei 9,5 %. Begründet wurde die Korrektur der Daten mit den Ergebnissen einer landesweiten Erhebung von Wirtschaftsdaten.

In den ersten neun Monaten 2005 lag die Wachstumsrate des BIP bei durchschnittlich knapp 9,5 % (1. und 2. Quartal je 9,5 %, 3. Quartal 9,4 %). Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt für das gesamte Jahr 2005 ein reales BIP-Wachstum von 9,3 %, der IWF geht von 9,0 % aus. Für 2006 erwartet die OECD eine praktisch unveränderte Wachstumsdynamik mit 9,4 %. Treibende Kraft des Wachstums war bisher der Export, die OECD sieht aber in Zukunft eine gewisse Umschichtung bei den Wachstumsquellen weg von der Auslands- und hin zur Inlandsnachfrage.

Die im Juli 2005 erfolgte Aufhebung der festen Bindung der chinesischen Währung Renminbi an den US-Dollar und der Übergang zu einem kontrollierten Floating innerhalb enger Bandbreiten um einen Währungskorb hatte nur geringe Auswirkungen. Die US-Regierung hält eine weitere Flexibilisierung des chinesischen Wechselkurses für notwendig, da sich die bilate-

rale Handelsbilanz zwischen beiden Ländern weiter zu Ungunsten der USA entwickelt.

Die Inflationsrate, die 2004 im Jahresdurchschnitt bei 3,9 % lag, ist im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Der Verbraucherpreisindex stieg von Januar bis November 2005 um durchschnittlich 1,8 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Das Handelsvolumen überschritt bereits im September den Wert von 1 Bio. US-Dollar und lag im November bei 1282 Mrd. US-Dollar (Exporte 686,6 Mrd. US-Dollar und Importe 595,7 Mrd. US-Dollar) – der Endwert des Vorjahres (1155 Mrd. US-Dollar) dürfte damit 2005 deutlich übertroffen worden sein. Die Handelsbilanz wies bis einschließlich November 2005 einen deutlichen Überschuss von 90,8 Mrd. US-Dollar auf. Der Handelsbilanzüberschuss dürfte 2005 bei rd. 100 Mrd. US-Dollar gelegen haben und damit dreimal so hoch gewesen sein wie im Vorjahr.

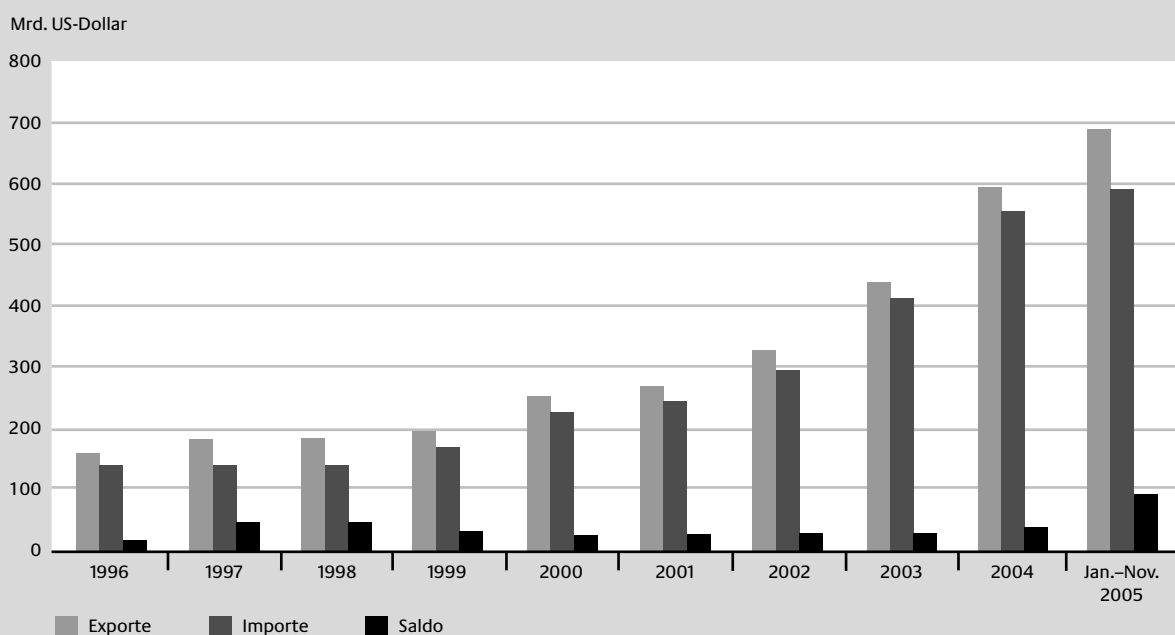
Die ausländischen Direktinvestitionen in China erreichten 2004 rd. 60,69 Mrd. US-Dollar. Die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen waren 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht rückläufig auf weiterhin hohem

Niveau. Bis November 2005 flossen 53,13 Mrd. US-Dollar nach China.

Die Reform des Bankenwesens und des Finanzsektors wird von der chinesischen Regierung weiterhin vorangetrieben. Insbesondere die Entwicklung der vier großen Staatsbanken ist von Bedeutung. So wurden drei der vier großen Staatsbanken (Bank of China – BoC, China Construction Bank – CCB, Industrial and Commercial Bank of China – ICBC) in Aktiengesellschaften umgewandelt, und die Banken haben im Rahmen der Vorbereitung auf den Börsengang strategische ausländische Investoren gewonnen. Nach der fünftgrößten chinesischen Bank, der Bank of Communications (BoCom), die als erste der großen chinesischen Banken im Juli 2005 einen Börsengang in Hongkong durchgeführt hat, wurde im Oktober 2005 auch die CCB in Hongkong an die Börse gebracht. Die CCB ist gegenwärtig rund 80 Mrd. US-Dollar wert – und somit die drittgrößte Bank Asiens.

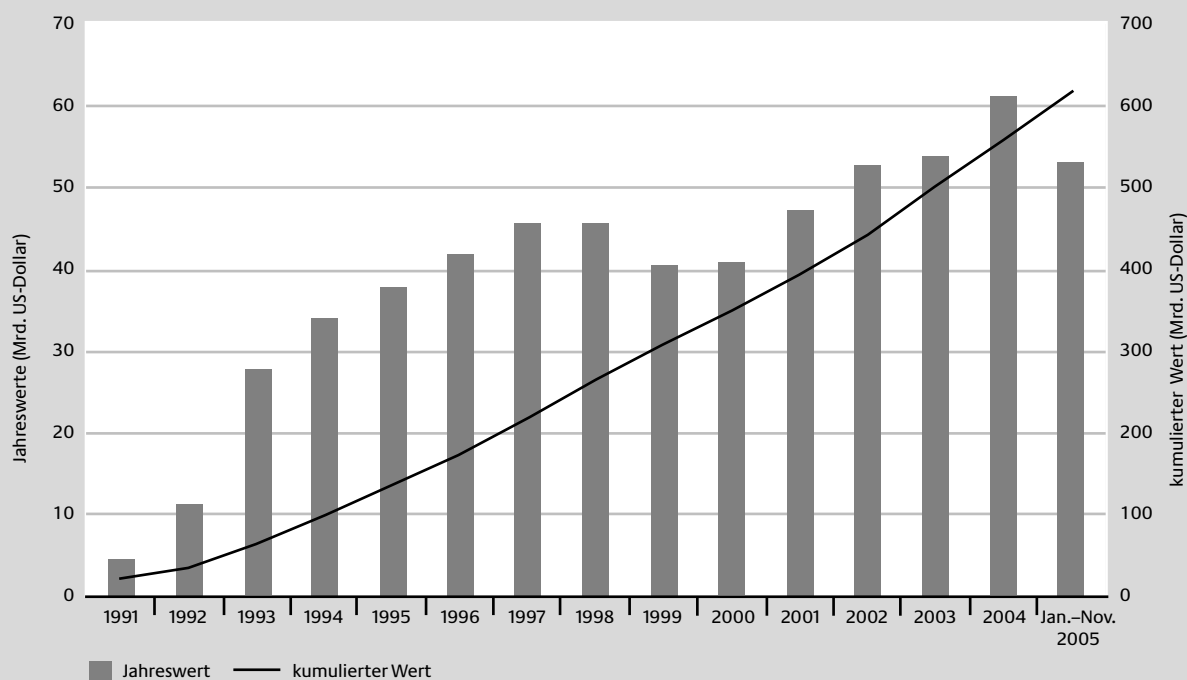
Chinas Devisenreserven sind in den vergangenen Jahren durch erhebliche Interventionen deutlich angestiegen. Sie erreichen weltweit den zweithöchsten Wert nach Japan.

Abbildung 1: Entwicklung der Handelsbilanz Chinas von 1996 bis November 2005



Quelle: PRC National Bureau of Statistics, China Monthly Economic Indicators; auch: Zollamt nach Pressemeldungen.

Abbildung 2: Ausländische Direktinvestitionen in China 1991 bis November 2005



Quelle: PRC National Bureau of Statistics; MofCOM.
Stand: November 2005.

Die Devisenreserven, die 2003 noch bei 403 Mrd. US-Dollar lagen und 2004 bereits 610 Mrd. US-Dollar erreichten, stiegen bis Dezember 2005 auf rd. 819 Mrd. US-Dollar an.

3 Indien

Im Fiskaljahr 2004/2005 (das Haushaltsjahr beginnt in Indien am 1. April und endet am 31. März des Folgejahres) wuchs das indische BIP um 6,9 %. Damit konnte das im Dezember 2002 im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans (2002 bis 2007) genannte durchschnittliche Wachstumsziel von 8 % in diesem Haushaltsjahr nicht ganz erreicht werden. Die realwirtschaftliche Perspektive der indischen Wirtschaft ist weiterhin günstig. Im 1. Quartal des Fiskaljahres 2005/2006 wuchs das BIP um 8,1 % – dies war der höchste Wachstumswert seit fünf Quartalen –, im 2. Quartal um rd. 7,1 % und im 3. Quartal um 8 %. Für 2005/2006 erwartet die indische Regierung ein Wachstum von über 8 %. Premierminister Singh hält selbst Wachstumsraten von über 10 % in den nächsten Jahren für vorstellbar, wenn es gelingt, in absehbarer Zeit die Infrastruktur zu verbessern. Weitere Voraussetzungen für die Realisierung des höheren Wachstums seien die Zurückführung des

Haushaltsdefizits, die Bekämpfung der Armut im Land sowie die weiter gehende Öffnung für ausländische Investoren.

Ende August 2005 hat das indische Parlament ein Gesetz verabschiedet, wonach jedem Haushalt eine garantierte Beschäftigung für mindestens 100 Arbeitstage im Jahr zugesichert werden soll. Ziel sind die vielen Millionen insbesondere ländlichen Haushalte, die zu großen Teilen kaum über Einkommen aus Erwerbstätigkeit verfügen. Zwar gab es auch innerhalb der politischen Parteien Indiens Vorbehalte gegen dieses Gesetz und Experten warnten vor unkalkulierbaren Haushaltsrisiken, doch die Parteien scheuten davor zurück, dieses Gesetz abzulehnen, um die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung nicht zu verlieren – so wie es der Vorgängerregierung bei den letzten Parlamentswahlen ergangen war.

Unter dem politischen Druck der kommunistischen Koalitionspartner stellte die indische Regierung ihre Pläne zum Verkauf von Anteilen an Staatsunternehmen zurück. Diese Entscheidung gefährdet nach Einschätzung von Beobachtern wegen der darin zum Ausdruck kommenden gewachsenen Macht der Kommunisten innerhalb der Regierung nicht nur das bislang gute Investitionsklima im Lande, sondern trägt durch die ausbleibenden Einnahmen ebenfalls zu einer weiteren Belastung des Haushalts bei.

Indiens Regierung hat Anfang September die staatlich administrierten Kraftstoffpreise nach einer 7%igen Erhöhung im Juni abermals um 7 % erhöht, um das Auseinanderklaffen zwischen den hohen Weltmarktpreisen und den subventionierten Inlandspreisen abzuschwächen. Die hohen Ölpreise – Indien muss 70 % seines Ölbedarfs importieren – führten auch dazu, dass sich Indiens Handelsbilanz in den letzten Monaten deutlich verschlechtert hat. Für die Monate April bis September 2005 wird ein Handelsbilanzdefizit von 20,3 Mrd. US-Dollar (bei Exporten von 43,2 Mrd. US-Dollar und Importen von 63,5 Mrd. US-Dollar) ausgewiesen.

Auch die Subventionierung der Brennstoffpreise stellt eine Belastung für den Haushalt Indiens dar. Im letzten Haushaltsjahr hatte die Zentralregierung ihr Defizitziel von 4,5 % des BIP mit einem Ergebnis von 4,1 % sogar unterboten.

Unter Berücksichtigung der Haushaltsdefizite der Bundesstaaten wird für 2005/2006 ein Gesamtdefizit von über 9 % des BIP erwartet. Insgesamt scheint die Regierung von ihrem ursprünglichen Ziel der Haushaltskonsolidierung zumindest teilweise abgerückt zu sein. Die Staatsverschuldung liegt bei über 80 % des BIP.

Die Steuereinnahmen der indischen Regierung sind im 1. Halbjahr des Fiskaljahres 2005/2006 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 19 % auf ein Volumen von umgerechnet 32,4 Mrd. US-Dollar angestiegen. Damit befindet sich die Regierung nach eigener Einschätzung auf gutem Weg zur Erreichung ihres Jahresziels einer Steigerung der Steuereinnahmen um 21 %. Diese Einnahmensteigerung benötigt die Regierung dringend, um das 6 Mrd. US-Dollar teure Sozialprogramm finanzieren zu können, das auf Wunsch der kommunistischen Koalitionspartner initiiert wurde.

Wegen der in den letzten Monaten ölpreisbedingt gestiegenen Inflation, zuletzt 4,5 %, hat die Reserve Bank of India (Zentralbank) am 25. Oktober 2005 ihren Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 5,25 % angehoben. Bereits im Oktober 2004 und April 2005 hatte sie den Leitzins jeweils um 25 Basispunkte erhöht.

Indien verfügte Anfang Dezember 2005 über Devisenreserven von rd. 143,1 Mrd. US-Dollar. Insbesondere der Kapitalzufluss durch indische Arbeitskräfte im Ausland hat zu diesem Rekordstand bei den Devisenreserven geführt. Der Trend, dass die Währungsreserven die Auslandsverschuldung übersteigen – was erstmals 2004 der Fall war –, hält an. Im Juni lag die Auslandsverschuldung bei 122,1 Mrd. US-Dollar, die Devisenreserven beliefen sich auf 141 Mrd. US-Dollar.

4 Korea

Bedingt durch die anhaltende Erholung des privaten Konsums und die Nachfragebelebung auf den Exportmärkten Koreas, die sich vor allem durch die Lieferungen nach China, dem größten Handelspartner Koreas, und in andere Länder Asiens zeigt, gewann die wirtschaftliche Entwicklung im 2. Halbjahr 2005 zunehmend an Fahrt. Der private Konsum, der nach dem Platzen der Kreditblase bei den privaten Haushalten 2002 stark zurückgegangen war, scheint sich langsam zu normalisieren (Anstieg im 3. Quartal 2005 um 4 %). Im 3. Quartal konnte ein Wirtschaftswachstum von 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum erreicht werden. Die koreanische Regierung rechnet mit einem Wachstum des BIP von rd. 4 % für 2005. Die OECD hat ihre Wirtschaftsprognose für Südkorea für 2006 von 4,9 % auf 5,1 % angehoben. Es wird davon ausgegangen, dass unter anderem die Erholung beim Binnenkonsum und die anhaltende Exportwachstumsrate, die für dieses Jahr auf über 10 % prognostiziert wird, dazu beitragen.

Im Oktober 2005 konnte die niedrigste Preissteigerungsrate seit sechs Jahren erreicht werden (+ 2,5 % gegenüber dem Vorjahr). Im Vergleich zum Vormonat September lagen die Verbraucherpreise sogar um 0,2 % niedriger.

Die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors stagnierten allerdings trotz der günstigen Entwicklungen weiterhin, bedingt durch Arbeitsmarktprobleme (rigide Arbeitsmarktregelungen mit ihrem hohen Arbeitnehmerschutz) und übermäßige Regulierungen. Außerdem hat die Zentralbank trotz des Inflationsrückgangs den kurzfristigen Leitzins im Oktober 2005 und im Dezember 2005 um jeweils 25 Basispunkte auf insgesamt 3,75 % erhöht. Mit diesen Zinserhöhungen, den ersten innerhalb von drei Jahren, wird unter anderem eine Umlenkung der Kapitalflüsse vom Wohnungsimmobiliemarkt auf den Finanzmarkt angestrebt. Dieser Zinsanstieg könnte aber für einige Sektoren, z. B. die kleinen und mittleren Unternehmen, die sich in den letzten Jahren zunehmend verschuldet haben, sowie die privaten Haushalte mit Schuldenproblemen problematisch werden.

Die Exporte stiegen im November auf 26,07 Mrd. US-Dollar an. Die Importe erhöhten

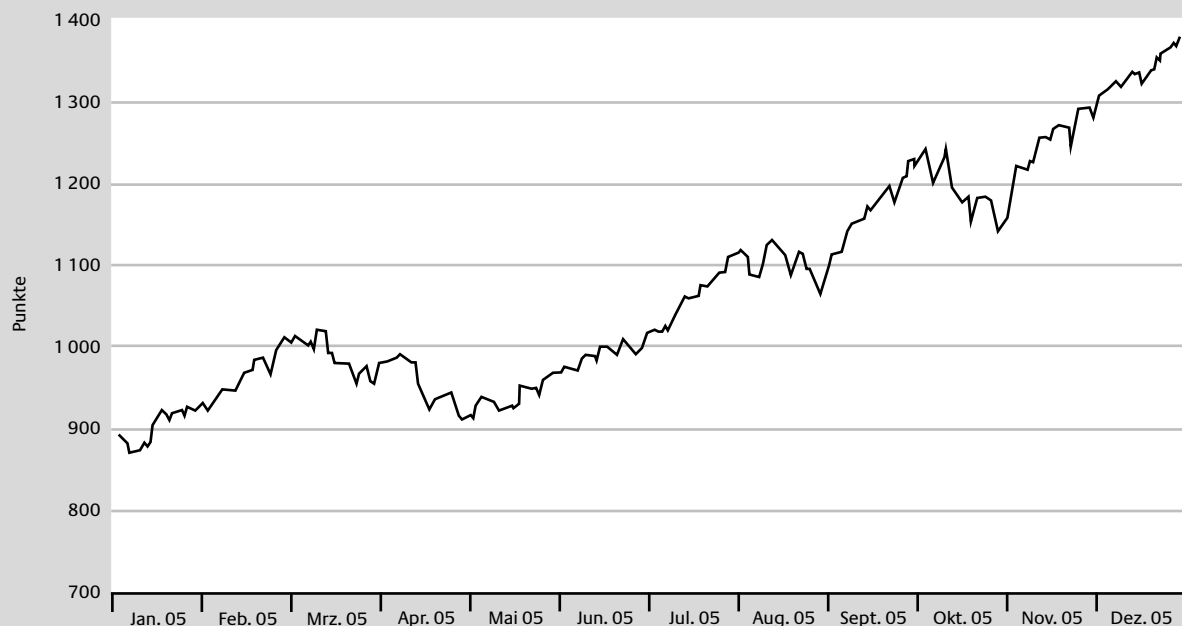
sich auf 23,94 Mrd. US-Dollar. Die Handelsbilanz schloss damit im November 2005 mit einem Überschuss von 2,13 Mrd. US-Dollar, wodurch sich der kumulierte Handelsbilanzüberschuss im Zeitraum Januar bis November 2005 auf rd. 22,4 Mrd. US-Dollar (Exporte 259,2 Mrd. US-Dollar und Importe 236,9 Mrd. US-Dollar) beläuft. Die koreanische Regierung schätzt den Anstieg des Handelsvolumens im vergangenen Jahr auf rd. 545 Mrd. US-Dollar. Dabei sollen die Exporte bei 285 Mrd. US-Dollar und die Importe bei 260 Mrd. US-Dollar gelegen haben. Bisher haben weltweit nur elf Länder ein Handelsvolumen von über 500 Mrd. US-Dollar erreicht, darunter die USA, Deutschland, Japan und China.

Die Leistungsbilanzentwicklung ist insgesamt tendenziell positiv. So konnte im Zeitraum von Januar bis Oktober 2005 ein Leistungsbilanzüberschuss von über 14 Mrd. US-Dollar erzielt werden. Allerdings wurde im April und August jeweils ein Leistungsbilanzdefizit von 0,98 Mrd. US-Dollar bzw. 0,4 Mrd. US-Dollar verbucht. Vor einem Jahr hatte Südkoreas Wirtschaft in den Vergleichsmonaten noch ein Plus in der Leistungsbilanz von jeweils über 1 Mrd. US-Dollar erwirtschaften können.

Der koreanische Aktienmarkt (Korea Composite Stock Price Index – KOSPI) hat im Laufe des vergangenen Jahres um weit über 50 % zugelegt und gehört damit zu den erfolgreichsten Märkten der Schwellenländer. Ende Dezember erreichte der KOSPI einen bis dahin neuen Höchststand mit 1379,37 Punkten. Positiv hat sich hier die Ankündigung der Regierung für einen Liberalisierungsplan im Finanzbereich ausgewirkt. Danach sollen die Restriktionen für ausländische Direktinvestitionen im Finanzsektor abgebaut werden.

Die koreanische Auslandsverschuldung stieg bis September 2005 auf 187,3 Mrd. US-Dollar an, wobei sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten auf 67,8 Mrd. US-Dollar beliefen und die langfristigen auf 119,5 Mrd. US-Dollar. Der Won ist seit dem Ende der starken Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Mai 2005 deutlichen Schwankungen unterworfen, die zu einer tendenziellen Schwächung führten. Die Schwächung des Won wurde von der Zentralbank mit fortgesetzten Dollarkäufen in großem Umfang über Monate

Abbildung 3: Entwicklung des südkoreanischen Aktienindex KOSPI seit Jahresbeginn 2005



hinweg angestrebt, um die durch die Stärke des Won verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit der koreanischen Exportindustrie wieder zu verbessern. Im Ergebnis dieser Politik sind die Devisenreserven des Landes auf über 210,4 Mrd. US-Dollar (Ende Dezember) angewachsen.

Bei Nachwahlen im Oktober 2005 hat die führende Oppositionspartei alle vier Mandate gewonnen. Die regierende Uri-Partei verfügt nunmehr über 144 der 299 Parlamentssitze – sie hat damit ihre absolute Mehrheit im Parlament verloren. Der Verlust der Mehrheit macht es für Präsident Roh schwieriger, seine politische und soziale Agenda während seiner verbleibenden zweieinhalbjährigen Amtszeit durchzusetzen.

5 Türkei

Die türkische Wirtschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Allerdings hat sich das Wachstumstempo verlangsamt. Der IWF geht in seinen neuesten Schätzungen für 2005 von einer Steigerung des realen Bruttosozialprodukts (BSP) von 5,0 % aus, nachdem es 2004 um 9,9 % auf über 300 Mrd. US-Dollar gestiegen war. Die IWF-Schätzung entspricht auch der Prognose der türkischen Regierung. Das Wirtschaftswachstum ist hauptsächlich auf eine Zunahme der Binnennachfrage und die starken Güter- und Dienstleistungsexporte zurückzuführen. Dank einer weiteren Stärkung des inländischen und internationalen Vertrauensklimas infolge der Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) rechnet die OECD für 2006 und 2007 mit einem weiterhin kräftigen BIP-Wachstum von rd. 6 %. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2004 bei 4172 US-Dollar – die Türkei hat damit ein Pro-Kopf-BIP von etwa 30 % des EU-25-Durchschnitts.

Die Handelsbilanzposition hat sich trotz der Wachstumsverlangsamung wegen der hohen Ölpreise und des damit über das Exportwachstum hinausgehenden kräftigen realen Importwachstums beträchtlich verschlechtert. Ende August erreichte das über zwölf Monate berechnete Handelsbilanzdefizit einen Rekordstand von 6,4 % des BIP.

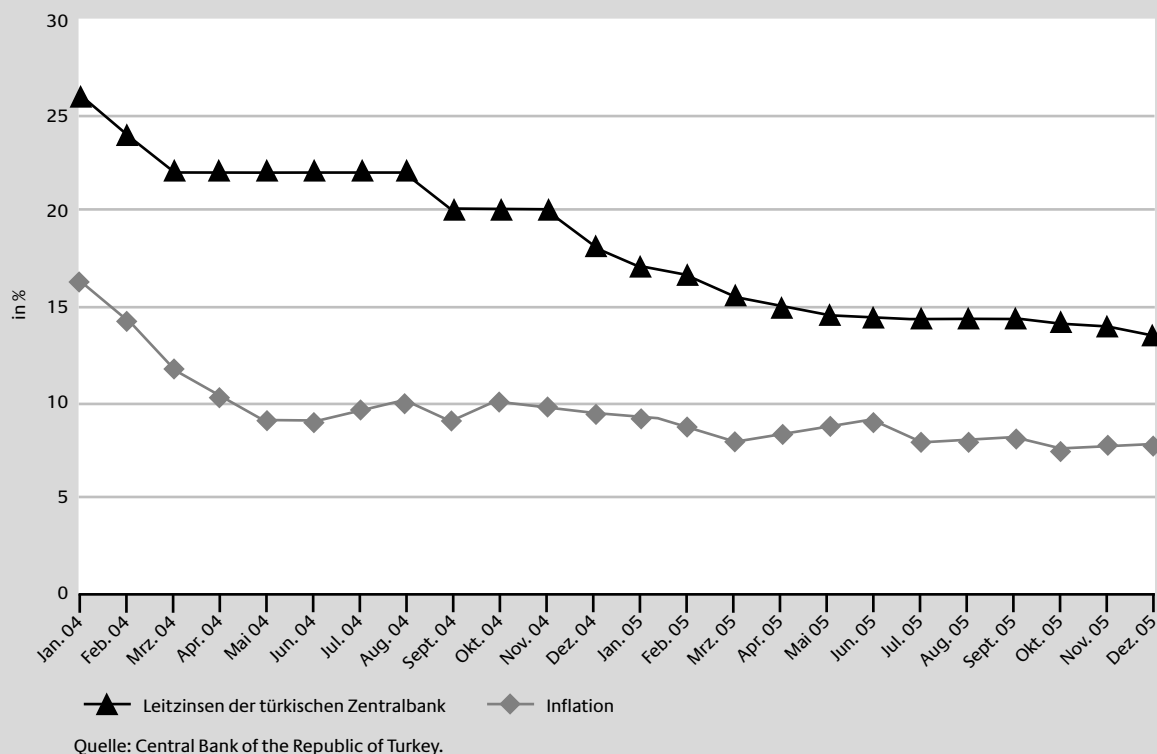
Die durchschnittliche Inflationsrate in der Türkei lag 2004 bei 10,7 %. Dies ist bemerkenswert, da die in den 90er Jahren durchschnittlich verzeichnete Inflation bei über 60 % lag. Für 2005 strebt die türkische Regierung eine Inflationsrate von 8 % an – dieses Ziel konnte sie am Jahresende mit einem Wert von 7,7 % erreichen (siehe Abbildung). Auch in den folgenden Jahren soll die Inflationsrate weiter verringert werden. Durch eine strikte Fiskalpolitik seit 2001 und die erfolgreiche Disinflation konnte das Zinsniveau ab 2002 nachhaltig gesenkt werden. Seit Januar 2004 hat die türkische Zentralbank die Zinsrate von 26 % auf 13,5 % (Dezember 2005) gesenkt.

Der IWF und die Türkei hatten sich im Mai 2005 auf ein neues Kreditprogramm verständigt. Der Bereitschaftskredit hat ein Volumen von 10 Mrd. US-Dollar bei einer Laufzeit von drei

Jahren (2005 bis 2007) und soll der Türkei den Schuldendienst für die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF erleichtern und das Reformprogramm außenwirtschaftlich absichern. Aufgrund der hohen Auslandsverschuldung und des erheblichen Leistungsbilanzdefizits sowie des labilen Banksektors ist die türkische Wirtschaft weiterhin verwundbar.

Das Ziel der türkischen Haushaltspolitik bleibt weiter die Erzielung hoher Primärüberschüsse durch die Einhaltung einer strikten Fiskaldisziplin. Auf diese Weise sollen Staatsverschuldung und Zinslast vermindert werden. Die Türkei dürfte gemäß IWF-Einschätzung in 2005 ein Defizit von 4,0 % des BSP und eine Staatsverschuldung von 57,7 % des BSP erreicht haben, nachdem die Staatsverschuldung in 2004 noch 63,5 % des BSP betragen hat. Ein Großteil der Schuldenaufnahme erfolgte in Fremdwährung. Die Rückführung des Schuldenstandes auf ein dauerhaft tragfähiges Niveau ist eines der Hauptziele des neuen IWF-Programms. Die Devisenreserven der Türkei beliefen sich Ende 2004 auf rd. 37,6 Mrd. US-Dollar und lagen im November 2005 bei gut 49,72 Mrd. US-Dollar (einschließlich Gold).

Abbildung 4: Inflations- und Leitzinsentwicklung in der Türkei seit Januar 2004



6 Russland

Das Wirtschaftswachstum Russlands hat sich 2005 gegenüber dem Vorjahr (7,1 %) etwas abgeschwächt und dürfte einen Wert von ca. 6 % erreicht haben. Hauptursache für diesen Trend ist der Rückgang des Wachstums bei der Industrieproduktion (einschl. Ölförderung) von 7,3 % auf ca. 4 %. Das Verarbeitende Gewerbe verliert aufgrund der kräftigen realen Rubelaufwertung zunehmend seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die in der Regel qualitativ hochwertigeren ausländischen Erzeugnisse werden dadurch immer stärker bevorzugt. Der Rückgang des Wachstums der Erdölförderung von 8,9 % auf unter 3 % ist hauptsächlich steuerlich bedingt. Neben dem hohen Grenzsteuersatz von rd. 90 % auf Öl-Exporte wirken die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Erschließung neuer Ölfelder investitionshemmend (die Aufwendungen für Fehlbohrungen werden z.B. nicht als Betriebsausgaben anerkannt). Hauptwachstumsträger bleibt – neben den Öl- und Gasexporten – die stark expandierende Binnennachfrage. So dürfte der Einzelhandel 2005 (bei um 9,4 % real gestiegenen verfügbaren Einkommen) um ca. 11,7 % zugelegt haben.

Die russische Zahlungsbilanz hat 2005 mit einem neuen Rekord-Überschuss abgeschlossen. Am Ende des 3. Quartals belief er sich bereits auf 69,1 Mrd. US-Dollar (Vorjahr insgesamt: 58,2 Mrd. US-Dollar). Der positive Außenhandelsbilanzsaldo betrug dabei 92,8 Mrd. US-Dollar bei Exporten in Höhe von 178,4 Mrd. US-Dollar und Importen von 85,6 Mrd. US-Dollar. Dazu trugen die Öl- und Gasexporte den überwiegenden Anteil bei, nämlich 107,8 Mrd. US-Dollar.

Das Defizit bei der Kapitalbilanz erhöhte sich im selben Zeitraum auf 17,7 Mrd. US-Dollar (2004: – 5,4 Mrd. US-Dollar), maßgeblich beeinflusst von der vorzeitigen Rückzahlung russischer Staatsschulden in Höhe von 18,6 Mrd. US-Dollar. Der private Netto-Kapitalabfluss betrug in den ersten neun Monaten 2005 dagegen nur noch 2,7 Mrd. US-Dollar (Vorjahr insgesamt: 9,3 Mrd. US-Dollar) – ein Indiz dafür, dass von politisch motivierter „Kapitalflucht“ generell nicht mehr die Rede sein kann. Um das in früheren Jahren in großem Umfang ins Ausland exportierte Kapital rus-

sischer Privatpersonen wieder ins Land zu holen, hat die Regierung einen Gesetzesentwurf für eine Steueramnestie ausgearbeitet. Der Entwurf sieht vor, dass Russen ab dem 1. Juli 2006 sechs Monate Gelegenheit gegeben werden soll, ihr Geld ohne Nennung der Einnahmequelle zu repatriieren und es unkompliziert mit der Zahlung des normalen Einkommensteuersatzes (13 %) zu legalisieren.

Der hohe Zahlungsbilanz-Überschuss wird jedoch von Symptomen der „Dutch Disease“ begleitet: Die hohen Petrodollar-Zuflüsse erhöhen die Inflation (ca. 11 % in 2005) und schwächen über die reale Aufwertung des Rubels (ca. 10 % bis 12 % in 2005) die Wettbewerbsfähigkeit russischer Unternehmen, was die dringend erforderliche Diversifikation der inländischen Wirtschaft erschwert. Die russische Regierung bekämpft den inflationären Druck durch Abschöpfung der Petrodollar (Umleitung in den Stabilisierungsfonds) und durch vorzeitige Schuldentrückzahlung. Allerdings kann sie dem öffentlichen Druck zu erhöhten Ausgaben im Sozialbereich nur teilweise widerstehen und trägt so nicht unmaßgeblich selbst zur Inflation bei.

Die russische Zentralbank wird sich – wie vom IWF empfohlen – künftig auf die Inflationsbekämpfung konzentrieren und sich schrittweise von der Politik der Eindämmung der Rubelaufwertung verabschieden.

Der russische Aktienmarkt war 2005 mit einem Jahresgewinn von über 90 % unter den Schwellenländern der erfolgreichste Markt des Jahres. Die russische Regierung bemüht sich derzeit darum, den heimischen Börsenplatz noch attraktiver zu machen. Handlungsbedarf gibt es dafür insbesondere noch in den Bereichen Vereinheitlichung der Börsenaufsicht, Stärkung der Rechte der Minderheitsaktionäre durch verbesserte Corporate Governance und Bekämpfung von Insider-Geschäften, klarere gesetzliche Regelung des Eigentumsschutzes sowie Einführung derivativer Finanzinstrumente.

Die Situation der Staatsfinanzen Russlands ist sehr komfortabel. Der Haushaltsüberschuss betrug Anfang Dezember – hauptsächlich aufgrund der hohen Fiskaleinnahmen aus Öl- und Gasexporten – bereits 56,4 Mrd. US-Dollar (ca. 7 % des BIP). Zusätzlich belief sich der Stabilisierungsfonds zum Jahresende auf ca. 47 Mrd. US-Dollar. Die Devisenreserven haben sich mittlerweile auf

182 Mrd. US-Dollar erhöht, während sich die staatlichen Auslandsschulden 2005 von 114,1 Mrd. US-Dollar auf 82 Mrd. US-Dollar verringerten.

Die Haushaltsrechnung für das Jahr 2006 sieht kräftige reale Ausgabensteigerungen von 14,7 % bei einer Wachstumserwartung von 5,8 % vor. Dennoch wird 2006 ein Haushaltsüberschuss von mindestens 3,2 % des BIP erwartet. Die haushaltspolitischen Ziele sind die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung, Modernisierung der Gesellschaft und Unterstützung des Wirtschaftswachstums. Für die Verbesserung der Lebensqualität sollen Haushaltsmittel in Höhe von rd. 13 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung national vorrangiger Projekte in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Infrastruktur, kommunaler Wohnungsbau und Landwirtschaft eingesetzt werden. Investitionen in die heimische Industrie sollen gefördert werden. Zu diesem Zweck wird u. a. ein „Investitionsfonds“ gebildet (rd. 2,5 Mrd. US-Dollar aus dem Stabilisierungsfonds), der für Public-Private-Partnership-Projekte eingesetzt werden soll. Ein weiteres Novum des Haushalts 2006 ist ein spezieller Fonds zur Absicherung der Renten. Er soll über einen längeren Zeitraum angespart werden, um die ab dem Jahr 2012 prognostizierten Altersprobleme abzufedern. Auch diese Mittel sollen dem Stabilisierungsfonds entnommen werden.

Als Anreiz für Investoren aus dem In- und Ausland wurde am 22. Juli 2005 das Rahmengesetz über Sonderwirtschaftszonen (SWZ) erlassen. Das Gesetz sieht Steuer- und Zollerleichterungen sowie vereinfachten Grunderwerb in diesen „Inseln der Entbürokratisierung“ vor. Bisher ist die Anzahl der SWZ auf zunächst sechs begrenzt. Weitere SWZ sollen im Jahr 2006 ausgeschrieben werden.

7 Ukraine

Nach der im September erfolgten Entlassung der Ministerpräsidentin Timoschenko durch den Präsidenten Juschtschenko hat die neu gebildete Regierung Jechanurow die politische und wirtschaftliche Stabilität im Lande zunächst erhalten und erste Erfolge für ihre westlich orientierte Reformpolitik erzielen können. Dazu zählen insbesondere die Anerkennung der Ukraine als Marktwirtschaft durch die EU am 1. Dezember 2005 sowie die transparente Privatisierung des größten inländischen Stahlproduzenten Kriworisch-Stal. Die bis zu den Parlamentswahlen im März 2006 zu bewältigende Hauptaufgabe ist neben der Eindämmung der hohen Inflation die Überwindung der diesjährigen Wirtschaftswachstumsflaute durch Verbesserung des Investitionsklimas. Dazu gehören insbesondere eine transparente und verlässliche Privatisierungspolitik sowie die Fortsetzung der Modernisierung der öffentlichen Institutionen.

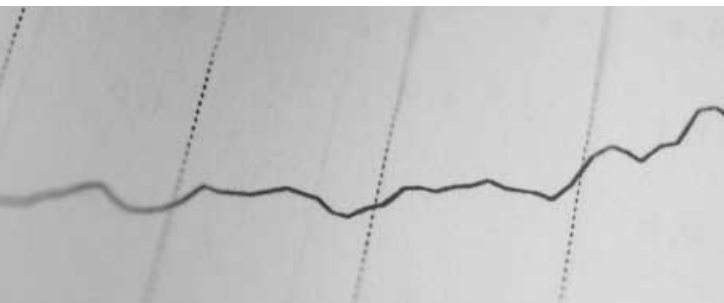
Das Wirtschaftswachstum dürfte 2005 vom Rekordwert des Vorjahres (12,1%) auf voraussichtlich nur noch 4 % zurückgegangen sein. Die Industrieproduktion verzeichnete dabei eine rückläufige Wachstumsrate von 12,5% auf ca. 3%. Zudem hat die überambitionierte Reprivatisierungspolitik unter der Regierung Timoschenko mögliche Investoren verunsichert und maßgeblich dazu geführt, dass das Wachstum der Anlageinvestitionen sich von 2,1 % im Jahr 2004 auf ca. – 0,4 % in 2005 verringert haben dürfte. Das Exportwachstum dürfte 2005 als Folge der schwächeren internationalen Metallkonjunktur nominal von 40,8 % im Vorjahr auf ca. 13,5 % drastisch zurückgegangen sein. Ein weiteres Risiko für die ukrainische Leistungsbilanz sind Erhöhungen der Öl- und Gaspreise. Ab 2006 muss die Ukraine dem russischen Gaslieferanten Gasprom in den nächsten fünf Jahren 95 US-Dollar statt bisher 50 US-Dollar pro 1000 m³ Gas zahlen.

Die makroökonomische Hauptherausforderung für die Ukraine stellt die hohe Inflation dar. Sie ging auf die 14-Prozent-Marke zu, so dass der Regierungszielwert von 9,8 % in 2005 weit verfehlt wurde. Gespeist wurde die Geldentwertung hauptsächlich durch Lohn- und Rentenerhöhungen von bis zu 50 %, die Preissteigerungen bei Konsumgütern und Mieten nach

sich zogen. Der IWF empfiehlt daher eine weitere Straffung der Fiskalpolitik im nächsten Jahr, um den Abbau der hohen Inflation zu unterstützen. Für regelmäßige Ausgaben (bspw. Sozialausgaben und Löhne im öffentlichen Sektor) sollte das reale Niveau eingefroren werden, um die Erhöhungen von Sozialausgaben und öffentlichen Löhnen zu begrenzen.

Als weitere Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung empfiehlt der IWF ein flexibleres Wechselkurssystem, das weniger inflationstreibende Interventionen der Zentralbank am Devisenmarkt erfordert, sowie eine Straffung des geldpolitischen Rahmens über eine gezielte Geldmengensteuerung.

Zur Sicherung der Stabilität des Finanzsektors besteht nach wie vor erheblicher Reformbedarf. Das unterkapitalisierte Bankensystem ist hohen Kreditrisiken ausgesetzt. Sorge bereitet insbesondere das hohe Engagement der Banken bei Bau- und Hypothekendarlehen in Verbindung mit einem möglichen Kollaps der in den letzten Jahren rasant gestiegenen Grundstückspreise.



8 Brasilien

Die insgesamt positive Wirtschaftsentwicklung Brasiliens hat sich im Jahresverlauf 2005 fortgesetzt. Die Prognose des IWF beläuft sich für den gesamten Zeitraum 2005 auf 3,3 % (2006: 3,5 %). Damit hätte Brasilien – gemessen am BIP von geschätzt rd. 748 Mrd. US-Dollar in 2005 – erstmals Mexiko als größte Volkswirtschaft Lateinamerikas abgelöst (729 Mrd. US-Dollar).

Wesentlicher Wachstumsfaktor bleibt der Export, der in 2005 den Schätzungen zufolge um 10 % zugenommen haben dürfte und damit weiterhin eine Konjunkturstütze bleibt. Im Gesamtjahr 2005 dürfte der Handelsbilanzüberschuss einen neuen Rekordwert von knapp unter 40 Mrd. US-Dollar erreicht haben. Nach den Prognosen dürfte der Leistungsbilanzsaldo im Jahr 2005 insgesamt + 1,6 % des BIP betragen haben (2004: + 1,8 %).

Die Zwölfmonats-Inflationsrate ist im Juli 2005 mit 6,6 % erstmals wieder unter die obere Grenze des Zielkorridors der brasilianischen Zentralbank von 2,0 % bis 7,0 % gesunken. Den Schätzungen zufolge dürfte die Preissteigerungsrate Ende 2005 bei 5,6 % gelegen haben, nach 7,6 % in 2004. Die günstige Inflationsentwicklung hat die Notenbank dazu veranlasst, die Geldpolitik erstmals nach längerer Zeit wieder zu lockern und den Leitzins seit September 2005 in mehreren Schritten von 19,75 % auf aktuell 18,0 % zu senken.

Die positive makroökonomische Entwicklung Brasiliens spiegelt sich auch in den guten Fiskaldaten wider. Der Primärüberschuss dürfte gemäß IWF-Schätzung mit 4,7 % des BIP sogar noch die von der Regierung für das Gesamtjahr 2005 angestrebte Marke von 4,25 % übertroffen haben. Bis Ende 2005 dürfte die öffentliche Verschuldung gegenüber Ende des Jahres 2004 um zwei Prozentpunkte auf rd. 52 % des BIP gesunken sein. Angesichts der positiven Wirtschaftsentwicklung hatte die brasilianische Regierung am 29. März 2005 bekannt gegeben, dass sie auf eine Verlängerung des Kreditabkommens mit dem IWF (Laufzeit 31. März 2005) verzichtet. Die Entscheidung der brasilianischen Regierung wurde sowohl im politischen Raum Brasiliens als auch von der brasilianischen Wirtschaft fast durchweg positiv bewertet. Am

13. Dezember 2005 verkündete die brasilianische Regierung, den gesamten ausstehenden IWF-Kredit in Höhe von 15,5 Mrd. US-Dollar vorzeitig zurückzuzahlen.

Die seit Frühjahr 2005 andauernden politischen Schwierigkeiten in Brasilien – Korruptionsvorwürfe gegen die amtierende Regierung unter Führung des Präsidenten Lula da Silva, Schwierigkeiten bei der Besetzung von Schlüsselpositionen in der Regierung sowie eine bröckelnde Koalition der Regierungsparteien – haben zu keinen wesentlichen Beeinträchtigungen der Realwirtschaft geführt. Allerdings ist davon auszugehen, dass die brasilianische Regierung vor der Präsidentschaftswahl im Dezember 2006 keine größeren Reformprojekte mehr in Angriff nehmen wird. Zwar dürften damit wegen der verschlechterten Stimmung im Land und des Ausbleibens weiterer struktureller Reformen Wachstumschancen ungenutzt bleiben, unter der Voraussetzung eines weiterhin positiven internationalen Umfelds schätzen Beobachter die konjunkturellen Perspektiven Brasiliens jedoch auch im Jahr 2006 als günstig ein. Dabei hängt auch viel davon ab, ob das Vertrauen in die Finanz- und Geldpolitik erhalten bleibt.

9 Argentinien

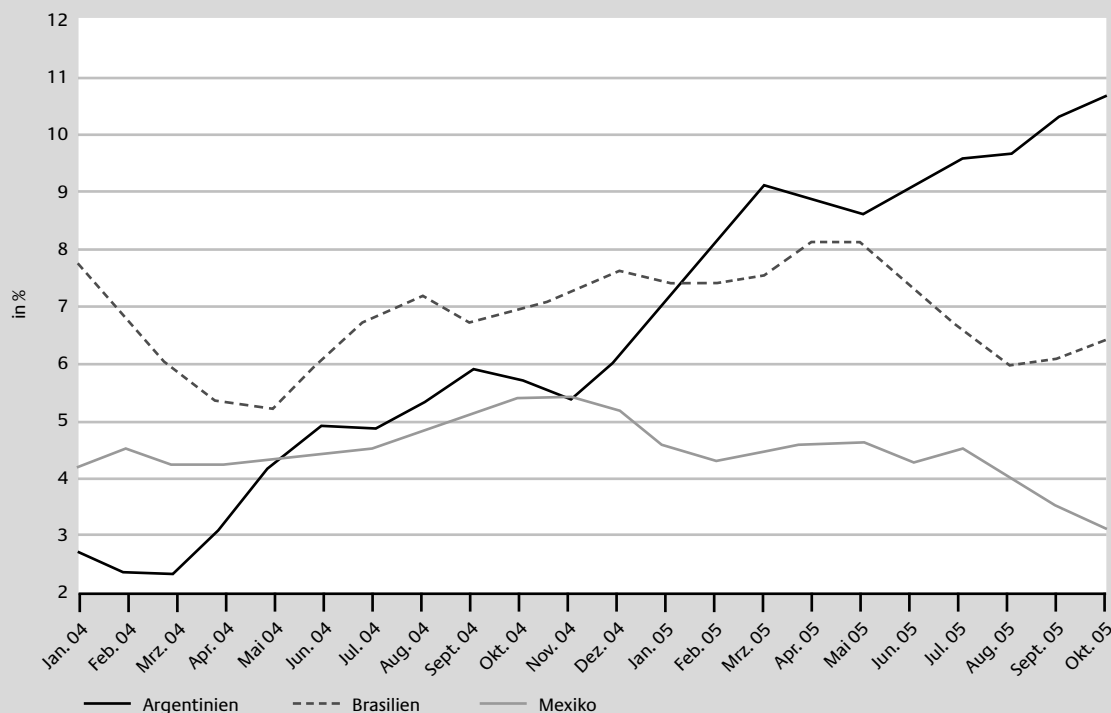
In Argentinien ist die Wirtschaft auch im Jahr 2005 stark gewachsen. Den Schätzungen des IWF zufolge dürfte das argentinische BIP im Jahr 2005 um rd. 7 ½ % zugenommen haben. Marktprognosen gehen von bis zu 9 % Wirtschaftswachstum in 2005 aus (2004: + 9,0 %; 2006: + 5,7 %). Der Wirtschaftsaufschwung wirkte sich positiv auf den argentinischen Staatshaushalt aus. Der Primärüberschuss (Budgetsaldo vor Zinszahlungen) dürfte angesichts hoher Steuereinnahmen trotz der stark gestiegenen Staatsausgaben im Jahr 2005 bei rd. 4 ½ % des argentinischen BIP gelegen haben.

Die expansive Fiskalpolitik führt in Verbindung mit den zunehmenden Kapazitätsengpässen sowie Lohnsteigerungen zu einem deutlichen Anstieg des Preisniveaus. Beobachter sehen den Anstieg der Verbraucherpreise am Jahresende 2005 bei über 12 %. Am Jahresende 2004 betrug die Inflationsrate noch 6,1 %. Zusätzlicher Inflationsdruck resultiert aus der Wechselkurspflege der argentinischen Zentralbank, die mit US-Dollar-Käufen der Aufwertungstendenz des argentinischen Peso entgegenzuwirken versucht und dadurch die inländische Geldmenge ausweitet. Mittlerweile gibt es wachsende Befürchtungen über eine in Gang kommende Lohn-Preis-Spirale.

Argentinien hat am 2. Juni 2005 rd. 76 % der ausstehenden Anleihen privater Schuldner umgetauscht. Anleihegläubiger, die 24 % des Umschuldungsvolumens repräsentieren, hatten das Tauschangebot abgelehnt (sog. Holdouts). Damit werden Anleihen im Nennwert von rd. 20 Mrd. US-Dollar (inklusive Zinsrückstände rd. 25 Mrd. US-Dollar) nicht bedient.

Der IWF drängt zu strukturellen Reformen in Argentinien, vor allem in Bezug auf die Finanzbeziehungen zwischen der argentinischen Zentralregierung und den Provinzen, in den Bereichen des Steuersystems (Steuern auf Exporte und Finanztransaktionen) und des Bankensektors. Auch müsse die argentinische Regierung eine Strategie entwickeln, wie das Land zu einer Lösung mit den Holdouts kommen kann. Der IWF und Argentinien hatten im Juni 2004 das laufende Kreditprogramm ausgesetzt, da es vor allem bei den vereinbarten Strukturrefor-

Abbildung 5: Inflationsentwicklung in Argentinien, Brasilien und Mexiko seit Januar 2004



men kaum Fortschritte gab und die argentinische Regierung zunächst die Umschuldung mit den privaten Gläubigern erfolgreich abschließen wollte. Am 15. Dezember 2005 verkündete der argentinische Staatspräsident Kirchner, dass Argentinien bis Jahresende alle Verbindlichkeiten beim IWF in Höhe von 9,9 Mrd. US-Dollar begleichen wolle. Im Gegensatz zu Brasilien zeigten die ersten Marktreaktionen eine deutlich weniger positive Einschätzung der argentinischen Rückzahlungsankündigung. Der Risikoaufschlag auf argentinische Staatsanleihen erhöhte sich, die Aktienkurse sanken. Die langfristige Behebung der wirtschaftlichen Probleme Argentiniens dürfte ohne die vom IWF geforderten grundlegenden Strukturreformen und ohne abschließende Lösung der Schuldenrestrukturierung unter Einbeziehung der Holdouts schwierig werden.

Der argentinische Präsident Néstor Kirchner konnte bei den am 23. Oktober 2005 durchgeführten argentinischen Parlamentswahlen seine Machtbasis ausbauen. Im Rahmen einer Kabinettsumbildung ist am 28. November 2005 der

argentinische Wirtschafts- und Produktionsministers Lavagna zurückgetreten. Nachfolgerin ist die bisherige Präsidentin der staatlichen Nationalbank, Felisa Miceli. Gleichzeitig wurden die Ministerien für Äußeres, Verteidigung und Sozialentwicklung neu besetzt. Die Auswirkungen dieser Kabinettsumbildung auf den bei notwendigen Strukturreformen verfolgten Kurs sind derzeit noch nicht abzuschätzen.

10 Mexiko

Das Wachstum der mexikanischen Wirtschaft schwächte sich im Laufe des Jahres 2005 ab. Der IWF geht für das Jahr 2005 von einem realen Wachstum von 3 % nach 4,2 % im Vorjahr aus. Das Leistungsbilanzdefizit dürfte 2005 wie bereits im Vorjahr bei 1,1 % des BIP gelegen haben. Das Jahr 2005 war außerdem durch eine rückläufige Zuwachsrates des Verbraucherpreisindex gekennzeichnet. Während im Januar 2005 die mexikanische Inflationsrate (gegenüber dem Vorjahr) noch 4,6 % betragen hatte, fiel sie im September mit 3,4 % erstmals wieder in das von der Bank von Mexiko vorgegebene Zielband von 2 % bis 4 % zurück. Im Jahresdurchschnitt 2005 erwartet der IWF einen Verbraucherpreisanstieg von 3,9 % (2004: 5,2 %).

Der rückläufige Inflationstrend führte in Verbindung mit dem nachlassenden Wirtschaftswachstum zu einem Kurswechsel der mexikanischen Notenbank. Sie hat zwischen Anfang 2004 und März 2005 die Geldpolitik kontinuierlich gestrafft und damit einen Anstieg des Tagesgeld-Zinssatzes von 5 % auf knapp unter 10 % bewirkt. Ab August 2005 hat die Bank von Mexiko dann eine Lockerung der Geldpolitik eingeleitet. Sie ist dabei von der Politik der vorrangigen Liquiditätssteuerung über die Mindestreservepflicht der Banken („corto“) abgerückt und zu einer Steuerung über „Zinssignale“ des Tagesgeld-Zinssatzes übergegangen. Die mexikanische Notenbank hat seitdem bei unverändertem „corto“ den Tagesgeld-Zinssatz zweimal um 25 Basispunkte auf 9,25 % gesenkt.

Der mexikanische Staatshaushalt ist aktuell wegen der steigenden Einnahmen aus der Erdölförderung, der insgesamt konservativen Haushaltspolitik und der positiven Wirtschaftsentwicklung in einer guten Verfassung. Das erweiterte Budgetdefizit des öffentlichen Sektors dürfte sich gemäß Schätzung des IWF im Jahr 2005 auf 2,3 % des BIP belaufen haben (2004: 2,0 %; Prognose 2006: 1,4 %). Die öffentliche Verschuldung dürfte von 46,5 % des BIP in 2004 auf 45,3 % im Jahr 2005 zurückgegangen sein (Prognose 2006: 43,4 %). Die günstige fiskalische Situation könnte jedoch bei einer Verschlechterung der zurzeit vorteilhaften Rahmenbedingungen gefährdet sein. Dies zeigt sich insbe-

sondere darin, dass das Budgetdefizit unter Herausrechnung der Öleinnahmen für das Jahr 2005 auf 9,8 % des BIP geschätzt wird.

Beobachter messen den Präsidentschaftswahlen im Juli 2006 große Bedeutung bei. Da die Amtszeit des derzeitigen Präsidenten Vincente Fox auf sechs Jahre begrenzt ist, kann dieser nicht erneut kandidieren. Die seit Dezember 2000 von ihm geführte Minderheitsregierung konnte die erforderlichen Strukturreformen nicht oder nur unzureichend im von der Opposition dominierten Kongress durchsetzen. Deshalb sind wichtige Reformen wie die Deregulierung des Energiesektors, des Arbeitsmarkts, die Verbesserung des Bildungssystems und ein grundlegender Umbau des Steuersystems bislang nicht zustande gekommen. Auch sind Reformimpulse zur Neuordnung des föderalen Finanzsystems nicht weiterverfolgt worden. Diese Maßnahmen sind jedoch erforderlich, um das Produktionspotenzial Mexikos zu steigern und die einseitige Abhängigkeit von den Ölexporten sowie der Wirtschaftsentwicklung in den USA zu verringern. Mexiko ist nach Kanada und dicht gefolgt von China der zweitwichtigste Handelspartner der USA.

11 Südafrika

Südafrika hat in den ersten zehn Jahren seit Ende der Apartheid den Wandel hin zu einer offenen, freien und sozial geprägten Marktwirtschaftsordnung vollzogen. Der wirtschaftliche Transformations- und Konsolidierungsprozess dauert aber an. Die Regierungsagenda wird von strukturellen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Halbierung der hohen Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsintegration ehemals benachteiligter Bevölkerungsgruppen und Eindämmung von HIV/Aids bestimmt.

Die konjunkturelle Entwicklung verläuft nach wie vor positiv. 2004 wuchs die südafrikanische Wirtschaft auf Jahresbasis um 3,7 %. Für 2005 und die kommenden Jahre wird ein reales Wachstum von 3,5 % bis 4 % erwartet, was aufgrund der Wachstumsraten von 3,5 % im 1. und 4,8 % im 2. Quartal 2005 eher konservativ erscheint.

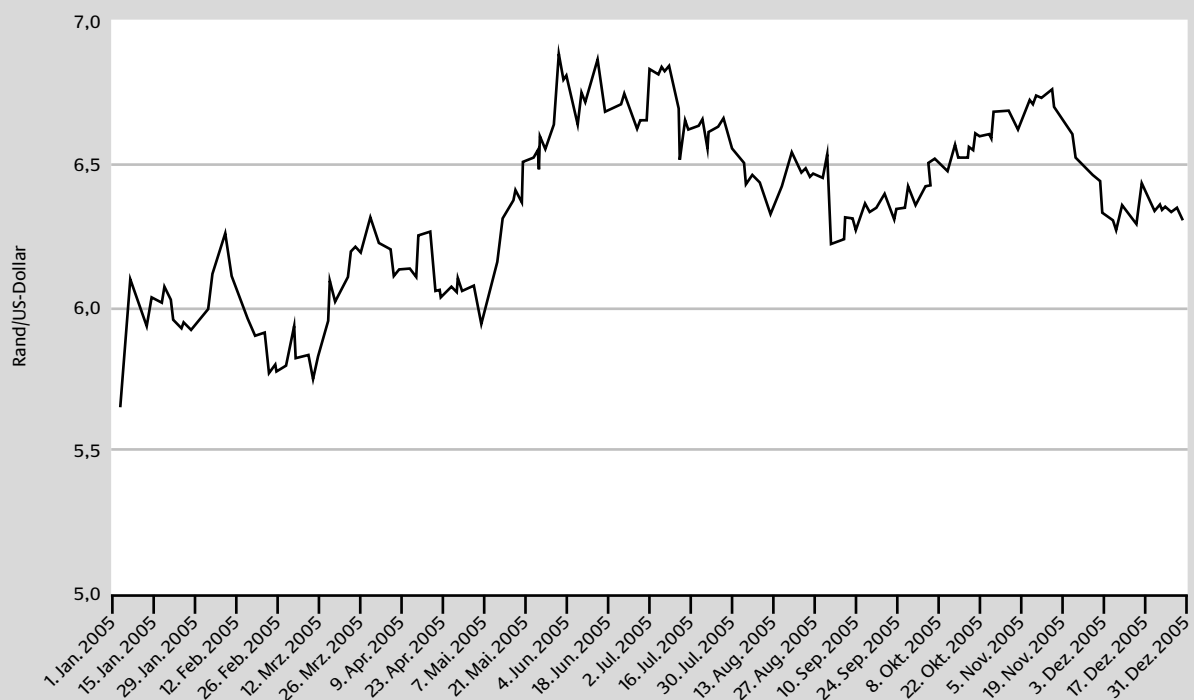
Das vergleichsweise kräftige Wirtschaftswachstum ist vor allem auf die starke inländische Nachfrage, die durch ein gesunkenes Zinsniveau

begünstigt wurde, zurückzuführen. Dagegen schrumpfte der südafrikanische Exportsektor (u. a. Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte) – ausgelöst durch den starken Anstieg des Rand-Wechselkurses 2002 bis einschließlich 2004. 2005 hat der Rand-Kurs bis Ende Dezember um rd. 11 % abgewertet – blieb jedoch auf vergleichsweise hohem Niveau.

Nach 6,8 % Inflation im Jahr 2003 scheint die Zentralbank nun die anvisierte Bandbreite von 3 % bis 6 % einhalten zu können. 2004 lag die Inflationsrate mit 4,3 % bereits im Zielband. Im Oktober 2005 betrug die Inflationsrate 4,4 %.

Südafrika hat seit Ende der Apartheid durch seine maßvolle Geld- und Fiskalpolitik das Vertrauen der Investoren zurückgewonnen. Die Haushaltslage Südafrikas ist relativ stabil. Die Staatsverschuldung verringerte sich in den letzten zehn Jahren kontinuierlich von 50 % auf 35,5 % des BIP in 2004. Das Budgetdefizit, das 1993 bei 10 % und 1994 noch bei rd. 5 % lag, konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt werden. Das für das Fiskaljahr 2004/2005 (vom 1. April bis 31. März des Folgejahres) erwartete

Abbildung 6: Entwicklung des Wechselkurses des südafrikanischen Rand ggü. dem US-Dollar seit Jahresbeginn 2005



Haushaltsdefizit von 3,1 % (41,9 Mrd. Rand) konnte noch unterschritten werden und lag bei 1,7 %. Die Regierung hat ihre bisher strikte Haushaltspolitik allerdings in 2005 gelockert, um das Wachstum zu erhöhen. Mit neuen Programmen und Infrastrukturmaßnahmen – auch im Hinblick auf die Fußballweltmeisterschaft 2010 – sollen z.B. 1 Mio. neue Jobs geschaffen werden. In 2005 war auch ein Anstieg des Defizits zu verzeichnen, so dass der IWF Südafrika kürzlich aufforderte, die Haushaltsdisziplin wieder zu verstärken und die 3-Prozent-Marke nicht zu überschreiten. Im Zuge der im Fiskaljahr 2004/2005 um 16 % gestiegenen Steuereinnahmen erhöhte die Regierung die Sozialtransferzahlungen. Während letztere in den Jahren 1999 bis 2002 noch weniger als 7 % des BIP betrugen, liegen sie gegenwärtig bei 10 %.

Seit 2003 ist der südafrikanische Leistungsbilanzsaldo negativ. 2004 erreichte das Defizit 3,3 % des BIP. Ausschlaggebend dafür war die ungünstige Entwicklung im Warenhandel. Der deutliche Importüberschuss im 1. Quartal 2005 deutet darauf hin, dass das Leistungsbilanzdefizit noch gestiegen ist. Eine Trendumkehr ist vorerst nicht zu erwarten, da auch die Dienstleistungsbilanz ein jährliches Defizit von etwa 1 Mrd. US-Dollar verzeichnet. Bei den Ausfuhren dominieren Edelmetalle, Erze und Mineralien noch immer mit 60 % die Exporterlöse, wobei dieser Anteil zugunsten verarbeiteter Rohstoffe und industrieller Fertigwaren stetig zurückgeht. Die wichtigsten Handelspartner Südafrikas sind Deutschland, die USA, Großbritannien, Japan und Italien. Das Handelsvolumen mit der EU belief sich 2003 auf 14,8 Mrd. €, womit Südafrika auf Platz 15 der wichtigsten EU-Handelspartner steht und die EU auf dem ersten Platz für Südafrika. Deutschland war 2004 (mit ca. 350 Mio. €) drittgrößter Investor nach Großbritannien und den USA. Seit dem Ende der Apartheid steigen die Auslandsdirektinvestitionen in Südafrika stetig an. 2004 wurden insgesamt 5,8 Mrd. US-Dollar aus dem Ausland investiert.

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren existieren in Südafrika eine Vielzahl von Problemen, wie hohe Arbeitslosigkeit (offizielle Arbeitslosenquote 2004: 26,2 %; inoffiziell: ca. 40 %), extrem unglei-

che Einkommensverteilung und Armut – etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt nach wie vor unterhalb der Armutsgrenze. Nach Schätzungen der Weltbank leben 13 % der Bevölkerung unter Umständen, wie sie typisch für die Erste Welt sind, hingegen aber 22 % unter Drittweltbedingungen. Das jährliche BIP pro Kopf der Weißen liegt mit ca. 26 000 US-Dollar nahe am OECD-Durchschnitt, das der Schwarzen hingegen bei lediglich 825 US-Dollar. Außerdem stellt HIV/Aids auch unter wirtschaftlichen Aspekten ein großes Problem dar.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	108
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	112

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	88
2 Gewährleistungen	89
3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005	89
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	90
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005	92
6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	96
7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	98
8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	100
9 Entwicklung der öffentlichen Schulden	101
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen	102
11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	103
12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	104
13 Steuerquoten im internationalen Vergleich	105
14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	106
15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	107
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	108
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	108
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2005	108
3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2005	109
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2005	110
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	112
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	112
2 Preisentwicklung	112
3 Außenwirtschaft	113
4 Einkommensverteilung	113
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	114
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	115
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	116
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	117
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	118
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	119

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 30. November 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Dezember 2005 ² Mio. €
Anleihen	531 050	0	0	531 050
Bundesobligationen	173 449	5 000	0	178 449
Bundesschatzbriefe	10 980	106	32	11 054
Bundesschatzanweisungen	116 000	7 000	12 000	111 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 835	5 924	5 942	35 817
Finanzierungsschätze	1 117	133	96	1 154
Schuldscheindarlehen	27 160	233	598	26 795
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
Gesamte umlaufende Schuld	895 858			895 585

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. November 2005 Mio. €	Stand: 31. Dezember 2005 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	155 988	157 955
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	305 024	297 532
langfristig (mehr als 4 Jahre)	434 846	440 098
Gesamte umlaufende Schuld	895 858	895 585

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2005 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	106,5	104,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	30,2	29,8
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	60,6	62,7

3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist Mrd. €	2001 Ist Mrd. €	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist Mrd. €	2004 Ist Mrd. €	2005 Ist Mrd. €
1. Ausgaben	244,4	243,2	249,3	256,7	251,6	259,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3
2. Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7
3. Finanzierungsdefizit	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	149,7	130,0	175,3	192,3	199,6	223,8
5. Tilgungen (+)	125,9	107,2	143,4	153,7	160,0	192,4
6. Nettokreditaufnahme	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,7	- 39,5	- 31,2
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2
8. Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	12,1
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	23,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	0,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: Januar 2006.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Ist
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 517	26 807	26 986	27 235	26 758	26 372
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	19 891
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 537
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 353
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 481
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 434
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 047
Laufender Sachaufwand	20 822	18 503	17 058	17 192	16 878	17 712
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 596
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	7 992
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	8 124
Zinsausgaben	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	37 371
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	37 371
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	37 371
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	37 326
an Ausland	3	3	3	3	3	3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	126 846	132 359	143 514	149 304	148 950	154 274
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 921
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	8 381
Gemeinden	194	241	236	250	238	66
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 473
Zweckverbände	2	2	2	2	1	2
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	140 353
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	13 474
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	32 747
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	90 219
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	767
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 140
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	215 296	224 622	230 606	228 860	235 728
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 732	6 905	6 746	6 696	6 891	7 246
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 779
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	961
Grunderwerb	373	473	427	504	503	506
Vermögensübertragungen	19 506	17 085	14 550	16 197	12 912	12 977
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 617
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 587
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 527
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	60
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	0
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 030
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	4 933
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 096
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	360
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	360
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	160
Ausland	284	227	196	198	202	201

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Ist
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 835	3 859	3 369	3 203	2 932	3 899
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	3 340
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	53
Länder	195	166	154	106	68	53
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	3 287
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 505
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	882
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	558
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	31 072	27 850	24 664	26 097	22 734	24 121
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 862
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	-
Ausgaben zusammen	244 405	243 145	249 286	256 703	251 594	259 849

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 505	43 435	23 753	13 653	–	6 029
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 866	7 598	3 736	1 330	–	2 532
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 893	2 919	444	116	–	2 360
03 Verteidigung	27 768	27 347	15 400	11 168	–	779
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 757	2 498	1 768	711	–	20
05 Rechtsschutz	321	313	222	76	–	15
06 Finanzverwaltung	2 899	2 759	2 184	252	–	323
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 444	8 234	486	623	–	7 125
13 Hochschulen	1 845	918	7	5	–	906
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 427	1 427	–	–	–	1 427
15 Sonstiges Bildungswesen	470	413	9	57	–	347
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 666	5 177	470	556	–	4 151
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 036	298	1	4	–	293
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	133 048	131 301	199	733	–	130 369
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 695	84 795	36	0	–	84 759
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 497	4 496	–	–	–	4 496
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 984	3 777	–	153	–	3 624
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	37 523	37 392	45	519	–	36 829
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	130	130	–	–	–	130
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 220	711	118	61	–	532
3 Gesundheit und Sport	912	697	240	244	–	212
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	326	310	133	136	–	42
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	326	310	133	136	–	42
32 Sport	128	99	–	16	–	83
33 Umwelt- und Naturschutz	209	149	72	38	–	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	249	139	35	54	–	49
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	962	2	3	–	957
41 Wohnungswesen	1 262	921	–	2	–	919
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	40	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	987	529	27	135	–	368
52 Verbesserung der Agrarstruktur	665	235	–	2	–	234
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	130	130	–	56	–	74
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	130	130	–	56	–	74
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	192	164	27	77	–	60

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 035	1 572	1 464	4 071	4 039
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	267	1	0	269	269
02 Auswärtige Angelegenheiten	53	1 480	1 441	2 974	2 972
03 Verteidigung	334	87	0	421	392
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	259	–	–	259	259
05 Rechtsschutz	09	–	–	9	9
06 Finanzverwaltung	113	4	23	140	140
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	97	3 113	–	3 211	3 210
13 Hochschulen	2	925	–	927	927
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	57	57
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	95	1 394	–	1 489	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	737	–	738	738
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	835	901	1 747	521
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	900	900	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	204	1	207	3
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	127	–	130	7
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	503	0	509	509
3 Gesundheit und Sport	144	72	–	216	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	11	5	–	16	16
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	11	5	–	16	16
32 Sport	–	29	–	29	29
33 Umwelt- und Naturschutz	30	30	–	60	59
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	102	7	–	110	110
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	767	59	825	825
41 Wohnungswesen	–	283	59	341	341
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	9	–	9	9
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	452	1	458	458
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	429	0	430	430
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	23	1	28	28

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 458	3 035	48	300	–	2 687
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	332	307	–	153	–	155
621 Kernenergie	152	152	–	–	–	152
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	180	156	–	153	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 905	1 889	–	4	–	1 885
64 Handel	86	86	–	55	–	31
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	199	–	2	–	197
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 910	554	48	86	–	419
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	3 539	1 072	1 831	–	636
72 Straßen	7 565	962	–	852	–	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 396	786	481	248	–	57
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	301	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	168	167	42	9	–	116
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 690	1 622	549	721	–	352
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 465	5 912	6	16	–	5 890
81 Wirtschaftsunternehmen	3 954	440	6	16	–	418
832 Eisenbahnen	3 443	80	–	1	–	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	511	360	6	14	–	340
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 511	5 472	–	–	–	5 472
873 Sondervermögen	5 472	5 472	–	–	–	5 472
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	39	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	38 084	537	175	37 371	1
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	39	1	–	–	–	1
92 Schulden	37 396	37 396	–	25	37 371	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	688	688	537	150	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	259 849	235 728	26 372	17 712	37 371	154 274

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	1 067	1 355	2 423	2 423
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	24	–	24	24
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	24	–	24	24
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	15	–	15	16
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	1 027	–	1 027	1 027
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 355	1 356	1 356
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 871	1 709	0	7 580	7 580
72 Straßen	5 202	1 400	–	6 602	6 602
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	609	–	0	609	609
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	300	–	300	300
75 Luftfahrt	0	–	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	59	9	0	68	68
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	82	3 352	119	3 553	3 553
81 Wirtschaftsunternehmen	43	3 352	119	3 514	3 514
832 Eisenbahnen	–	3 269	94	3 364	3 364
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	43	83	25	150	150
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	39	–	–	39	39
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	39	–	–	39	39
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 246	12 977	3 899	24 121	22 862

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 3	- 3 ½
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 ½	20

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	232,9	225,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	192,8	193,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 40,1	- 32,5
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	27,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	26,0	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	31,2	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	173,1	169,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juni 2005.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3
Einnahmen	Mrd.€	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	-
Zinsausgaben	Mrd.€	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	-
Investive Ausgaben	Mrd.€	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	-
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	-
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	-
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	-
darunter: Bund	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	-

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juni 2005.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001 ³	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 ³	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 ³	21,7	39,6	20,0	36,8

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2005.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004
	in Mrd. €¹			
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0
darunter:				
Bund	697,3	719,4	760,5	803,0
Länder	357,7	384,7	415,0	442,9
Gemeinden ³	89,8	89,8	91,5	91,8
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	57,3
	in % der Gesamtschulden			
Bund	57,9	57,4	57,4	57,6
Länder	29,7	30,7	31,3	31,8
Gemeinden ³	7,5	7,2	6,9	6,6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4,1
	in % des BIP			
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	57,0	58,4	61,3	63,0
darunter				
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0
Gemeinden ³	4,3	4,2	4,2	4,1
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,7	2,6
nachrichtlich	in % des BIP			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	58,3	59,8	63,2	64,9

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

Stand: Finanzplanungsrat Juni 2005.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 ²	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.

Stand: November 2005.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 3,8	- 4,1	- 3,7	- 3,9	- 3,7	- 3,3
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,5	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	- 0,3	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,4	1,2	2,9	3,7	3,0	2,7
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 6,6	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2	0,1	- 0,4
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,2	- 3,5	- 3,5
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,4	- 0,4	- 0,3	- 0,1
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 2,0	- 2,7	- 3,2	- 3,2	- 4,3	- 4,2	- 4,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,6	6,1	2,1	0,2	- 1,2	- 2,3	- 2,0	- 2,2
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,2	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,2	- 2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,5
Österreich	- 1,6	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,9	- 1,8	- 1,4
Portugal	- 7,3	- 8,8	- 6,4	- 5,3	- 3,2	- 2,8	- 2,9	- 3,0	- 6,0	- 5,0	- 4,8
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	4,3	2,5	2,1	1,9	1,9	1,8
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,1	- 0,3	0,2	1,6	1,4	0,8	1,1
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	- 1,7	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,3	- 3,0
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,7	- 2,9	- 2,8	- 2,8
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	1,5	2,6	1,7	1,1	0,6	0,4
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	- 1,2	- 1,5	- 1,5
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,5	- 1,4	- 1,2	- 1,4	- 2,0	- 1,8	- 1,6
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 5,8	-10,4	- 5,1	- 4,2	- 3,0	- 2,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,3	- 4,8	- 3,9	- 3,6	- 3,6	- 3,4
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 7,8	- 3,8	- 3,1	- 4,1	- 3,0	- 2,5
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,7	- 2,7	- 2,1	- 1,7	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,8	-12,5	- 3,0	- 3,2	- 3,7	- 3,3
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 8,5	- 6,5	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 6,9
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,8	- 2,8	- 2,4
EU-25	-	-	-	-	-	- 2,4	- 3,0	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,7
Japan	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,9	- 4,7	- 4,9
USA	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,5	- 6,1	- 5,8

– = keine Angaben

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2005.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	31,2	40,7	42,3	56,6	59,9	61,2	64,8	66,4	68,6	70,0	71,4
Belgien	74,1	115,2	125,7	133,4	109,3	105,8	100,4	96,2	94,9	91,1	88,1
Dänemark	39,1	75,0	62,0	73,3	52,3	47,6	45,0	43,2	36,0	33,0	31,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	111,6	108,8	109,3	107,9	106,8	106,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,9	59,9	53,2	49,4	46,9	44,2	41,9	40,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,7	57,2	58,8	63,2	65,1	66,5	67,1	68,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,9	38,4	32,4	31,5	29,8	29,0	28,7	28,2
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,4	108,3	106,8	106,5	108,6	108,3	107,9
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	6,8	6,7	6,6	6,8	7,0	7,3
Niederlande	44,0	67,5	73,7	75,2	54,4	51,3	52,6	53,1	54,0	54,2	53,8
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,8	66,7	66,7	65,1	64,3	64,3	64,2	63,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	62,0	51,2	56,1	57,7	59,4	65,9	69,8	72,1
Finnland	11,4	16,1	14,1	57,1	44,6	42,3	45,2	45,1	42,8	41,5	40,6
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	52,4	52,0	51,1	50,6	49,4	47,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	41,9	38,2	39,7	41,5	43,1	44,3	45,1
Euro-Zone	33,9	50,8	57,3	73,5	70,1	69,2	70,4	70,8	71,7	71,7	71,8
EU-15	–	–	–	70,7	63,9	62,5	64,0	64,3	65,1	65,2	65,3
Estland	–	–	–	–	4,7	5,8	6,0	5,5	5,1	4,0	3,1
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,2	14,6	14,7	12,8	13,0	13,2
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,4	21,4	19,6	20,7	20,2	19,6
Malta	–	–	–	–	57,2	63,2	72,8	75,9	77,2	77,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	41,2	45,3	43,6	46,3	47,0	47,3
Slowakei	–	–	–	–	49,9	43,7	43,1	42,5	36,7	38,2	38,5
Slowenien	–	–	–	–	27,4	29,8	29,4	29,8	29,3	29,5	29,2
Tschechien	–	–	–	–	18,2	29,8	36,8	36,8	36,2	36,6	36,9
Ungarn	–	–	–	–	55,4	55,5	57,4	57,4	57,2	58,0	59,2
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,8	72,0	70,4	69,1	67,4
EU-25	–	–	–	–	62,7	61,4	63,0	63,4	64,1	64,2	64,3
Japan	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	60,7	63,2	63,8	66,6	69,0	–
USA	55,0	72,1	68,6	87,1	134,0	149,4	154,6	157,6	161,9	165,2	166,9

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Stand: November 2005.

13 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	21,1	20,4
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,4	35,5	34,6
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	101,81	106,30
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	43,99	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	34,52	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,92
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	5,48
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,35
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	3,29
Ausgleichszahlungen					1,41	1,30
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	12,4	4,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	- 0,9	11,6
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	21,0	- 6,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	5,5
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	10,7
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,8
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	15,0
Ausgleichszahlungen						- 7,8
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	43,2	46,2
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	33,9	30,5
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,4	7,5
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	4,9	5,2
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,8	3,1
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	101,81	106,30
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,66	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,74	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	13,58	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	69,01	77,58
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	4,1	4,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	10,7	0,8
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	21,7	- 7,5
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 37,5	12,7
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	24,7	12,4
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,5	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	13,3	14,4
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	67,8	73,0

Bemerkungen:

1996 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-10.

2005: Endgültige Feststellung vom Dezember 2004.

Stand: März 2005.

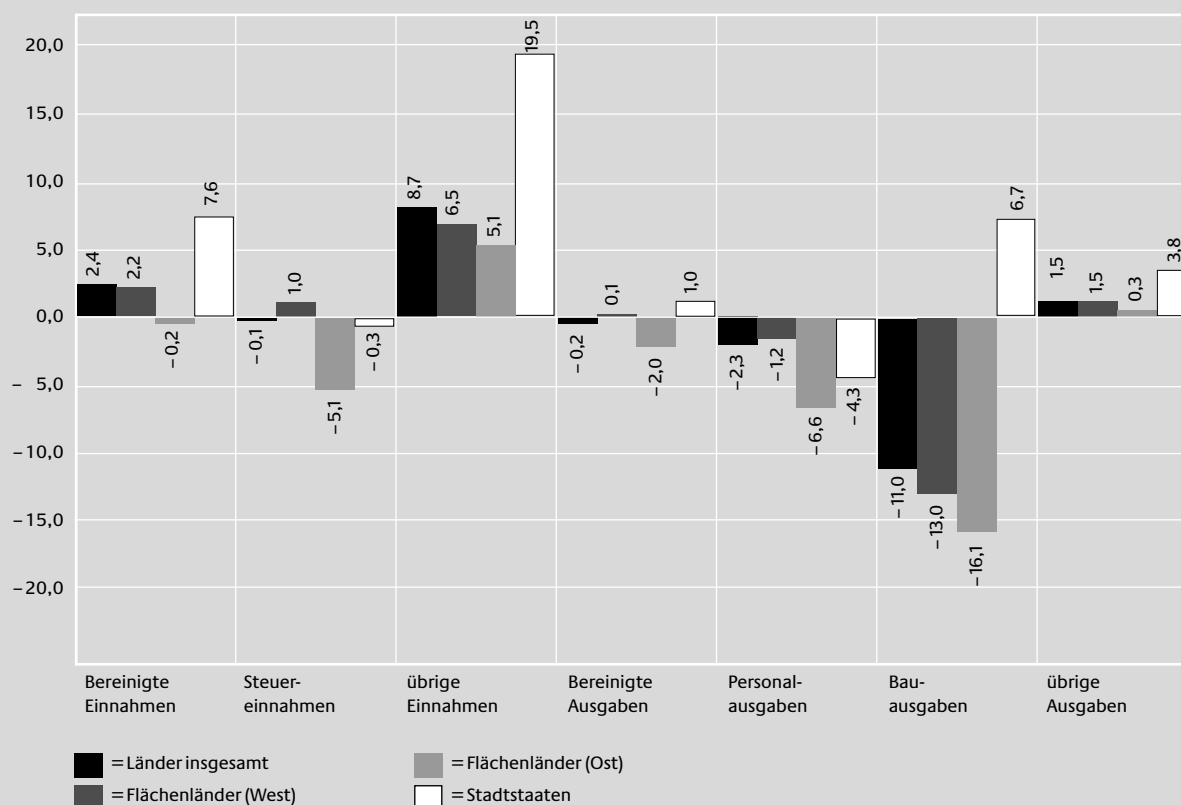
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	159 578	139 516	49 179	41 536	28 726	26 583	232 141	202 678
darunter:								
Steuereinnahmen	122 758	107 183	22 774	20 360	17 363	14 851	162 894	142 394
übrige Einnahmen	36 820	32 333	26 406	21 176	11 364	11 732	69 247	60 284
Bereinigte Ausgaben	177 287	160 515	52 915	45 591	34 463	32 358	259 322	233 506
darunter:								
Personalausgaben	72 200	68 058	13 068	11 940	11 619	10 597	96 888	90 595
Bausausgaben	2 459	1 629	1 581	1 048	887	615	4 927	3 291
übrige Ausgaben	102 628	90 828	38 265	32 604	21 957	21 146	157 508	139 621
Finanzierungssaldo	- 17 703	- 20 999	- 3 736	- 4 055	- 5 724	- 5 775	- 27 163	- 30 828

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2005

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	November 2004			Oktober 2005			November 2005		
		Bund	Länder ^{3,6}	Ins- gesamt ⁶	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	176 847	197 963	360 790	177 089	184 770	348 455	193 976	202 678	381 420
111	darunter: Steuereinnahmen	155 826	142 505	298 331	144 047	129 465	273 512	158 365	142 394	300 758
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	208 944 ⁴	71 925	280 869	196 114 ⁴	68 380	264 494	207 594 ⁴	76 532	284 127
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	236 353	233 960	456 293	224 043	210 725	421 364	246 909	233 506	465 181
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	25 054	92 756	117 811	21 631	80 866	102 497	24 668	90 595	115 262
122	Bausubventionen	4 390	3 696	8 086	3 891	2 854	6 745	4 643	3 291	7 934
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–264	–264	–	–344	–344	–	–183	–183
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	167 251	46 759	214 010	173 096	52 382	225 478	180 125	55 421	235 546
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–59 506	–35 996	–95 503	–46 955	–25 955	–72 909	–52 932	–30 828	–83 761
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	42 014	23 274	65 288	23 324	15 699	39 023	27 758	20 718	48 476
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–274	–274	–	–766	–766	–	–	0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 299	–1 299	–	–1 161	–1 161	–	–1 161	–1 161
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	17 492	8 553	26 045	11 792	7 496	19 288	13 936	8 452	22 388
32	Vorschüsse	–	6 895	6 895	–	7 584	7 584	–	6 969	6 969
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	4 026	4 026	–	4 965	4 965	–	5 146	5 146
34	Saldo (31–32+33)	17 492	5 684	23 176	11 792	4 878	16 670	13 936	6 629	20 565
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	–8 612	–8 612	–11 838	–7 305	–19 143	–11 239	–4 643	–15 881
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	7 526	7 526	11 838	5 886	17 724	11 239	4 265	15 504
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	80	80	–	335	335
56	Zusammen	–	7 526	7 526	11 838	5 966	17 804	11 239	4 600	15 839
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–1 086	–1 086	0	–1 339	–1 339	0	–43	–43
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	–	339	339	–	746	746	–	431	431
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 167	1 167	–	1 554	1 554	–	1 647	1 647

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ²Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. ⁴Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁵Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁶Wegen einer Länderkorrekturmeldung veränderte Werte ggü. der Veröffentlichung vom November 2004. Stand: Dezember 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	25 241,9	28 740,4⁶	7 941,5	13 495,7	5 625,1	17 279,7	38 040,1	9 312,0	2 167,8
111	darunter: Steuereinnahmen	18 977,0	22 247,3	4 059,4	11 008,4	2 599,8	12 925,6	29 682,2 ⁷	6 271,0	1 630,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	415,3	–	353,0	300,1	–	262,9	93,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 595,0	3 917,6	1 471,8	3 207,5	1 292,9	7 708,5	19 257,1	5 117,6	1 271,4
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	28 270,8	31 614,5⁶	8 542,7	16 111,7	6 061,3	19 608,3	44 084,1	10 809,6	3 028,3
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	12 539,4	14 528,0	2 056,7	6 218,8	1 626,2	7 669,3 ³	18 084,4 ³	4 560,7	1 260,9
122	Bausausgaben	293,9	643,1	131,1	254,2	170,5	89,1	142,3	52,0	69,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 890,0	1 944,9	–	1 330,8	–	–	314,7	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 078,1	2 021,8	1 554,8	2 578,3	1 308,0	6 002,2	13 618,4	4 341,2	615,9
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 3 028,9	– 2 874,1⁶	– 601,2	– 2 616,0	– 436,2	– 2 328,6	– 6 044,0	– 1 497,6	– 860,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Landeshauptkasse ²	1 422,7	2 060,7	110,1	630,9	–0,4	1 570,0	5 637,8	622,7	651,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)									
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22		–	– 762,1	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 840,7	1 408,5	550,6	615,3	88,7	155,6	1 059,5	1 258,8	203,3
32	Vorschüsse	550,8	2 402,7	28,0	121,9	0,6	646,5	804,5	654,0	7,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	221,9	2 409,7	0,0	179,8	131,3	661,6	254,5	0,6	4,3
34	Saldo (31–32+33)	1 511,8	1 415,5	522,6	673,2	219,4	170,7	509,5	605,5	199,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 94,4	– 160,0	31,5	– 1 311,7	– 217,2	– 587,9	103,3	– 269,4	– 9,5
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	160,0	107,6	1 003,0	171,0	99,0	–	270,0	9,5
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	335,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	160,0	107,6	1 338,0	171,0	99,0	–	270,0	9,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 94,4	0,0	139,1	26,3	– 46,2	– 488,9	103,3	0,6	0,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁸	–	–	–	–	–	431,2	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	661,6	250,0	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Dezember-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 28 670,7 Mio. €, die Ausgaben 31 446,4 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 2 775,7 Mio. €. ⁷ NW – Darin enthalten 491,5 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁸ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Dezember 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	13 229,6	7 744,0	5 950,4	6 995,7	15 955,1	2 688,0	8 221,1	202 677,7
111	darunter: Steuereinnahmen	6 429,9	3 736,5	4 440,9	3 534,6	7 061,4	1 601,6	6 187,8	142 393,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	862,8	525,9	55,4	508,4	2 246,3	326,4	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 820,5	5 776,0	3 977,5	2 236,3	10 627,1	2 071,0	184,3	76 532,1
12	Bereinigte Ausgaben¹	13 449,2	9 155,4	7 699,7	8 382,1	19 927,3	3 720,2	8 991,4	233 506,2
	für das laufende Haushaltsjahr								
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 881,7	2 134,9	3 196,3	2 240,1	6 442,4	1 158,3	2 996,7	90 594,8
122	Bausgaben	516,4	60,9	84,6	168,7	164,9	97,0	352,8	3 290,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	6,0	–	–	–	281,2	– 182,8
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 277,1	4 307,1	2 644,9	1 329,1	7 266,2	1 478,2	–	55 421,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 219,6	– 1 411,3	– 1 749,3	– 1 386,4	– 3 972,2	– 1 032,2	– 770,3	– 30 828,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	542,9	1 467,4	1 356,7	905,0	2 992,5	556,5	191,1	20 717,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode) der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	–
21		–	–	–	–	–	–	–	–
22		–	–	–	– 399,2	–	–	–	– 1 161,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	507,9	383,4	–	– 178,2	258,6	196,6	102,9	8 452,2
32	Vorschüsse	1 236,5	537,7	–	28,3	–	– 39,8	– 10,7	6 968,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	300,1	43,6	–	3,0	306,5	283,4	345,4	5 145,7
34	Saldo (31–32+33)	– 428,5	– 110,7	– ⁵	– 203,5	565,1	519,7	459,0	6 629,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 105,2	– 54,7	– 392,6	– 1 084,1	– 414,6	44,0	– 120,2	– 4 642,7
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	1 080,1	431,0	41,0	893,0	4 265,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	335,0
56	Zusammen	–	–	–	1 080,1	431,0	41,0	893,0	4 600,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 105,2	– 54,7	– 392,6	– 4,0	16,4	85,0	772,8	– 42,5
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁸	–	–	–	–	–	–	–	431,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,6	306,5	82,6	345,4	1 646,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Dezember-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 28 670,7 Mio. €, die Ausgaben 31 446,4 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 2 775,7 Mio. €. ⁷ NW – Darin enthalten 491,5 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁸ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Dezember 2005.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				in %	Mio.	in %		gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde
										Veränderung in % p. a.		
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2			
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6			
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5			
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6			
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9			
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3			
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0			
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1			
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3			
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5			
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0			
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3			
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8			
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4			
2005 ⁵	38,7	– 0,3	51,6	3,9	9,2	0,9	1,2	1,5	17,1			
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3			
2005/2000	39,0	– 0,2	51,3	3,4	8,1	0,7	0,9	1,4	18,7			

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal). ⁵ Erste Jahresergebnisse 2005 – Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,6
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	– 0,2	0,9	1,4	1,6	– 0,9
2005 ³	1,3	0,4	– 1,6	1,0	1,5	2,0	– 0,9
2000/1995	2,2	0,2	– 1,1	0,5	0,8	1,3	0,0
2005/2000	1,7	1,0	0,2	1,0	1,4	1,6	0,1

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlands-konzept). ³ Erste Jahresergebnisse 2005 – Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
2005 ²	6,9	7,4	112,93	89,46	40,1	35,1	5,0	4,0
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,5	3,0	76,1	39,6	36,3	32,8	3,5	1,8

¹ In jeweiligen Preisen. ² Erste Jahresergebnisse 2005 - Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006.
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	- 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	- 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
2005 ⁴	1,6	6,1	-0,5	67,0	68,7	0,5	- 0,6
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	2,0	5,5	0,5	70,2	71,4	1,1	0,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).
⁴ Erste Jahresergebnisse 2005 - Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006.
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	0,1	- 0,2	1,6	0,8	1,2	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,4	2,1	2,0
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,6	2,1	2,7	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,6	4,7	3,5	3,4	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,1	2,7	3,0	3,1	3,4	3,2	3,0
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,5	1,8	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,4	4,8	5,0
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	0,4	0,3	1,2	0,2	1,5	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	2,5	2,9	4,5	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	0,5	2,0	2,4
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,7	1,9	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,8	0,5	- 1,2	1,2	0,4	0,8	1,2
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	1,9	3,5	3,1
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	2,0	1,5	3,6	2,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,2	1,6	2,3	2,8
Euro-Zone	2,4	3,6	2,5	3,8	0,9	0,7	2,1	1,3	1,9	2,1
EU-15	2,6	3,0	2,6	3,8	1,1	1,1	2,3	1,4	2,0	2,2
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	8,4	7,2	7,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,4	7,2	8,3	9,1	7,7	7,1
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,0	6,2	5,8
Malta	-	-	6,2	6,4	0,8	- 1,9	0,4	0,8	0,7	1,1
Polen	-	-	7,0	4,0	1,4	3,8	5,3	3,4	4,3	4,5
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	5,1	5,5	6,3
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,8	4,0	4,2
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,4	4,8	4,4	4,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	2,9	4,2	3,7	3,9	3,9
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,8	3,9	4,0	4,2
EU-25	-	-	2,7	3,8	1,2	1,2	2,4	1,5	2,1	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	- 0,3	1,4	2,7	2,5	2,2	1,8
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

- = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbitsprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	1,9	1,3	1,0	1,8	2,0	1,6	1,1
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,7	2,6	1,9
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	1,9
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,1	3,0
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,6	3,3	2,6
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	2,1	1,9
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,5	2,4
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,1	1,9
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	4,1	4,4	2,2
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,7	2,0	1,9
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,2	2,1	1,7
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,2	2,7	2,2
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	1,0	1,4	1,3
Schweden	2,7	2,0	2,3	1,0	0,7	1,4	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,4	2,2	2,0
Euro-Zone	2,4	2,3	2,1	2,1	2,3	2,2	1,8
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,3	2,2	1,9
Estland	2,5	3,6	1,4	3,0	4,1	3,3	2,6
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,8	6,0	4,8
Litauen	1,3	0,4	– 1,1	1,1	2,6	2,8	2,9
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	3,1	2,6	2,2
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	2,3	2,5
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,9	3,6	2,1
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,5	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,7	2,9	2,6
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,7	2,0	3,0
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1	2,1
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,3	2,2	1,9
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,2	0,3	2,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,3	2,9	2,2

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.
Stand: November 2005.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	8,2	9,0	9,5	9,5	9,3	9,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,3	8,0	7,9	8,0	7,9	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,6	5,6	5,4	4,6	4,2	4,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	10,4	10,0	9,7
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,4	11,5	11,5	11,0	9,2	8,5	8,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,6	9,3	8,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,3	4,6	4,5	4,3	4,4	4,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,6	7,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,6	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	5,1	4,9	4,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,0	5,0	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	5,0	6,3	6,7	7,4	7,7	7,8
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,8	7,2
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	6,8	5,9	5,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,6	4,9	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,3	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,1
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,6	7,9	8,1	7,9	7,7	7,4
Estland	–	0,6	9,7	12,5	9,5	10,2	9,2	7,2	6,0	5,4
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,6	10,4	9,8	9,7	9,4	9,3
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,7	10,9	9,0	8,1	7,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,7	8,0	7,6	7,2	7,1	7,1
Polen	–	–	13,2	16,4	19,8	19,2	18,8	17,8	16,8	15,5
Slowakei	–	–	13,3	18,7	18,7	17,5	18,2	16,7	16,2	15,8
Slowenien	–	–	6,9	6,6	6,1	6,5	6,0	5,8	5,7	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,5	7,4
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,8	6,0	7,0	6,9	6,7
Zypern	–	–	3,9	5,2	3,9	4,5	5,2	4,9	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,6	8,6	8,7	9,0	9,0	8,7	8,5	8,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,5	4,2	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	5,0	5,3

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	7,9	8,4	6,0	5,7	12,0	10,3	12,6	10,5	6,3	8,3	10,6	10,3
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,2	5,5	5,3	13,7	10,9	12,8	10,7	8,2	10,3	13,2	13,0
Ukraine	9,6	12,1	5,5	5,4	5,2	9,0	14,2	12,1	5,8	10,5	5,0	0,2
Asien	7,5	7,9	7,3	6,9	2,4	4,0	3,9	4,4	4,3	4,1	3,7	3,4
darunter												
China	9,5	9,5	9,0	8,2	1,2	3,9	3,0	3,8	3,2	4,2	6,1	5,6
Indien	7,4	7,3	7,1	6,3	3,8	3,8	3,9	5,1	1,2	− 0,1	− 1,8	− 2,0
Indonesien	4,9	5,1	5,8	5,8	6,8	6,1	8,2	6,5	3,4	1,2	− 0,4	0,7
Korea	3,1	4,6	3,8	5,0	3,5	3,6	2,8	2,9	2,0	4,1	2,0	1,5
Thailand	6,9	6,1	3,5	5,0	1,8	2,7	4,2	2,7	5,6	4,5	− 2,5	− 2,5
Türkei ²	5,8	8,9	5,0	5,0	25,2	10,3	8,4	6,9	− 3,3	− 5,1	− 5,6	− 5,3
Lateinamerika	2,2	5,6	4,1	3,8	10,6	6,5	6,3	5,4	0,4	0,9	0,9	0,6
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	7,5	4,2	13,4	4,4	9,5	10,4	5,8	2,0	1,3	0,1
Brasilien	0,5	4,9	3,3	3,5	14,8	6,6	6,8	4,6	0,8	1,9	1,7	0,7
Chile	3,7	6,1	5,9	5,8	2,8	1,1	2,9	3,3	− 1,5	1,5	0,3	− 0,7
Mexiko	1,4	4,4	3,0	3,5	4,5	4,7	4,3	3,6	− 1,4	− 1,1	− 1,1	− 0,8
Venezuela	− 7,7	17,9	7,8	4,5	31,1	21,7	16,6	18,0	13,6	12,7	15,9	14,9

¹ Prognosen des IWF.

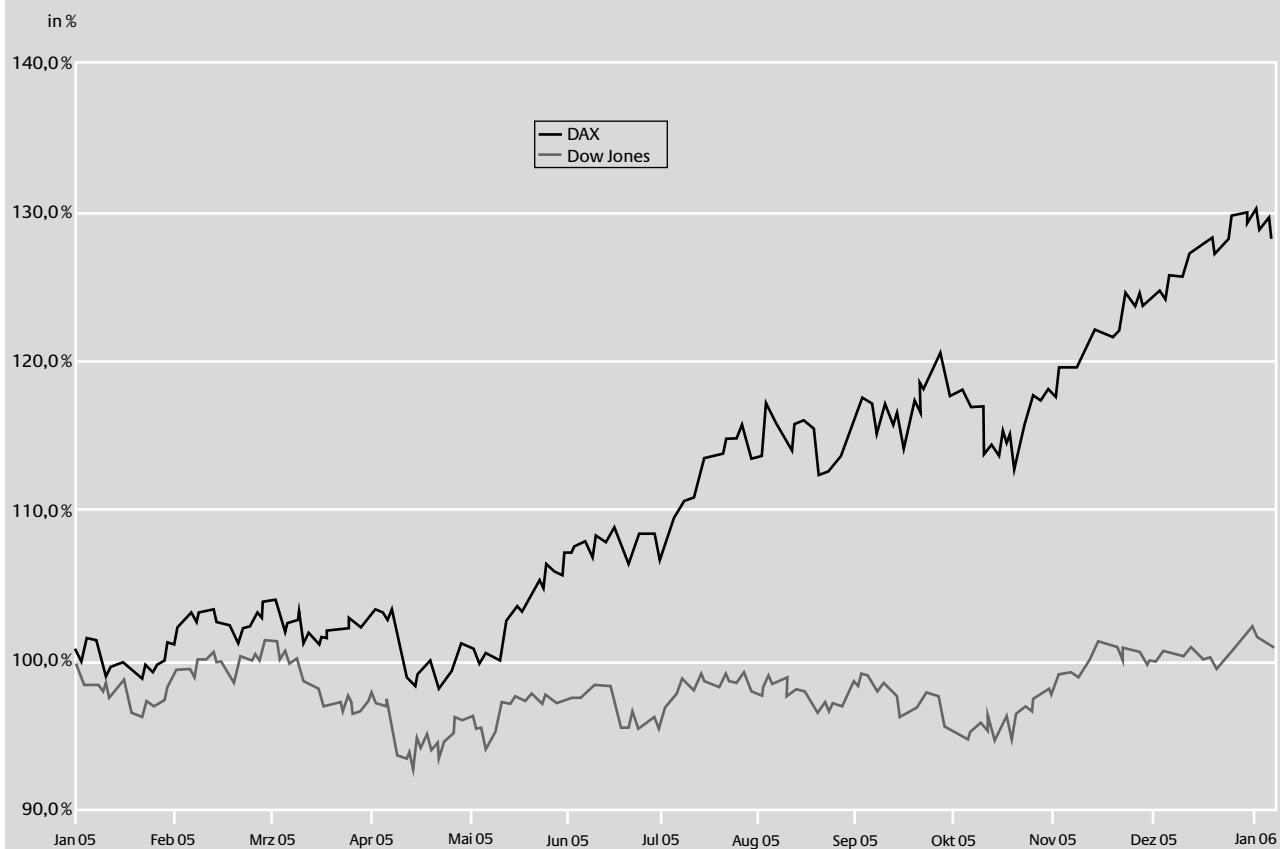
² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2005.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100%

(3. Januar 2005 bis 17. Januar 2006)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Schlussstände 17.1.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	10 896	10 718	1,67	10 012	10 941
Eurostoxx 50	3 398	3 349	1,46	2 763	3 364
Dax	5 460	5 408	0,96	4 258	5 459
CAC 40	4 807	4 715	1,95	3 816	4 773
Nikkei	15 806	16 111	- 1,90	15 806	16 344

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 17.1.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2005	Hoch 2005
			in %		
USA	4,34	4,40	-	3,89	4,66
Bund	3,24	3,30	- 1,10	3,02	3,78
Japan	1,43	1,47	- 2,91	1,17	1,78
Brasilien	6,72	6,90	2,38	6,90	9,43

Währungen

	Schlussstände 17.1.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,21	1,18	2,24	1,17	1,36
Yen/Dollar	115,36	117,92	- 2,17	102,05	121,00
Yen/Euro	139,08	139,32	- 0,17	131,00	143,19
Pfund/Euro	0,68	0,69	- 0,44	0,66	0,71





HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, JANUAR 2006

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 88 / 80 80 800
(0,12 €/MIN.)
PER TELEFAX 0 18 88 / 10 80 80 800
(0,12 €/MIN.)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.